



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Personalisierung des Wahlverhaltens in der österreichischen Nationalratswahl 2017“

verfasst von / submitted by

Johannes Petritsch, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium
Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Barbara Prainsack

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Theoretische Grundlage	5
2.1. Definition Personalisierung der Politik.....	5
2.2. Einführung in den Forschungsstand	7
2.3. 3 Typen der Personalisierung von Politik	9
2.3.1. Institutionelle Personalisierung.....	10
2.3.2. Mediale Personalisierung	11
2.3.3. Verhaltenspersonalisierung.....	12
2.4. Herausforderungen bei der Untersuchung von Personalisierungstendenzen in der Politik	14
2.5. Gründe für eine Personalisierung des Wahlverhaltens.....	16
2.6. Der Fall Österreich.....	17
3. Methode.....	23
3.1. Vorzugsstimmen.....	23
3.2. Multivariate logistische Regressionsanalysen.....	24
4. Ergebnisse.....	26
4.1. Entwicklung von Vorzugsstimmen 1990-2017	26
4.1.1. Nach Bundesländern	29
4.1.2. Nach Parteien	35
4.2. Vorzugsstimmen und Parteiidentifikation (NRW 2013 und 2017).....	40
4.2.1. Wer gibt Vorzugsstimmen ab?	40
4.2.2. Vorzugsstimmen aus Parteiloyalität.....	43
4.3. Sympathie für den Spitzenkandidaten vs. Sympathie für die Partei (NRW 2013 und 2017)	47
4.3.1. Personalisierung im Elektorat österreichischer Parteien	48
4.3.2. Personalisierung nach Elektoratskategorien: Stammwähler, Wechselwähler und bisherige Nichtwähler	55
5. Diskussion der Ergebnisse	61
5.1. Unterschiede zwischen Parteien bei den Vorzugsstimmen	61
5.2. Umreihungen durch Vorzugsstimmen	64
5.3. Gründe für die Nicht-Personalisierung im Wahlverhalten in Österreich	68
5.3.1. Der Zusammenhang zwischen Personalisierung und Vorzugsstimmen.....	69
5.3.2. Die Rolle der Medien bei der Personalisierung des Wahlverhaltens.....	73
6. Conclusio	77
Literaturverzeichnis.....	80
Anhang	86

1. Einleitung

Person oder Partei? Dieser Frage muss sich jedes Wahlsystem - bildlich gesprochen - bei seiner Erschaffung stellen. Ob ein Wahlsystem um eine Partei oder um eine Person aufgebaut ist, macht einen zentralen Unterschied, wie wir Demokratie begreifen. Wählen wir kollektive Einheiten, denen entsprechend ihres Wahlergebnisses die Entsendung von Mandataren in eine Vertretungskörperschaft zusteht, oder wählen wir Personen, Gesichter, Individuen? Es handelt sich um den Wettstreit jener zwei Systeme, die in liberalen westlichen Demokratien meist anzutreffen sind: dem präsidentiellen und dem parlamentarischen System. Obwohl Wahlsysteme in Verfassungen und Gesetzen verankert werden, sind sie doch dem Lauf der Zeit unterworfen. Durch neue Technologien, einen Wandel der Gesellschaft oder ultimativ durch die Macht der Legislative können sich Wahlsysteme wandeln und verwandeln. So kann es geschehen, dass parlamentarische Systeme durch den wachsenden Einfluss einzelner Personen schrittweise als quasi-präsidentielle Systeme wahrgenommen werden. Diesen Prozess nennen wir Personalisierung.

Personalisierung der Politik ist ein in der Literatur heiß umstrittenes Thema. Dieser von manchen Studien festgestellte Trend der Personalisierung in westlichen liberalen Demokratien umfasst zum einen die erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass Kandidaten anstelle von Parteien in den Medien erwähnt werden (vgl. Dalton/McAllister/Wattenberg 2002; Holtz-Bacha/Langer/Merkle 2014). Zum anderen beinhaltet er die Darstellung von Bildern des Spitzenkandidaten anstelle von Parteisymbolen (vgl. McAllister 1996), aber auch die Tendenz, dass Wahlen als ein Wettbewerb zwischen Individuen und nicht Parteien angesehen werden (vgl. Rahat/Sheafer 2007).

Während manche „wenig Zweifel“ daran haben, „dass politische Führer sowohl in der politischen Kommunikation, als auch in Wahlkampagnen an Bedeutung gewonnen haben...“ (Garzia 2011, 698), sind andere der Meinung, dass Personalisierung als neuer Trend nicht feststellbar ist. Vielmehr sei die Personalisierung in der Politik „so alt wie die Politik selbst“ (Radunski 1980, 15). Die Beliebtheit und der Einfluss einzelner Kandidaten variieren demnach von Kandidat zu Kandidat im Laufe der Geschichte stark (vgl. Brettschneider/Gabriel 2002). So schreibt auch Halldén, dass „die Geschehnisse der Geschichte von großen Männern und Frauen geleitet werden“, deren Motivation als ausschlaggebend erachtet wird, um sozialen und politischen Wandel herbeizuführen (vgl. Halldén 1998, 131).

In dieser Arbeit widme ich mich der Personalisierung der Wählerschaft und ihrem Einfluss auf das Ergebnis von Wahlen. Ich möchte herausfinden, ob Wähler ihre Wahlentscheidung auf Basis der Sympathie für eine Partei oder den Spitzenkandidaten fällen. Als exemplarischer Fall wird mir die Nationalratswahl Österreichs 2017 dienen. Diese ist ein gutes Beispiel für die Untersuchung der Personalisierung des Wahlverhaltens, da sie den Aufstieg zweier Parteien sah, die ihren Wahlkampf um eine populäre Person zentriert haben. Die Rede ist zum einen von der Liste Kurz – die neue Volkspartei und zum anderen von der Liste Pilz. Beide Parteien sind Namenslisten, die schon im Namen ihrer Partei mit dem Namen des Spitzenkandidaten geworben haben. Während die Liste Kurz aus Umwandlungsprozessen in einer etablierten Partei (der Österreichischen Volkspartei) entstanden ist, ist die Liste Pilz das Resultat einer Abspaltung von der Mutterpartei Die Grünen.

Um ein breites Bild von möglichen Personalisierungstendenzen im Wahlverhalten der österreichischen Bevölkerung untersuchen zu können, nimmt diese Arbeit nicht nur die beiden Namenslisten unter die Lupe, sondern die gesamte Parteienlandschaft.

Die Forschungsfrage lautet daher:

Inwieweit ist es bei der Nationalratswahl 2017 in Österreich zu einer Personalisierung im Wahlverhalten gekommen?

Die Personalisierung im Wahlverhalten wird dabei zum einen anhand der Analyse von Vorzugsstimmen untersucht. Zum anderen werden die Sympathiewerte für die Spitzenkandidaten mit den Sympathiewerten für deren Parteien verglichen.

2. Theoretische Grundlage

2.1. Definition Personalisierung der Politik

Die internationale Literatur beschäftigt sich schon lange mit Personalisierung von Politik. Dennoch gibt es keinen klaren Konsens darüber, was unter Personalisierung der Politik zu verstehen ist. Personalisierung der Politik hat so viele Facetten wie die Politik selbst. Sie stößt in die verschiedensten Bereiche des öffentlichen Lebens vor. Folglich gibt es auch eine Vielzahl unterschiedlichster Definitionen, die verschiedene Bereiche der Personalisierung von Politik beschreiben.

Grob lassen sich diese unterschiedlichen Auffassungen von Personalisierung unter zwei Kategorien zusammenfassen (vgl. Adam/Maier 2010). Zum einen wird unter Personalisierung der Politik ein Prozess verstanden, in dessen Verlauf ein stärkerer Fokus auf Kandidaten anstatt von kollektiven Organisationen (z.B. Parteien) oder Policy-Issues gelegt wird (vgl. Pappi/Shikano 2001; Rahat Sheaffer 2007). Zum anderen drückt Personalisierung der Politik aus, dass die persönlichen, unpolitischen Merkmale von Kandidaten wichtiger werden (vgl. Lass 1995; Keeter 1987). Die erste Kategorie beschreibt also einen Bedeutungsgewinn von individuellen Akteuren auf Kosten kollektiver Organisationen und Policy-Issues. Die zweite Kategorie meint, dass Politiker weniger an ihrer professionellen Kompetenz und mehr anhand ihrer politisch nicht relevanten Eigenschaften (z.B. Aussehen, Familienstand) bewertet werden.

Diese Arbeit wird sich ausschließlich mit der ersten Kategorie befassen. Nicht nur weil beide Kategorien abzuhandeln den Umfang sprengen würde, sondern auch weil die zweite Kategorie meiner Meinung nach wenig mit Personalisierung zu tun hat. Während Personalisierung zu einer Veränderung des Gewichts individueller politischer Akteure führt, beschreibt die zweite Kategorie ein Abgehen von politisch relevanten Eigenschaften. Damit würde die Politik zu einem Wettkampf darum werden, wer das schönste Aussehen, die beste Frisur, das modischste Outfit hat, wer am besten kochen kann oder wer im exklusivsten Anglerverein aktiv ist. Dies würde letztlich zu einem Wandel von dem führen, was wir als politisch begreifen. Solch einen Prozess mag es unter Umständen geben. Aber er hat nichts mit Personalisierung der Politik zu tun, sondern es handelt sich um Depolitisierung. Weder Hermansson (2011),

noch Pappi und Shikano (2001) konnten empirischen Hinweise finden, dass eine Personalisierung der Politik zu einer Depolitisierung führt.

Auch wenn Policy-Issues und Parteiidentifikation für die direkte Wahlentscheidung durch die Personalisierung in den Hintergrund gedrängt werden, sind Politiker dennoch politische Akteure. Politiker werden von Wählern nach ähnlichen Standards bewertet wie Parteien. Policy Inhalte, Verlässlichkeit und Integrität spielen bei individuellen Akteuren eine gleich große Rolle wie bei kollektiven (vgl. Pappi/Shikano 2001). Personalisierung der Politik ist kein Zeichen für eine dysfunktionale Demokratie. Es konnte nicht nachgewiesen werden, dass Wähler, die ihre Wahlentscheidung anhand von Kandidaten fällen, weniger selbstständig denken, schlechter informiert oder unentschlossener sind (vgl. Hermansson 2011). Dennoch kann eine Personalisierung unter Umständen auch mit einer Depolitisierung einhergehen beispielsweise, wenn dem Privatleben eines Kandidaten größere Aufmerksamkeit geschenkt wird als den politischen Botschaften, die er vertritt. Das Phänomen Depolitisierung ist aber nicht auf personalisierte Wahlsysteme beschränkt, sondern kann auch Parteienstaaten erfassen.

Für eine Personalisierung des Elektorats ist entscheidend, dass der Kandidat, nicht die Partei, ausschlaggebend für die Wahlentscheidung ist. Die Wähler fällen ihre personalisierte Wahlentscheidung jedoch immer noch aufgrund politisch relevanter Eigenschaften wie z.B. Integrität, Ehrlichkeit, Führungsstärke, Durchsetzungskraft, Kompetenz oder Positionierung gegenüber politischen Themen. Für ein depolitisiertes Elektorat ist ausschlaggebend, dass die Wahlentscheidung aus nicht politisch relevanten Gründen getroffen wird z.B., weil der Kandidat sehr gutaussehend ist oder weil die Partei das ästhetischste Logo hat (wobei auch darüber diskutiert werden kann, was denn nun politisch relevant ist und was nicht; vgl. dazu Hoffmann/Raup 2006). Personalisierung bedeutet also vereinfacht gesprochen, dass die Bevölkerung es einem Kandidaten eher zutraut als einer Partei für ihre Interessen einzustehen.

Durch die Trennung von Personalisierung von Politik und Depolitisierung sind wir einer passenden Definition bereits einen Schritt weitergekommen. Was ist nun also eine geeignete Definition von Personalisierung der Politik? Rahat und Sheaffer definieren Personalisierung in der Politik als einen Prozess, in dem das politische Gewicht eines individuellen Akteurs in einem politischen Prozess zunimmt, während die Bedeutung politischer Gruppen (z.B.

Parteien) abnimmt (vgl. Rahat/Sheafer 2007, 65). Pappi und Shikano definieren Personalisierung „als die relative Bedeutung von Spitzenpolitikern für die Entscheidung der Wähler zugunsten der Landesliste einer Partei.“ (Pappi/Shikano 2001, 382). Diese wird dann in Bezug zur Bedeutung der Partei gesetzt. Kurz gesagt: Der politische Einfluss einzelner Personen nimmt zu Lasten kollektiver Gruppen zu. Der Prozess der Personalisierung beinhaltet dabei unter anderem das Ersetzen von Parteisymbolen mit Abbildungen des Kandidaten in Wahlkampagnen (vgl. McAllister 1996) und die Tendenz von Medien anstatt von Parteien die jeweiligen Kandidaten zu nennen (vgl. Dalton/McAllister/Wattenberg 2002).

Jedoch umfasst Personalisierung der Politik noch mehrere verschiedene Facetten, die alle für sich eigene theoretische Konzepte und methodische Vorgangsweisen benötigen. Rahat und Sheafer erkennen darum drei Typen der Personalisierung: (1) Institutionelle Personalisierung, (2) Mediale Personalisierung und (3) Verhaltenspersonalisierung. Diesen drei Typen der Personalisierung werden wir uns später noch eingehender widmen.

Die Beantwortung meiner Forschungsfrage macht eine Untersuchung der Personalisierung des Wahlverhaltens erforderlich, also inwieweit Wähler ihre Entscheidung eher aufgrund der Sympathie für Kandidaten anstatt von Sympathie für Parteien fällen. Das Wahlverhalten fällt nach Rahat und Sheafer unter den Typ Verhaltenspersonalisierung. Personalisierung des Wahlverhaltens ist also ein Aspekt der Personalisierung von Politik. Wird im Rahmen dieser Arbeit von Personalisierung der Politik gesprochen, ist damit insbesondere auch die Personalisierung des Wahlverhaltens gemeint.

2.2. Einführung in den Forschungsstand

Anfänglich wurde in der Forschung zum Wahlverhalten der Einfluss der Sympathie für Kandidaten auf die Wahlentscheidung als gering eingeschätzt. Die Michigan-Schule geht davon aus, dass der wichtigste Einfluss auf die Wahlentscheidung die Parteiidentifikation ist, die bereits früh durch den Einfluss der Eltern gebildet wird und sich später kaum mehr verändert. Neben diesem langfristigen, stabilen Einfluss gibt es noch die wahl-spezifischen, kurzfristigen Faktoren der Issue- und Kandidatenorientierung. Die Kandidatenorientierung

fällt laut der Michigan-Schule nur ins Gewicht, wenn die vorrangige Parteiidentifikation und die parallel wirkende Issue-Orientierung eliminiert wurden (vgl. Campbell 1965).

Am Konzept der Personalisierung der Politik westlicher liberaler Demokratien gibt es seit der Jahrtausendwende ein reges Interesse in der Fachliteratur. Zu Beginn standen noch präsidentielle Systeme im Fokus der Forschung, die eine Personalisierung besonders leicht befeuern (vgl. McAllister 2007; Curtice/Hunjan 2011). Der Grund hierfür liegt in der auf eine Person ausgerichteten Exekutive in präsidentiellen Systemen. Zusätzlich ist die Parteidisziplin von Parlamentariern in einem präsidentiellen System schwächer ausgeprägt, da das politische Überleben der Exekutive nicht von ihrer Zustimmung abhängig ist. Zu guter Letzt werden die Wähler in einem präsidentiellen System tatsächlich dazu aufgefordert eine Person zu wählen. All diese Aspekte unterstützen eine Personalisierung der Politik.

Da Österreich als semi-präsidentielles System mit starkem parlamentarischem Einschlag gilt, in dem die Regierung vom Parlament abhängig ist, wollen wir uns hier auf die Personalisierung von parlamentarischen Systemen beschränken. Seit einigen Jahren haben sich zunehmend viele Studien auf den Einfluss der Persönlichkeit von Politikern auf die parlamentarische Demokratie konzentriert (vgl. Caprara/Zimbardo 2004; Karvonen 2010; Pappi/Shikano 2001; Rahat/Sheafer 2007).

Die Literatur schenkt der Personalisierung der Politik seit der Jahrtausendwende auch in parlamentarischen Demokratien größere Aufmerksamkeit. Dabei herrscht jedoch zwischen den unterschiedlichen Autoren selten Einigkeit, ob ein solcher Personalisierungseffekt empirisch beobachtbar ist oder nicht. Im Grunde lässt sich die Literatur in zwei Lager teilen:

1. Jene, die einen Personalisierungseffekt eher negieren (vgl. Aarts/Blais/Schmitt 2011; Brettschneider/Gabriel 2002; Holmberg/Oscarson 2011; Karvonen 2010; Kriesi 2012).
2. Jene, die einen Personalisierungseffekt eher bejahen (vgl. Bennett 2012; Garzia 2012; Costa Lobo/Curtice 2015; McAllister 2007; Renwick/Pilet 2016; Wattenberg 1991).

Andere Autoren weisen darauf hin, dass sich die widersprüchlichen Ergebnisse damit erklären lassen, dass in der Literatur keine einheitlichen Modelle zur Überprüfung von Personalisierungstendenzen angewendet werden (vgl. Balmas et al., 2014; Rahat/Sheafer 2007; Wauters et al. 2016). In der Literatur würden darum völlig unterschiedliche Aspekte unter Personalisierung der Politik zusammengefasst, die zwar miteinander zusammenhängen, aber doch teils starke Unterschiede aufweisen.

Während sich die Personalisierung der Politik in der internationalen Literatur schon seit Jahrzehnten großer Beliebtheit erfreut, ist dies in Österreich nicht der Fall. Es ist plausibel davon auszugehen, dass dem so ist, weil Österreich traditionell ein Staat ist, in dem Parteien in allen Gesellschaftsbereichen eine dominante Stellung einnehmen. Obwohl in Österreich in den 1970er Jahren ein Vorzugsstimmensystem eingeführt wurde, das es dem Elektorat ermöglicht Kandidaten und nicht nur Parteien zu wählen, hat die Untersuchung von Personalisierungstendenzen in der Literatur bisher nur wenig Beachtung bekommen. Die Literatur zur Bedeutung von Kandidaten für die Wahlentscheidung und die Rolle von Vorzugsstimmen in Österreich ist spärlich. Gerade die traditionelle Rolle Österreichs als Parteienstaat macht die Erforschung von Personalisierung in der Politik besonders spannend. Mit dieser Arbeit soll darum zur Diskussion mit einem Blick auf Österreich beigetragen werden.

2.3. 3 Typen der Personalisierung von Politik

Für diese Arbeit werde ich mich insbesondere auf das Personalisierungskonzept von Rahat und Sheaffer beziehen. Rahat und Sheaffer haben bei ihrer Untersuchung von Personalisierungstendenzen in Israel zwischen drei Arten der Personalisierung von Politik unterschieden: (1) Institutioneller, (2) medialer und (3) Verhaltenspersonalisierung (vgl. Rahat/Sheaffer 2007). Wie Österreich ist auch Israel ein semi-präsidentielles System mit starkem parlamentarischem Einschlag, d.h. die Regierung ist von der Duldung durch das Parlament abhängig. Das Parlament setzt sich dabei aus Abgeordneten zusammen, die von politischen Parteien aufgestellt und durch das Wahlvolk gewählt worden sind. Die Abgeordneten führen ein freies Mandat, sind also nicht legislativ an die Entscheidungen ihrer Parteien gebunden. Aufgrund der Verwandtschaft der politischen Systeme Österreichs und Israels bietet sich die Anwendung des von Rahat und Sheaffer entwickelten Personalisierungskonzepts auf Österreich an.

2.3.1. Institutionelle Personalisierung

Institutionelle Personalisierung meint die Anpassung von Regeln, Mechanismen und Institutionen, so dass die Bedeutung individueller Politiker steigt, während politische Gruppen an Bedeutung verlieren. Ein Beispiel ist die Abschaffung von geschlossenen Listen im Wahlsystem zu Gunsten offener Listen. Durch die institutionelle Personalisierung wird der innerparteiliche Wettbewerb gesteigert. Hierunter fällt auch der Vorzugsstimmenwahlkampf, der es Kandidaten ermöglicht, mit einer bestimmten Anzahl an erlangten Vorzugsstimmen auf den Wahllisten der Parteien vorgereicht zu werden und so eine bessere Chance für den Einzug in die Legislative (z.B. den Nationalrat) zu haben.

Unter Vorzugsstimmen versteht man die Möglichkeit wahlberechtigter Personen, in einem Verhältniswahlsystem zwischen mehreren Kandidaten derselben Partei auswählen zu können (vgl. Karvonen 2004). Dies erfolgt zusätzlich zur Abgabe einer Stimme für eine Partei. Je nach Wahlsystem ist die Abgabe einer Vorzugsstimme entweder nur für einen Kandidaten der gewählten Partei oder auch für einen Kandidaten einer anderen als der gewählten Partei (= Stimmensplitting) möglich.

Die Einführung eines Vorzugsstimmensystems erfolgt grundsätzlich durch die Legislative. Sie entscheidet per Gesetz unter welchen Bedingungen ein Kandidat ein Mandat durch Vorzugsstimmen erringen kann. Parteien setzen aber teilweise die Hürden für den Erhalt eines Mandats durch innerparteiliche Vereinbarungen herab.

Dabei werden die von der Partei erstellten Listen zu Gunsten von bei der Wahlbevölkerung beliebter Kandidaten übergangen. Dieser Trend ist bei allen Parteien in Österreich verschieden stark feststellbar. Im Besonderen verfügte die ÖVP in der Nationalratswahl 2017 über innerparteiliche Regeln, die dem Vorzugsstimmenwahlkampf mehr Gewicht eingestanden haben, als dies gesetzlich im österreichischen Wahlrecht vorgeschrieben war. 2017 sah das Wahlrecht für eine Vorreihung auf der Bundesliste einer Partei vor, dass ein Kandidat von mindestens sieben Prozent der Wähler und Wählerinnen seiner Partei eine Vorzugsstimme erhalten hat. Auf der Landesliste sind für eine Vorreihung zehn Prozent und auf der Regionalliste vierzehn Prozent im jeweiligen Wahlkreis erforderlich (vgl. §§ 79, 91, 97 ff Nationalrats-Wahlordnung 1992). In der ÖVP wurde diese Hürde 2017 per innerparteilicher Vereinbarung auf die Hälfte reduziert. Rein rechtlich kann ein gewählter Parlamentarier nicht

von der Partei gezwungen werden, sein Mandat an einen hinteren Listenplatz abzutreten (selbst mit Vereinbarung). Jedoch wären im Falle einer Weigerung innerparteiliche Konsequenzen bis hin zum Parteiausschluss des jeweiligen Parlamentariers anzunehmen. Die Haltung der ÖVP zu Vorzugsstimmen ist somit ein klarer Hinweis auf eine zunehmende institutionelle Personalisierung der Partei. Wichtig wird diese Personalisierung aber erst, wenn sie auch vom Wähler angenommen wird, er also von seinem Recht auf Vorzugsstimmenabgabe auch Gebrauch macht. Dadurch führt die institutionelle Personalisierung zur Verhaltenspersonalisierung des Elektorats. Dazu später mehr.

Für diese Arbeit ist nur die Personalisierung des Wahlverhaltens von Interesse. Die institutionelle Personalisierung wird darum nur insoweit behandelt, als sie die Grundlagen für diese schafft. Dies ist beispielsweise bei Vorzugsstimmen der Fall.

2.3.2. Mediale Personalisierung

Der zweite Typ ist die mediale Personalisierung. Diese bezieht sich auf eine veränderte Art und Weise wie die Medien über Politik berichten. Medien fokussieren sich mehr auf einzelne Politiker, während das Interesse an Parteien, Institutionen und Organisationen sinkt. Rahat und Sheafer (2007) unterscheiden weiters zwischen Personalisierung der Politik in unbezahlten und bezahlten Medien. Personalisierung in unbezahlten Medien bezieht sich auf ein gesteigertes Interesse der Medien an individuellen Akteuren der Politik. Politische Personalisierung in bezahlten Medien meint dagegen eine Veränderung in Kampagnen politischer Parteien. Politische Kampagnen konzentrieren sich dann darauf, einzelne Kandidaten in politischer Werbung in den Vordergrund zu rücken, während Parteien und Organisationen in den Hintergrund gedrängt werden.

Auch andere Autoren betonen die Wichtigkeit der Medien für die Personalisierung der Politik (vgl. Garzia 2011; Pappi/Shikano 2001). Erst die Massenmedien haben individuelle politische Akteure sichtbar gemacht und dadurch dem prüfenden Blick des Wahlvolks ausgesetzt. Der Fokus der Medien auf die Spitzenkandidaten hat es den Wählern erst ermöglicht, diese als Personen wahrzunehmen. Hierdurch haben sich zum einen idealisierte Bilder von politischen Führern entwickelt und zum anderen ist der Wunsch gewachsen, sich mit ihnen zu

identifizieren. Dies nötigt wiederum Parteien dazu, besonders viel Aufwand und Engagement in die Präsentation ihrer Kandidaten zu stecken, wenn sie die Gunst jener personalisierten Wähler gewinnen wollen.

Da sich diese Arbeit auf die Personalisierung von Parteien und der Wählerschaft konzentriert, muss eine umfangreiche Analyse der Personalisierung von Medien außen vor gelassen werden. Der medialen Personalisierung wird jedoch nachgesagt, ein zentraler Faktor für die Entstehung eines personalisierten Wahlverhaltens zu sein.

2.3.3. Verhaltenspersonalisierung

Der letzte Typ der Personalisierung der Politik ist die Verhaltenspersonalisierung (Rahat/Sheafer 2007, 69). Hierbei muss zwischen der Personalisierung des Verhaltens von Politikern auf der einen und der Personalisierung des Verhaltens des Elektorats auf der anderen Seite unterschieden werden. Die Personalisierung des Verhaltens von Politikern äußert sich in einer gesteigerten Aktivität individueller politischer Akteure und einer verringerten Parteiaktivität. Die Personalisierung im politischen Verhalten der Bevölkerung drückt sich dadurch aus, dass Politik weniger als ein Wettstreit zwischen Parteien, sondern als ein Streben verschiedener Individuen gesehen wird.

Das erste Indiz, dass Persönlichkeiten für das Wahlverhalten der Bevölkerung eine größere Rolle spielen, sind die bereits erwähnten Vorzugsstimmen. Die Möglichkeit Vorzugsstimmen abgeben zu können, ist abhängig von der Einführung eines solchen Systems, die unter institutionelle Personalisierung zu kategorisieren ist. Ob Vorzugsstimmen allerdings abseits der Wahlrechtsordnung zu einem Faktor werden, ist davon abhängig, ob das Elektorat bei Wahlen auch von seinem Recht Gebrauch macht. Der Gebrauch von Vorzugsstimmen deutet damit auf eine zunehmende Personalisierung des Wahlverhaltens hin. Meine erste Hypothese lautet folglich:

H1: Die Bedeutsamkeit von Vorzugsstimmen ist in Österreich seit ihrer Einführung im Jahr 1970 kontinuierlich gestiegen. Unter Bedeutsamkeit verstehe ich, dass Wahlberechtigte seit 1970 von ihrem Recht, eine Vorzugstimme abzugeben, immer öfter Gebrauch gemacht haben.

Mehrere Studien haben betont, dass in westlichen parlamentarischen Demokratien die Parteibindung zurückgeht (*dealignment*) (vgl. Dalton 1984; Dalton/Wattenberg 2002). Als Reaktion darauf weichen traditionelle Großparteien in Staaten mit starker Zentrierung auf Parteien (z.B. Österreich) das Wahlsystem durch eine Öffnung der geschlossenen Parteilisten auf (vgl. Thijssen 2013). Die Einführung eines Vorzugsstimmensystems ermöglicht so die Vorreihung von Kandidaten auf Parteilisten - vorausgesetzt sie erzielen genügend Stimmen. Da die traditionellen Parteien in den Regionen besser verankert sind, erhoffen sie sich so einen Vorteil gegenüber neuen Parteien von links und rechts. Durch Vorzugsstimmen soll also die schwindende Parteibindung kuriert werden. Diesem Gedanken zu Folge müssten also Wähler, die Gebrauch von ihrem Recht machen eine Vorzugsstimme abzugeben, eine geringere Parteiidentifikation aufweisen als Personen, die keine Vorzugsstimmen abgeben und sich mit der Wahl einer Partei begnügen. Dementsprechend lautet die zweite Hypothese:

H2: Die Identifikation mit einer Partei ist bei Wählern, die eine Vorzugsstimme abgeben, geringer als bei Wählern, die keine Vorzugsstimme abgeben.

Ein weiterer Hinweis für eine stärkere Personalisierung des Verhaltens des Elektorats zeigt sich bei einer gesteigerten Sympathie für die Kandidaten, während das Zugehörigkeitsgefühl zu kollektiven Gruppenidentitäten - wie z.B. politischen Parteien - absinkt. In ganz Europa ist bereits seit einigen Jahren eine Abnahme der Parteimitgliedschaften feststellbar. Dies geht mit einem zunehmenden Verlust der Stammwählerschaft und mehr Wechselwählern einher (vgl. Dalton 1984). Durch die Abnahme von Parteizugehörigkeit (ein Prozess, der als *dealignment* bezeichnet wird) werden andere Faktoren für die Wahlentscheidung der Bevölkerung wichtiger. Anthony King geht davon aus, dass die Bedeutung von Spitzenkandidaten für die Wahlentscheidung am höchsten ist, wenn die Bindung des Elektorats an Parteien am niedrigsten ist (vgl. King 2002).

Auch in Österreich ist der Prozess des *dealignment* wahrnehmbar. Die Anzahl der Stammwähler nimmt seit Jahren ab, ebenso die Parteimitgliedschaften. Besonders die beiden traditionellen Großparteien SPÖ und ÖVP sind hiervon betroffen und können sich immer weniger auf eine breite Stammwählerbasis verlassen. Die genaue Anzahl an Parteimitgliedern zu bemessen ist schwierig, da die Parteien selbst eher zurückhaltend sind Zahlen zu veröffentlichen. Grundsätzlich ist aber davon auszugehen, dass die Anzahl an österreichischen Staatsbürgern mit Parteimitgliedschaft stark abgenommen hat (vgl. Demokratiezentrum Wien

2006; ORF 2017a). So ist die Anzahl an SPÖ Mitgliedern seit dem Höchststand im Jahr 1970 von 720.000 auf zirka 180.000 gesunken. Die ÖVP rangiert nach eigener Angabe mit 600.000 Mitgliedern im Spitzenfeld (vgl. Demokratiezentrum Wien 2006; ORF 2017a). Allerdings beinhaltet diese Zahl die vielen Teilorganisationen der ÖVP, was eine Zählung schwierig macht, insbesondere da Doppelmitgliedschaften in verschiedenen Bünden und Landesorganisationen möglich sind und auch regelmäßig vorkommen. Weiters geht die Mitgliedschaft in manchen Bünden der ÖVP (z.B. Bauernbund) mit der Mitgliedschaft der ganzen Familie (Ehegatten und Kinder) einher, oft ohne, dass den Familienmitgliedern diese zur Kenntnis gereicht wird. Die Mitgliederzahl der ÖVP ist jedoch ebenso seit dem Höchststand im Jahr 1970 deutlich abgesunken (damals ca. 720.000 Mitglieder). Damit werden die Parteien gezwungen, auf andere Art und Weise Wähler zu mobilisieren und für sich zu gewinnen. Zum einen treten damit politische Inhalte in den Vordergrund, zum anderen auch die Spitzenkandidaten (vgl. Plasser/Ullram 2000; Standard 2017; Kurier 2014).

Daraus leitet sich meine dritte Hypothese ab:

H3: In der Nationalratswahl 2017 war die Sympathie des Elektorats für den Spitzenkandidaten in Relation zur Sympathie für die jeweilige Partei höher als dies 2013 der Fall war.

2.4. Herausforderungen bei der Untersuchung von Personalisierungstendenzen in der Politik

Die Untersuchung von Personalisierung in der Politik wird durch verschiedene Faktoren erschwert:

1. Die Personalisierung der Politik ist ein Begriff, der eine Vielzahl unterschiedlicher Phänomene in sich vereint (siehe oben), die alle miteinander verzahnt sind und sich gegenseitig beeinflussen und darum nur schwer voneinander trennbar sind. Eine solche analytische Trennung ist jedoch nötig, um eine empirische Untersuchung zu ermöglichen.
2. Während Parteien als kollektive Organisationen viele Jahrzehnte, teilweise sogar über Jahrhunderte existieren (die SPÖ wurde z.B. 1889 als Sozialdemokratische

Arbeiterpartei (SDAP) gegründet), sind einzelne Personen nur vergleichsweise kurz in der Politik tätig. Die theoretische Maximalzahl der für die Wissenschaft beobachtbaren Jahre ist dabei das Lebensalter eines Menschen abzüglich der Jahre, in der er kein passives Wahlrecht besitzt (z.B. Minderjährigkeit). In der Praxis ist diese Zahl jedoch meist bedeutend geringer. Insbesondere die Spitzenkandidaten einer Partei neigen dazu regelmäßig ausgetauscht zu werden, denn sie werden häufig für Wahlniederlagen verantwortlich gemacht. Die ÖVP ist beispielsweise bei jeder Wahl von 2006 bis 2017 - insgesamt 4 Wahlen - mit einem anderen Spitzenkandidaten angetreten. Keiner der Obmänner der ÖVP konnte die damaligen Wahlniederlagen seiner Partei politisch überleben. Dies stellt die Erforschung von Personalisierungstendenzen aber vor ein Problem. Personalisierung hängt letztlich an der Beliebtheit von Kandidaten. Die Beliebtheit von unterschiedlichen Kandidaten kann dabei großen Schwankungen unterworfen sein. Das häufige Wechseln von Kandidaten bewirkt dadurch ein Auf und Ab in der Wichtigkeit von Kandidaten für die Wahlentscheidungen und führt zu den bereits in der Literatur erwähnten uneindeutigen Ergebnissen, wenn eine längere Zeitperiode betrachtet wird.

3. Ein weiterer Grund, der erklären könnte, warum es in der Literatur zu Personalisierungstendenzen im Wahlverhalten in parlamentarischen Systemen zu widersprüchlichen Ergebnissen kommt, kann darin liegen, dass die Spitzenkandidaten von Parteien traditionell nicht von der Basis, sondern von Parteigremien bestimmt werden. Diese setzen sich aus hochrangigen Parteifunktionären zusammen. Dadurch kann es geschehen, dass sich bei der Bevölkerung unbeliebte, aber der Parteispitze genehme Kandidaten durchsetzen. Bei präsidentiellen Demokratien ist dies anders (beispielsweise in den USA, wo sich Kandidaten in Vorwahlrunden den eigenen Parteimitgliedern stellen müssen - so genannte „Primary elections“.) Es sei jedoch angemerkt, dass die Wahl des Spitzenkandidaten von internen Regelungen der jeweiligen Parteien abhängt und sowohl in parlamentarischen als auch in präsidentiellen Demokratien von der Norm abweichen kann. Vor allem jüngere Parteien in parlamentarischen Demokratien lassen ihre Basis über Kandidaten abstimmen (z.B. Die Grünen).
4. Die größte Hürde für die Untersuchung von Personalisierungstendenzen in der Politik ist jedoch die mangelnde Datengrundlage. Insbesondere in Österreich bestand lange

Zeit wenig Interesse an einer unabhängigen und strengen wissenschaftlichen Normen verpflichteten Analyse des Wahlverhaltens der Bevölkerung. Stattdessen wurden derartige Analysen von den wahlwerbenden Parteien in Auftrag gegeben und finanziert. Dies muss nicht automatisch bedeuten, dass die Analysen unwissenschaftlich wären, führt jedoch zu mehreren Problemen: erstens (1) werden so die Parteien zu den Hütern der Daten der Wahlanalysen, die sie der Öffentlichkeit nicht ohne weiteres zur Verfügung stellen; zweitens (2) besteht ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Partei und dem beauftragten Wahlforschungsinstitut, was die Unabhängigkeit und Werthaftigkeit der Analyse im besten Fall zweifelhaft macht; drittens (3) sind die Fragebögen derartiger Analysen nicht einheitlich, was eine Vergleichbarkeit über die Jahre schwierig bis unmöglich macht.

Erst seit der Nationalratswahl 2008 gibt es in Österreich mit der Austrian National Election Study (AUTNES) eine unabhängige, regelmäßige, sozialwissenschaftliche Erhebung zum Wahlverhalten.

Zu guter Letzt besteht die Schwierigkeit, dass die Wahlforschung in Österreich keinen Fokus auf eine Untersuchung von Personalisierungstendenzen legt. Dies ist verständlich, da Österreich geradezu das Paradebeispiel eines Parteienstaates ist und die Identifikation mit einer Partei nach wie vor der stärkste Indikator ist, um das Wahlverhalten vorherzusagen. Es erschwert jedoch die Untersuchung der Rolle von Spitzenkandidaten für die Wahlentscheidung. Insbesondere die Rolle von Vorzugsstimmen findet bisher in Wahlanalysen kaum eine Beachtung.

2.5. Gründe für eine Personalisierung des Wahlverhaltens

In der Literatur finden sich zwei Vorgänge, die wiederholt als Gründe für die Personalisierung im Wahlverhalten genannt werden (vgl. Kriesi 2011). Der Erste ist die Aufweichung der Verankerung der Parteien innerhalb der Gesellschaft, *dealignment* genannt (siehe oben) (vgl. Dalton/McAllister/Wattenberg 2002). Um dennoch genügend Wähler ansprechen zu können, um eine Wahl zu gewinnen, müssen Parteien neue Wege finden. Einer dieser Wege ist der Schritt in Richtung Personalisierung der Institutionen. Parteien verändern demnach ihr

Auftreten nach außen oder ihren eigenen Aufbau, um ihre Kandidaten besser in Szene setzen zu können und so mehr Wähler anzusprechen (vgl. Rahat/Sheafer 2007).

Der zweite Vorgang, der für eine Personalisierung des Wahlverhaltens verantwortlich gezeichnet wird, ist die so genannte Kommerzialisierung der Medien (vgl. Hallin/Mancini 2004). Durch die Privatisierung der Medien werden diese stärker von Inseraten der Wirtschaft oder der öffentlichen Hand abhängig. Je größer die Leserschaft/Zuschauerschaft/Hörschaft ist, umso höher sind auch die Einnahmen, die durch Inserate lukriert werden können. Darum sind Medien bestrebt Inhalte zu veröffentlichen, die möglichst viele Menschen ansprechen. Da Berichterstattungen über Kandidaten eher ansprechend sind als Berichte über Parteien, legen Medien einen größeren Fokus auf Kandidaten (vgl. Reinemann/Wilke 2007). Die mediale Personalisierung beeinflusst dann – so die Theorie – die Art und Weise wie Menschen Politik wahrnehmen. Von diesem Zusammenhang zwischen Kommerzialisierung und Personalisierung sind nicht nur private, sondern auch öffentlich-rechtliche Medien betroffen (die sich meist auch teilweise durch Inserate finanzieren müssen) (vgl. Curran et al. 2009; Schulz/Zeh 2006).

Die mediale Personalisierung wurde als Phänomen in der Literatur schon oft beschrieben und zahlreiche Studien finden stichhaltige Nachweise, dass diese tatsächlich existiert (vgl. u.a. Dalton/McAllister/Wattenberg 2002; Kaid/Strömbäck 2008; Langer 2007; Schulz/Zeh 2005). Ob die mediale Personalisierung jedoch auch einen Einfluss auf das Wahlverhalten ausübt und zu mehr Personalisierung führt, ist gelinde gesprochen umstritten.

2.6. Der Fall Österreich

Österreich bietet sich zur Untersuchung von Personalisierungstendenzen an, da es sich um ein parlamentarisches Regierungssystem handelt, in dem Parteien traditionell eine sehr wichtige Rolle spielen. Seit der Nachkriegszeit wurde Österreich über längere Zeit hinweg von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) dominiert. Während die ÖVP es geschafft hatte, die katholische Landbevölkerung bestehend aus Landwirten und Gewerbetreibenden an sich zu binden, repräsentierte die SPÖ den Großteil der urbanen Arbeiterschaft. Diese Dominanz ging so weit, dass von einer regelrechten

Hegemonie der Großparteien gesprochen werden konnte. Die Gesellschaft Österreichs war regelrecht von den beiden Großparteien durchdrungen (vgl. Müller/Plasser/Ullram 2004; Pelinka/Rosenberger 2000).

Der Einfluss der Großparteien beschränkte sich dabei nicht lediglich auf die Legislative, vielmehr war der gesamte Staatsapparat nach einem Proporzsystem zwischen den Parteien aufgeteilt und von ihren Funktionären durchwachsen. SPÖ und ÖVP verfügten über eine Reihe von Vorfeldorganisationen, die weit über das gewöhnliche Tätigkeitsfeld politischer Parteien hinausgingen. Diese Vorfeldorganisationen umfassten Sportvereine, Autoclubs und selbst Schrebergärtnervereine (vgl. Bodzenta 1985). Aus dem Proporzsystem der beiden Großparteien heraus wurde die Sozialpartnerschaft geboren, in der die unterschiedlichen Interessensgruppen in Österreich konsensorientiert zusammenarbeiten sollten. Dies führte zur Entstehung zweier annähernd gleich großer, getrennter Einflussphären der beiden Großparteien. Innerhalb dieser Einflussphären dominierte eine der beiden Großparteien durch ein ausgeprägtes Patronagesystem, das die Mitglieder der jeweiligen Partei förderte (vgl. Müller 1992). Die Parteien schafften es so, große Teile der österreichischen Bevölkerung an sich zu binden.

Erst in den 1980er Jahren wurde diese Dominanz der Großparteien sukzessive durch Abschwächung der soziokulturellen Parteiloyalität reduziert. Diese fand ihren Grund zum einen in der Säkularisierung der Gesellschaft und zum anderen in Veränderungen der Beschäftigungsverhältnisse (Rückgang von in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen sowie der Industriearbeiterschaft und Anwachsen von Beschäftigten in Dienstleistungsverhältnissen und Entstehung neuer freier Berufsformen). Hierdurch verloren die Großparteien ihren Zugriff auf die Bevölkerung (vgl. Plasser/Ullram/Seeber 2007; Pelinka 2006).

Die folgenden Jahrzehnte waren gezeichnet durch eine zunehmende Diversifizierung der Parteienlandschaft und einer Beendigung der hegemonialen Stellung der (ehemaligen) Großparteien. Gleichzeitig wurden auch das Proporzsystem und die Sozialpartnerschaft von den aufstrebenden neuen Parteien in Frage gestellt. Gemeinsam mit einer deutlichen Abnahme der Parteimitgliedschaften (dealignment) führte dies dazu, dass sich Parteien nicht mehr auf ihre Stammwählerschaft allein verlassen konnten. Um Wahlen zu gewinnen, mussten neue Vorgehensweisen gefunden werden. Die Fokussierung auf charismatische Persönlichkeiten statt Parteien ist eine davon.

Ob die Verknappung der Stammwählerschaft und das rasante Wachstum des Klubs der Nichtwähler verantwortlich für die Einführung des Vorzugsstimmensystems im Jahr 1970 in Österreich waren, kann nur von den damaligen Gesetzgebern beantwortet werden. Das historische Zusammenfallen der Ereignisse legt den Schluss jedoch nahe. Fakt ist, dass das Vorzugsstimmensystem in den folgenden Jahrzehnten eine Vielzahl an Reformen und Ausweitungen erfuhr.

Die Abgabe von Vorzugsstimmen ist in Österreich seit der Reform der Nationalrats-Wahlordnung 1970 möglich. Wähler hatten die Möglichkeit, den Namen des von ihnen präferierten Bewerbers in die vorgesehene Spalte zu schreiben. Für jede Vorzugsstimme erhielt der Bewerber einen Wahlpunkt. Ein Bewerber erlangte ein Mandat, wenn er in Summe so viele Wahlpunkte erhalten hatte, wie die Wahlzahl im betreffenden Wahlkreis betrug. Die Wahlzahl ist dabei jene Anzahl an Stimmen für eine Partei, die erzielt werden muss, um ein Mandat im betreffenden Wahlkreis zu erhalten. Je nach Größe konnte ein Wahlkreis unterschiedlich viele Mandate umfassen. Die Wahlrechtsreform von 1971 sah neun Landeswahlkreise und zwei Wahlkreisverbände vor.

Ein Beispiel: Im Wahlkreis Wien betrug 1971 die Wahlzahl pro Mandat 25.678 (vgl. BMI 1971). Das bedeutet, dass eine Partei 25.678 Stimmen erzielen musste, um ein Mandat zu erhalten. Damit ein Kandidat mit Hilfe von Wahlpunkten ein Mandat erhalten konnte, mussten 25.678 Wähler in Wien seinen Namen auf den Wahlzettel schreiben.

Die hohe Anzahl an für ein Mandat zu erzielenden Wahlpunkten – und damit Vorzugsstimmen – war eine kaum schaffbare Hürde. Nur Kandidaten, die sich auf eine für sie werbende Partei- oder anderweitige Interessensorganisation verlassen konnten, hatten überhaupt die Chance, die notwendige Bekanntheit zu erlangen. Entsprechend selten ist es auch zu Vorreihungen gekommen.

Die zweite große Reform der Nationalrats-Wahlordnung erfolgte 1992. Die vergangenen Wahlen hatten große Stimmengewinne für die einstige Kleinpartei FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) und den Einzug der Grünen (Die Grüne Alternative) in das Parlament gesehen. Die traditionellen Großparteien SPÖ und ÖVP, die über 70% auf sich vereinen konnten, entschlossen sich, gegen die Stimmen der Opposition die Wahlrechtsreform in die Wege zu leiten. Die Reform sah die Einführung von 43 Regionalwahlkreisen, 9 Landeswahlkreisen und einem nationalen Wahlkreis vor. Von nun an gab es also drei Ermittlungsverfahren, nach

denen Mandate vergeben wurden. Im ersten Ermittlungsverfahren werden Mandate entsprechend der Wahlzahl an die Kandidaten der Regionalliste vergeben. Alle restlichen Stimmen, die nicht ausreichen, um ein so genanntes Grundmandat zu erzielen wandern in das zweite Ermittlungsverfahren auf Landesebene. Für die Teilnahme einer Partei am zweiten Ermittlungsverfahren muss überdies auch mindestens ein Grundmandat oder mindestens 4% der insgesamt abgegebenen Stimmen erzielt worden sein. Ist das nicht der Fall, scheidet die Partei aus und kann nicht in den Nationalrat einziehen. Die Stimmen, die auch auf Landesebene nicht für ein Mandat ausreichen, gehen schließlich ins dritte und letzte Ermittlungsverfahren auf Bundesebene. In den ersten beiden Ermittlungsverfahren (Regional, Land) werden die zu erringenden Sitze proportional zur Einwohnerzahl auf die Wahlkreise verteilt (Hare'sches Verfahren). Die Verteilung der Mandate im dritten Ermittlungsverfahren erfolgt nach dem D'Hondtschen Verfahren unter Abzug der bereits errungenen Mandate einer Partei. Insgesamt ist das österreichische Wahlrecht damit ein äußerst proportionales.

Die Reform von 1992 bedeutete insbesondere eine Stärkung der Regionen. Dies kommt nicht rein zufällig. Die Großparteien SPÖ und ÖVP versuchten mit der Wahlrechtsreform für sich einen Vorteil zu erzielen, ohne dabei jedoch das traditionell sehr proportional-repräsentative Wahlsystem Österreichs aufzugeben. Beide Parteien sahen ihre Stärke in den Regionen, wo der Großteil der Bürgermeister entweder von ÖVP oder SPÖ gestellt wurden. Insgesamt waren ÖVP und SPÖ in den Regionen unverhältnismäßig stärker aufgestellt als FPÖ und Grüne. Die Großparteien erhofften sich darum, durch personalisierte Kampagnen alle Mandate aus den Regionalwahlkreisen für sich zu gewinnen. Eine Hoffnung, die sich letztlich nicht bewahrheiten sollte (vgl. Müller 2005).

Das System von 1992 ist mit einigen Abwandlungen (Herabsetzung des aktiven Wahlalters von anfänglich 19 auf schließlich 16 Jahre, Vereinfachung der Briefwahl, Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre, Herabsetzung des passiven Wahlalters von 19 auf 18 Jahre, Reduzierung der Regionalwahlkreise auf 39) noch heute aktiv. Mandate werden anhand von Wahlzahlen proportional zugeteilt.

Für die vorliegende Arbeit ist die Reform von 1992 insbesondere interessant, da sie auch eine Ausweitung des Vorzugsstimmensystems sah. Ab 1992 war die Abgabe von Vorzugsstimmen für Kandidaten der Regionalwahlkreise und der Landeswahlkreise möglich. 2013 folgte auch die Möglichkeit, im Bundeswahlkreis eine Vorzugsstimme abzugeben. Basis des neuen

Systems ist nach wie vor die von den Parteien eingereichte Liste, auf der alle Kandidaten der jeweiligen Partei aufgelistet sind. Dabei gibt es für jeden Wahlkreis eine eigene Liste. Die Wähler haben die Möglichkeit, jeweils auf der Regional- Landes- und Bundesliste eine Vorzugsstimme für einen Kandidaten abzugeben. Auf Ebene der Regionalwahlkreise erfolgt dies durch Ankreuzen des jeweiligen auf dem Wahlzettel abgedruckten Namens des Kandidaten. Auf Ebene des Landes- und des Bundeswahlkreises wird die Vorzugsstimme durch Eintragen des Namens oder der Reihungsnummer des jeweiligen Kandidaten abgegeben. Um mit Hilfe von Vorzugsstimmen auf der Parteiliste vorgereicht zu werden, muss ein Kandidat eine bestimmte Anzahl an Stimmen für die jeweilige Partei auf sich vereinen. Im Regionalwahlkreis sind dies 14%, im Landeswahlkreis 10% und im Bundeswahlkreis 7% der für die entsprechende Partei abgegebenen Stimmen. Voraussetzung für ein Mandat bleibt, dass die Partei genügend Stimmen erhält, um ein Mandat zu erringen. Die Wahl einer Partei und die Abgabe einer Vorzugsstimme für einen Kandidaten einer anderen Partei ist nicht möglich (kein Stimmensplitting). In solch einem Fall ist die Stimme nur für die angekreuzte Partei gültig, die Vorzugsstimme ungültig. Wird nur eine Vorzugsstimme abgegeben, gilt diese auch als Stimme für die Partei des Kandidaten.

Österreichs Wahlsystem ist in den vergangenen Jahren also auf diese Weise personalisiert worden (siehe oben: institutionelle Personalisierung). Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im österreichischen Wahlsystem Parteien nach wie vor eine zentrale Stellung einnehmen. Das Vorzugsstimmensystem kann nur als eine Ergänzung betrachtet werden, die einen Hauch von Persönlichkeitswahlrecht in ein ansonsten starres Parteienwahlsystem bringen soll.

Was die Medienlandschaft betrifft, so bildet Österreich keine Ausnahme. Wie auch in anderen Staaten der liberalen westlichen Demokratien (siehe oben), lässt sich auch in Österreich Evidenz für eine mediale Personalisierung finden. Diese ist sowohl im Bereich der unbezahlten Medien (vgl. Filzmaier 2011), als auch im Bereich der bezahlten Medien (vgl. Hayek 2012) feststellbar.

Österreich ist also ein Staat, der auf eine Tradition von starken Großparteien zurückblickt, deren Einfluss als gesellschaftsbeherrschend beschrieben werden konnte. Dennoch finden sich in der mittleren bis jüngeren Geschichte viele Beispiele einer zunehmenden Personalisierung der Politik. Durch die Einführung und Ausweitung eines

Vorzugsstimmensystems und die zunehmende mediale Personalisierung sind die beiden in der Literatur genannten Hauptverdächtigen für eine Personalisierung des Wahlverhaltens in Österreich gegeben. Diese langjährige Dominanz von Parteien, gepaart mit dem Vorhandensein von institutioneller und medialer Personalisierung, machen Österreich zum idealen Untersuchungsobjekt für Personalisierungstendenzen im Wahlverhalten des Elektorats.

3. Methode

Als Methode zur Überprüfung der aufgestellten Hypothesen dienen sowohl Vorzugsstimmen als auch multivariate logistische Regressionsanalysen. Die Analyse von bei Nationalratswahlen abgegebenen Vorzugsstimmen ermöglicht es aufzuzeigen, wie groß das Interesse der österreichischen Bevölkerung an einem personalisierten Wahlsystem ist. Die Politik hat dem Wahlvolk dieses Instrument zur Verfügung gestellt, doch besteht auch ein Bedürfnis es zu nutzen? Die Regressionsanalysen geben uns dagegen Einblick in die Köpfe des Elektorates. Inwieweit sind Kandidaten anstatt der jeweiligen Parteien Sympathieträger der Wähler? Kann eher die Sympathie für einen Kandidaten oder die Sympathie für eine Partei das Wahlverhalten erklären? Gibt es Unterschiede zwischen Stammwählern, Wechselwählern und bisherigen Nichtwählern? In Kombination tragen Vorzugsstimmen und Regressionsanalysen dazu bei, etwas Licht in das Dunkel der (faktischen oder vermeintlichen) Personalisierungstendenzen im österreichischen Elektorat zu bringen.

Die Ergebnisse werden anhand der einschlägigen Literatur und dem speziellen Umfeld, das die österreichische Politik bietet, diskutiert.

3.1. Vorzugsstimmen

Zur Überprüfung der *H1* ziehe ich Daten des Innenministeriums heran, aus denen hervorgeht, wie viele Wahlberechtigte bei vergangenen Nationalratswahlen ihr Recht einer Vorzugsstimmenabgabe genutzt haben (vgl. BMI 1990-2017).

Da die Rolle von Vorzugsstimmen in Österreich ein von der Forschung größtenteils ignoriertes Feld ist, musste meine Arbeit mit dem Zusammentragen der entsprechenden Daten beginnen. Das Bundesministerium für Inneres hat beginnend mit dem Jahr 1990 alle abgegebenen Vorzugsstimmen veröffentlicht. Die Anzahl der abgegebenen Vorzugsstimmen der Wahlen von 1971 bis einschließlich 1986 waren trotz mehrmaligem Nachfragen meinerseits bei den zuständigen Behörden nicht mehr auffindbar.

Wir müssen uns hier also mit den Daten ab 1990 zufriedengeben und darauf hoffen, dass sich ein emsiger Beamter eines Tages dazu bemühen wird, in den entsprechenden Archiven einen

Glücksgriff zu tätigen. Das Verschwinden der Daten vor 1990 ist ein Wermutstropfen, soll uns aber nicht davon abhalten, einen ersten Einblick in die Welt der Vorzugsstimmen zu gewähren. Zumindest seit der Reform der Nationalrats-Wahlordnung 1992 kann mit den vorhandenen Daten ein durchgehendes Bild bis 2017 präsentiert werden. Insgesamt umfasst die Untersuchung Daten aus neun Nationalratswahlen (1990, 1994, 1995, 1999, 2002, 2006, 2008, 2013, 2017).

Zunächst habe ich die mir zur Verfügung stehenden Daten des Bundesministeriums für Inneres in eine einheitliche Form gebracht und addiert, um so eine Darstellung der abgegebenen, gültigen Vorzugsstimmen zu erhalten. Die abgegebenen Vorzugsstimmen wurden nicht nach Kandidaten gereiht, da die Beliebtheit einzelner Kandidaten für diese Arbeit nicht von Interesse ist. Stattdessen habe ich mich um eine konsistente Darstellung der abgegebenen Vorzugsstimmen nach Parteien, Bundesländern und Nationalratswahlen bemüht. Dies erlaubt uns nicht nur Aussagen über die Veränderung der Akzeptanz von Vorzugsstimmen durch das Elektorat über die Jahre zu treffen, sondern ebenso Unterschiede zwischen den Wählern unterschiedlicher Parteien und den Bundesländern zu erkennen.

In die Gesamtanalyse wurden alle gültig abgegebenen Vorzugsstimmen aufgenommen, auch jene, die für Kleinstparteien abgegeben worden sind, die in der politischen Landschaft Österreichs keine Rolle spielen. Einzeln wurden nur die Wählerschaften jener Parteien betrachtet, die auch zumindest einmal in der untersuchten Zeitperiode von 1990-2017 den Einzug in den Nationalrat geschafft haben. Dies sind: SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ, Grüne, Lif/Neos, Liste Stronach, Liste Pilz. Alle Kleinstparteien, die den Einzug in den Nationalrat niemals geschafft haben, wurden unter der Kategorie „Sonstige“ zusammengefasst.

3.2. Multivariate logistische Regressionsanalysen

Zur Überprüfung der *H2* und *H3* nutze ich Daten der Austrian National Election Study (AUTNES) von 2017 (vgl. Aichholzer et al. 2018; Kritzinger et al. 2013a). Unglücklicherweise betreibt AUTNES erst seit den Nationalratswahlen 2008 Wahlforschung und die Frage nach der Sympathie für Spitzenkandidaten wurde gar erst seit der Nationalratswahl 2013 gestellt. Da

diese Variable essentiell für die Beantwortung meiner Forschungsfrage ist, muss sich dieser Teil der Arbeit auf die Nationalratswahlen 2013 und 2017 beschränken.

Der den Daten zugrundeliegende Fragebogen der Wahlstudie zur Nationalratswahl am 29. September 2013 basiert auf der Comparative Study of Electoral Systems (CSES) Module 4. Der Fragebogen zur Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 basiert auf dem CSES Module 5. Beide Fragebögen wurden um länderspezifisch relevante Fragen erweitert.

Die Stichprobe umfasst Personen, die an der österreichischen Nationalratswahl am 29. September 2013 bzw. 15. Oktober 2017 teilnehmen durften (österreichische Staatsbürger, die am Stichtag im Alter von 16 Jahren oder älter waren). Die Interviews wurden durch computerunterstützte Telefonumfragen durchgeführt. 2013 wurden $n = 1000$ und 2017 $n = 1203$ Interviews erfolgreich durchgeführt. Die Daten wurden nach bekannten Populationsmustern vom Umfrageinstitut (IPR) gewichtet.

Die grundlegenden Daten für diese Arbeit wurden von der Austrian National Election Study der Öffentlichkeit zur freien Nutzung zur Verfügung gestellt. Die Daten wurden ohne Verwendung von eindeutigen Identifikatoren zur Person der Teilnehmer analysiert. Aufgrund der Tatsache, dass die DSGVO eingehalten wurde und ich nicht mit konkreten Menschen arbeite, bestehen keine forschungsethischen Probleme. Die Auswertung der AUTNES Daten erfolgte mit Hilfe des Statistikprogramms Stata.

4. Ergebnisse

4.1. Entwicklung von Vorzugsstimmen 1990-2017

Wie bereits oben erwähnt, sieht die österreichische Wahlordnung seit 1970 die Abgabe von Vorzugsstimmen bei Nationalratswahlen vor. Die Daten von 1971-1986 sind jedoch nicht mehr auffindbar. Vertrauen wir jedoch der Literatur, so hat sich damals die Zahl der abgegebenen gültigen Vorzugsstimmen (nur Landesebene) stets auf unter zehn Prozent der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen belaufen (vgl. Stein 2011).

Zur Erinnerung noch einmal die erste Hypothese dieser Arbeit:

H1: Die Bedeutsamkeit von Vorzugsstimmen ist seit ihrer Einführung im Jahr 1970 kontinuierlich gestiegen. Unter Bedeutsamkeit verstehe ich, dass Wahlberechtigte seit 1970 von ihrem Recht eine Vorzugstimme abzugeben immer öfter Gebrauch gemacht haben.

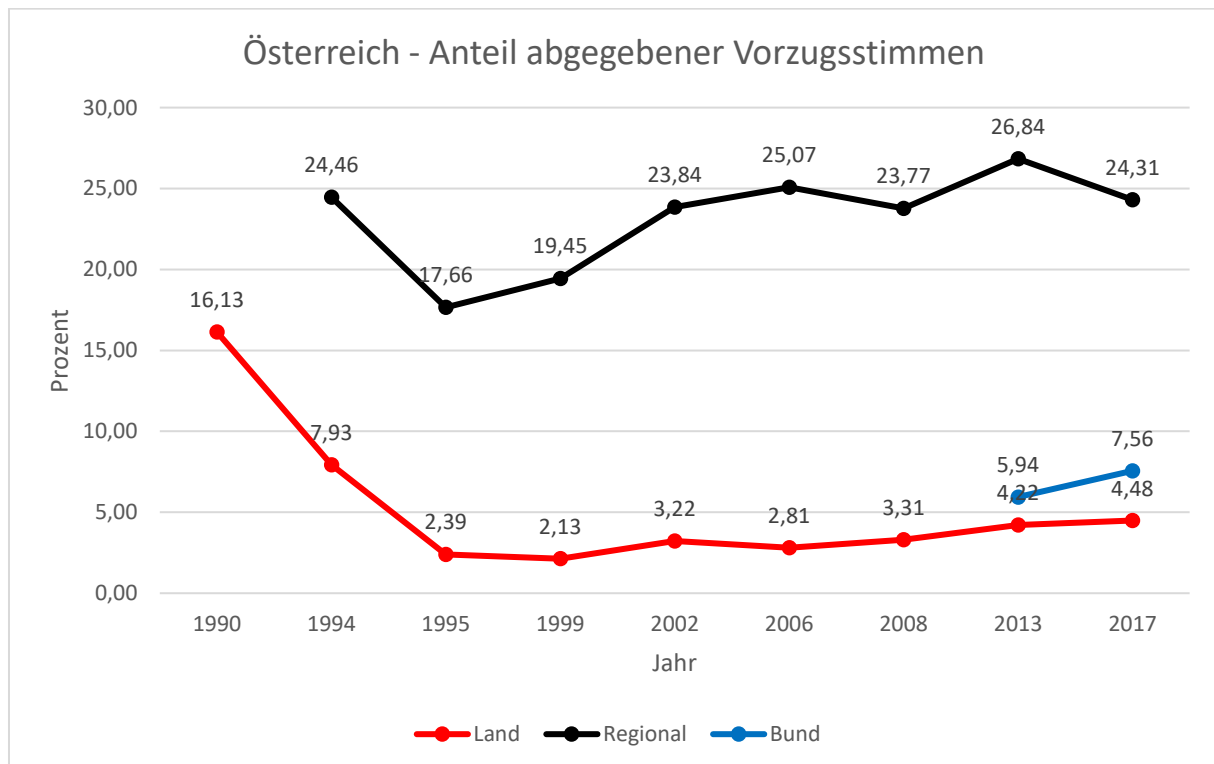


Abbildung 1: Die Werte sind der prozentuelle Anteil von abgegebenen, gültigen Vorzugsstimmen an insgesamt abgegebenen, gültigen Stimmzetteln. Region, Land und Bund werden dabei unabhängig voneinander dargestellt. So kann auf einem Stimmzettel z.B. eine Vorzugstimme auf regionaler Ebene, aber nicht auf Landes- bzw. Bundesebene (und umgekehrt) abgegeben worden sein.

Abbildung 1 zeigt, wie sich der Anteil der abgegebenen, gültigen Vorzugsstimmen im Verhältnis zu den insgesamt gültig abgegebenen Stimmen bei Nationalratswahlen von 1990 bis 2017 entwickelt hat.

Auf den ersten Blick sticht insbesondere der hohe Wert von abgegebenen Vorzugsstimmen auf Landesebene bei der Nationalratswahl 1990 heraus. Dieser lässt sich damit erklären, dass die SPÖ bei dieser Wahl eine gezielte Vorzugsstimmenkampagne für ihren Spitzenkandidaten, den bisherigen Bundeskanzler Franz Vranitzky, betrieben hat. Dafür wurde Vranitzky an die erste Stelle aller neun Landeslisten gesetzt, was damals noch möglich war. Der „Bundeskanzlerbonus“ und die hohe Bekanntheit Vranitzkys konnten so in allen neun Bundesländern ausgespielt werden. Nach der Wahlrechtsreform 1992 war dies nicht mehr möglich, da ein Kandidat nicht mehr länger auf mehreren Landeslisten stehen durfte. Seither ist nur noch eine vertikale Mehrfachkandidatur möglich. Das bedeutet, es ist eine Kandidatur auf jeweils einer Regional-, Landes- und Bundesparteiliste möglich, nicht jedoch auf mehreren Regional- und Landesparteilisten parallel.

Deutlich zu erkennen ist, dass in der ersten Wahl nach der Wahlrechtsreform 1992 die Vorzugsstimmen auf Regionaler- und Landesebene ein Hoch erreicht haben, das 1995 nicht wieder erreicht werden konnte. Auf Landesebene sank der Anteil bei der Nationalratswahl 1999 sogar noch weiter. Danach erfolgte ein schrittweiser Anstieg der abgegebenen Vorzugsstimmen bei Nationalratswahlen.

Insbesondere bei den abgegebenen Vorzugsstimmen für Kandidaten von Regionalwahlkreisen ist über die Jahre hinweg ein deutlicher Anstieg zu erkennen. Auch auf Landesebene ist dieser Anstieg seit 1999 kontinuierlich, wenn auch weniger stark ausgeprägt. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Anzahl der auf regionaler Ebene abgegebenen Vorzugsstimmen 2017 ziemlich genau auf demselben Niveau waren wie 1994 bei ihrer Einführung. Auf Landesebene sind die Vorzugsstimmen von 2017 trotz positiver Tendenz immer noch meilenweit vom Ergebnis im Jahr 1990 entfernt. Das Ergebnis von 1990 stellt jedoch einen Ausreißer dar, der sich durch die ungleichen Ausgangsbedingungen des damaligen Wahlrechts erklären lässt.

Die Einführung von Vorzugsstimmen auf Bundesebene wurde vergleichsweise gut von der Bevölkerung angenommen. Die Vergleichswerte sind hier jedoch aufgrund von nur zwei

Wahlen, bei denen Vorzugsstimmen auf Bundesebene abgegeben werden konnten, zu gering, um verlässliche Aussagen treffen zu können.

Die großen Unterschiede zwischen abgegebenen Vorzugsstimmen für Kandidaten von Regionalwahlkreisen und Kandidaten von Landeswahlkreisen und dem Bundeswahlkreis lassen sich auf verschiedene Faktoren zurückführen. Zum einen liegt die Vermutung nahe, dass Wähler eher in Kontakt mit regionalen Kandidaten kommen und so eine persönliche Bindung aufbauen, als dies bei Kandidaten von Landes- und Bundesebene der Fall ist. Zum anderen - und dies ist wohl der relevantere Faktor - sind die sich der Wahl stellenden Kandidaten der Parteien des jeweiligen Regionalwahlkreises bereits auf den Stimmzetteln vermerkt und müssen vom Wähler bloß angekreuzt werden. Kandidaten auf Landesebene müssen dagegen aus einer in der Wahlkabine aufgehängten Liste ausgelesen und dann entweder mit ihrem Namen oder ihrer Reihungsnummer an der vorgesehenen Stelle auf dem Stimmzettel händisch notiert werden. Die Kandidaten der Bundeslisten müssen die Wähler aus einem Heft auslesen. Dieses liegt nicht in der Wahlkabine auf, sondern außerhalb, was de facto bedeutet, dass die Wähler bereits vor der Stimmabgabe Name oder Reihungsnummer des von ihnen präferierten Kandidaten kennen müssen. Die Hürde, eine Vorzugsstimme für einen Kandidaten des Landes- oder Bundeswahlkreises abzugeben, ist also wesentlich höher als dies bei einer Vorzugsstimme für einen Kandidaten des Regionalwahlkreises der Fall ist.

Insgesamt ist seit 1995 sowohl auf regionaler als auch auf Landesebene eine positive, wenn auch geringe, Tendenz hin zu mehr Vorzugsstimmen zu erkennen. Auch auf Bundesebene gibt es eine positive Tendenz, wobei jedoch aufgrund der geringen Fallzahl keine stichhaltigen Aussagen getroffen werden können.

Im Großen und Ganzen bewegt sich die Anzahl der abgegebenen Vorzugsstimmen jedoch auf relativ konstantem Niveau. Auf etwa einem Viertel der abgegebenen gültigen Wahlzettel wird auch eine Vorzugsstimme für einen Kandidaten einer Regionalliste vergeben. Auf Ebene von Bund und Ländern, wo vom Wähler erwartet wird, einen Namen oder eine Reihungsnummer auszulesen und auf den Wahlzettel zu schreiben, bewegt sich der Anteil gültig abgegebener Vorzugsstimmen im Bereich von 2-7% aller abgegebenen Stimmen. Bei einer so geringen Anzahl kann nur schwer von einem Wunsch der Bevölkerung gesprochen werden, Kandidaten anstatt Parteien zu wählen. Möglicherweise ist jedoch auch der Wahlvorgang beim Abgeben einer Vorzugsstimme zu kompliziert oder zeitaufwendig für den Großteil der Bevölkerung.

Dafür würde sprechen, dass auf regionaler Ebene, wo der entsprechende Kandidat nur angekreuzt werden muss, bis zu acht Mal mehr Vorzugsstimmen abgegeben werden. Auch die Angst, dass durch einen Fehler beim Eintragen einer Vorzugsstimme die Stimme als ungültig gewertet wird, kann dazu führen, dass sich Wähler gegen die Eintragung eines Namens entscheiden. Diese Befürchtung ist wohlgernekt unbegründet, da selbst bei einer fehlerhaften Vorzugsstimme die Stimme immer noch für die Partei gültig ist.

4.1.1. Nach Bundesländern

Österreich ist ein föderal organisierter Bundesstaat, der sich aus neun Gliedstaaten - den sogenannten Bundesländern - zusammensetzt. Diese Bundesländer können teils große Unterschiede aufweisen. Beispielsweise hat etwa Wien eine Bevölkerungsdichte von 4.574,5 Einwohnern pro Quadratkilometer, während in Kärnten nur 58,8 Einwohner pro Quadratkilometer leben. Die Spaltung in Stadt und Land ist einer der wichtigsten Indikatoren für das Wahlverhalten der österreichischen Bevölkerung. Während traditionell im urbanen Raum eher Parteien links der Mitte dominant sind, spielen im ländlichen Raum Parteien rechts der Mitte ihre Stärke aus. Auch wenn der Cleavage zwischen Stadt und Land nicht mehr so eindeutig ist wie vor zwanzig Jahren (vgl. Kritzinger 2013b), gibt es insbesondere beim Vergleich von Großstädten (z.B. Wien, Graz, Linz, Innsbruck) mit ländlich geprägten Gebieten immer noch Unterschiede im Wahlverhalten. Es lohnt sich darum, einen Blick auf Unterschiede zwischen den Bundesländern bei der Abgabe von Vorzugsstimmen zu schauen.

Die *Nomenclature des unités territoriales statistiques* (NUTS), die vom Europäischen Amt für Statistik entwickelt worden ist, teilt Österreich in drei statistische Regionen (vgl. NUTS 2016):

- Ostösterreich (Burgenland, Niederösterreich, Wien)
- Südösterreich (Kärnten, Steiermark)
- Westösterreich (Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg)

Dabei handelt es sich um Statistikregionen, die eine Vergleichbarkeit zwischen den Gebietseinheiten ermöglichen soll. Wir wollen nun feststellen, inwieweit sich anhand dieser Dreiteilung eine Unterscheidung in der Tendenz Vorzugsstimmen abzugeben feststellen lässt.

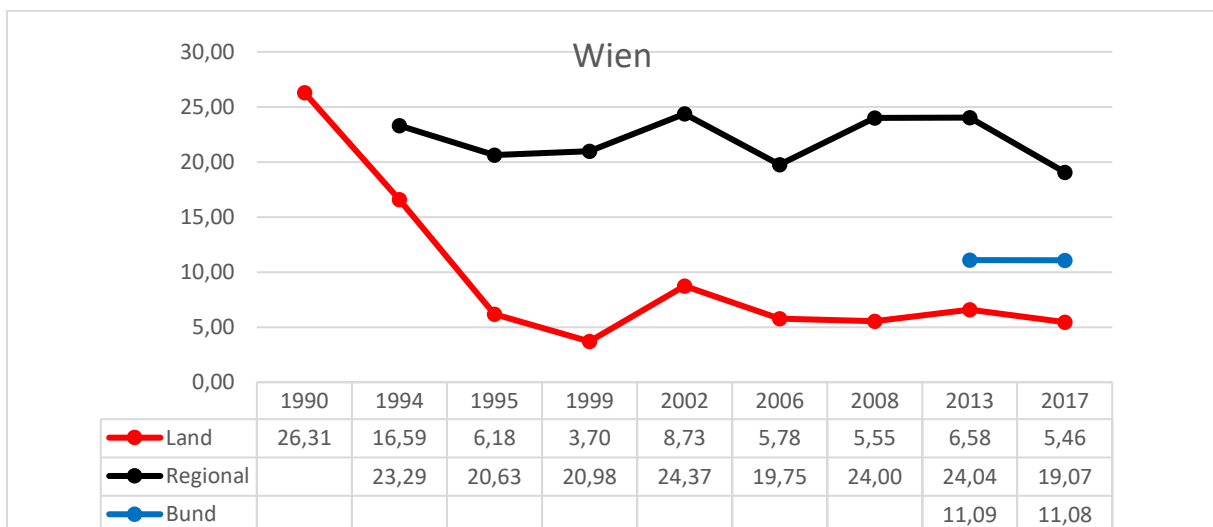
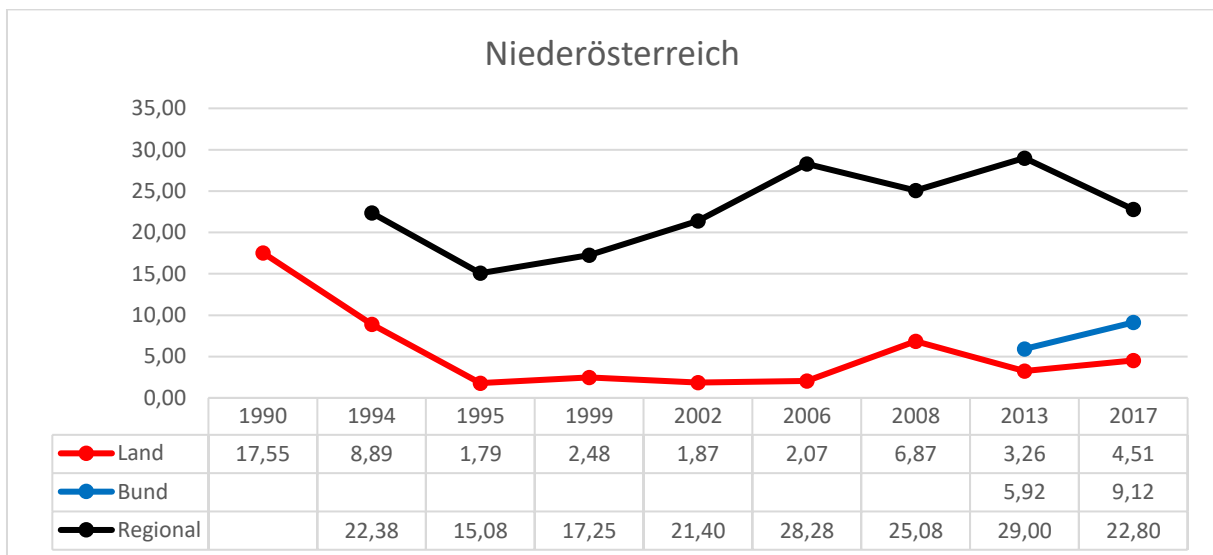
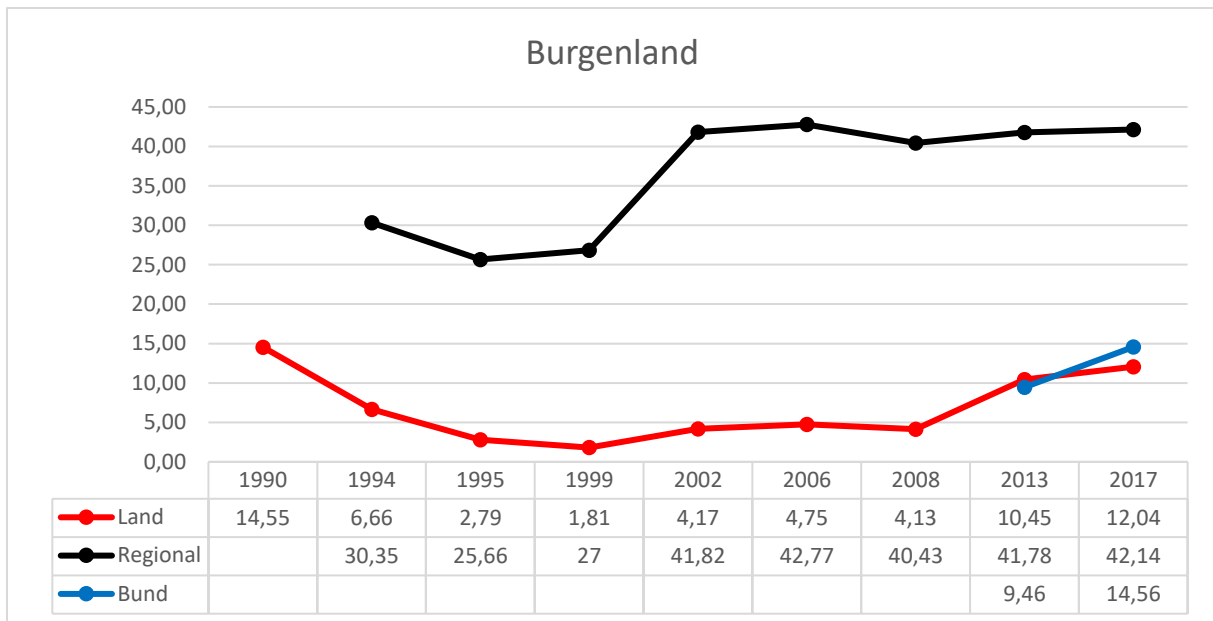


Abbildung 2-4: Prozentuelle Anteile der abgegebenen Vorzugsstimmen in Ostösterreich. Es werden besonders viele Vorzugsstimmen auf Bundesebene abgegeben.

Für Ostösterreich lässt sich feststellen, dass im Burgenland bei weitem die meisten Vorzugsstimmen abgegeben werden. Das Burgenland bleibt auch auf Rang 1, wenn Österreich als Ganzes betrachtet wird. Besonders Wien hat seit 1990 seinen großen Anteil an Vorzugsstimmen auf Landesebene verloren. Die Vorzugsstimmen auf regionaler Ebene stagnieren in Wien und haben in Niederösterreich eine leicht positive Tendenz, wobei es aber starke Schwankungen gibt. Für Ostösterreich stechen auch die hohen Zahlen an Vorzugsstimmen für Kandidaten auf Bundesebene hervor.

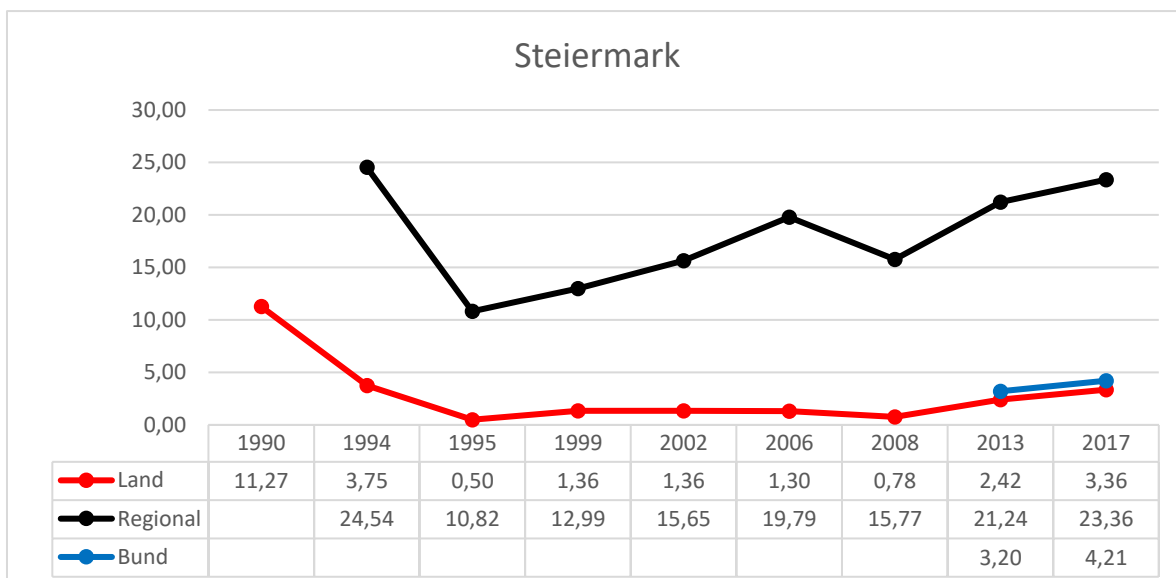
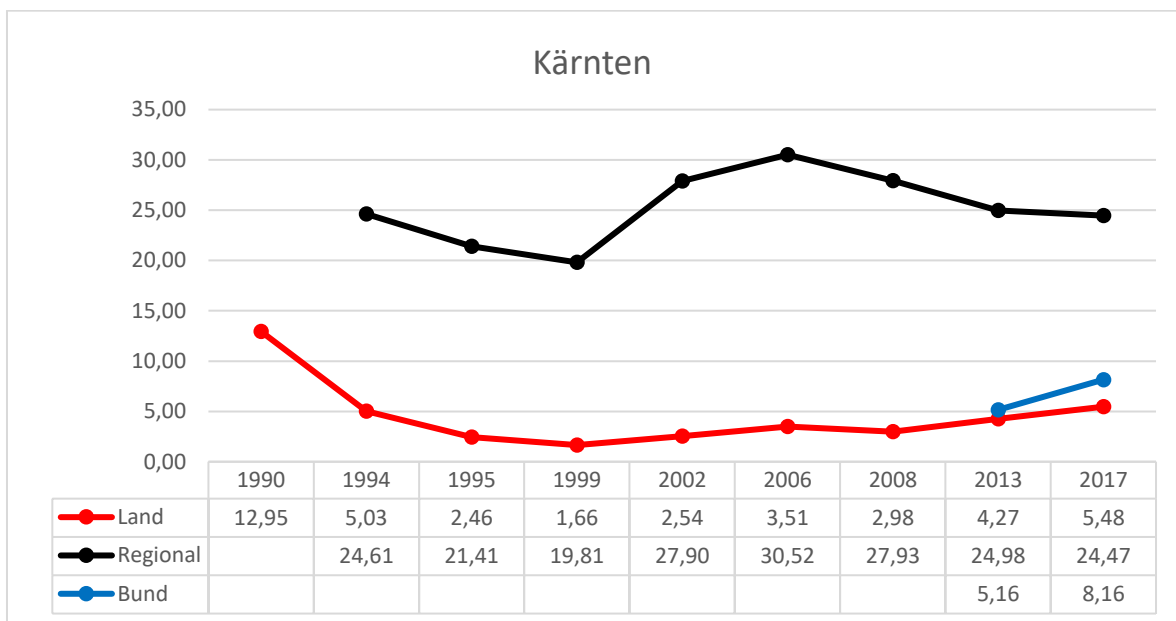
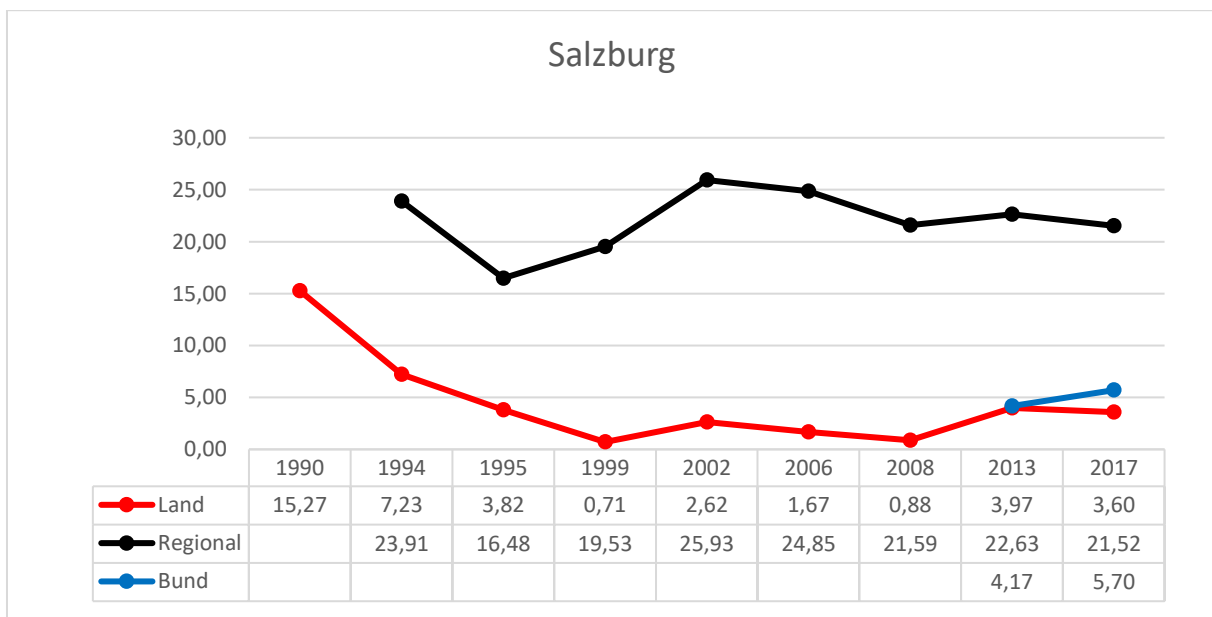
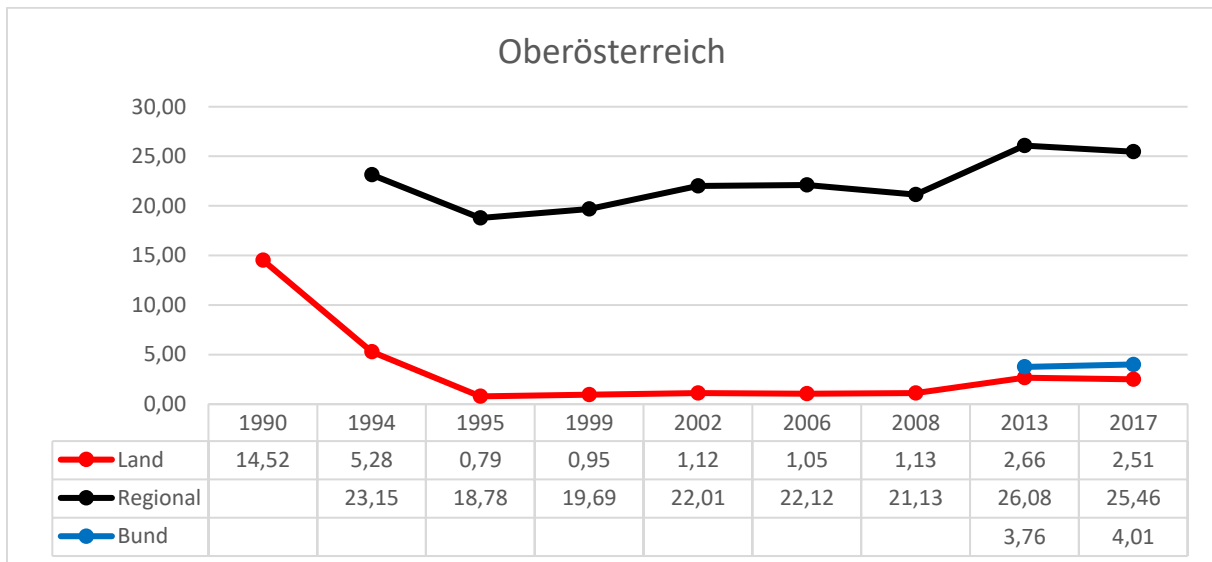


Abbildung 5-6: Prozentuelle Anteile der abgegebenen Vorzugsstimmen in Südösterreich.

In Südösterreich, insbesondere in der Steiermark, werden verhältnismäßig wenige Vorzugsstimmen abgegeben. Der Anstieg der Vorzugsstimmen auf regionaler Ebene in

Kärnten ab der Nationalratswahl 2002 lässt sich mit der Popularität des FPÖ Kandidaten Jörg Haider erklären, der eine Vielzahl an Vorzugsstimmen auf sich verbuchen konnte. Nach seinem Tod kurz nach der Nationalratswahl 2008 ist die Anzahl an abgegebenen Vorzugsstimmen wieder auf das Niveau von 1994 zurückgefallen.



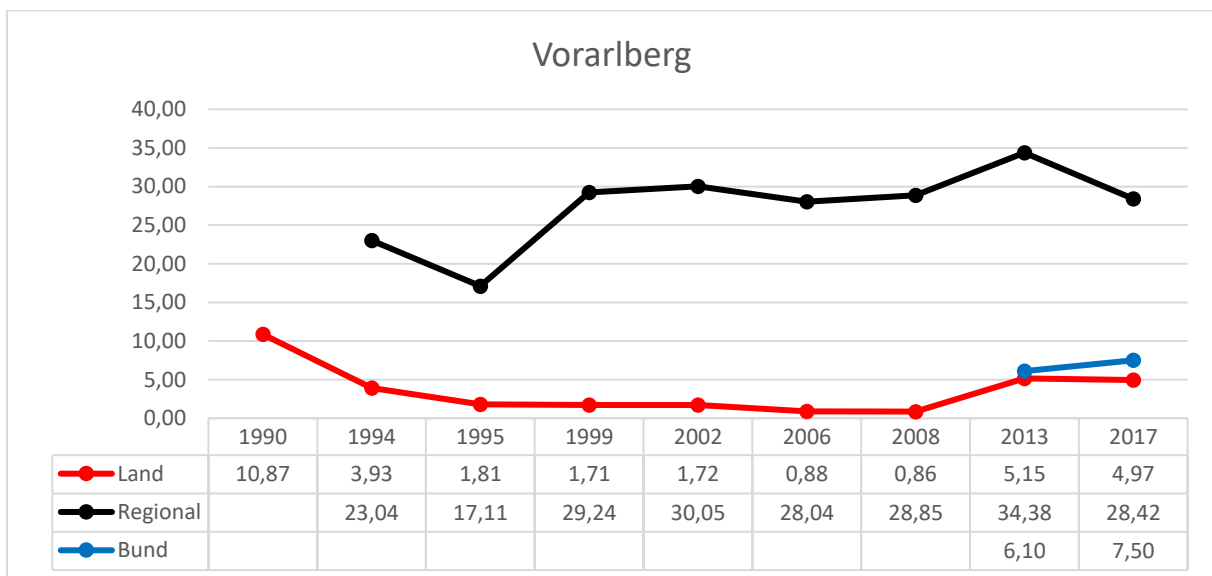
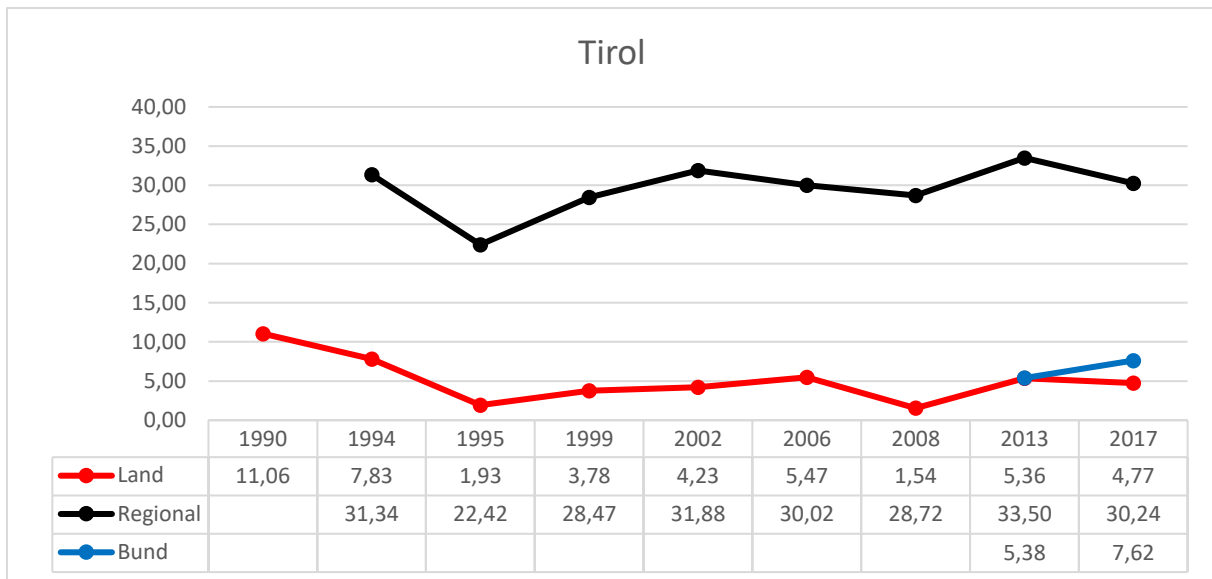


Abbildung 7-10: Prozentuelle Anteile der abgegebenen Vorzugsstimmen in Westösterreich. Besonders in Tirol und Vorarlberg werden verhältnismäßig viele Vorzugsstimmen auf regionaler Ebene abgegeben.

Westösterreich, insbesondere Tirol und Vorarlberg, zeichnen sich durch mehr Vorzugsstimmen auf regionaler Ebene aus. Ein Grund hierfür kann in der Distanz zur Hauptstadt Wien gefunden werden. Die Bundesländer im Westen Österreichs sind stärker auf ihre Eigenständigkeit bedacht als dies im Osten der Fall ist. Dementsprechend wichtig sind regionale Kandidaten. Ein anderer Grund kann darin liegen, dass in Tirol und Vorarlberg die ÖVP die deutlich dominierende Kraft ist und kaum Konkurrenz von anderen Parteien hat. Dies macht die Unterscheidung zwischen verschiedenen Kandidaten innerhalb der Partei für das

Wahlvolk wichtiger. Ein letzter möglicher Grund ist, dass Tirol und Vorarlberg eher ländlich geprägte Bundesländer sind.

Diese Erkenntnisse werden auch bestätigt, wenn wir uns den Mittelwert der prozentuellen Anteile der 1990-2017 abgegebenen Vorzugsstimmen (a1-a9) aufgeschlüsselt nach Bundesländern anschauen. Die Formel für diesen Mittelwert ist:

$$\text{Mittelwert Vorzugsstimmen} = \frac{a1 + a2 + \dots + a9}{\text{Fallzahl } n}$$

Die Fallzahl n ist dabei die Anzahl der Wahlen, an denen Vorzugsstimmen auf der entsprechenden Ebene abgegeben werden konnten (Land: 9; Regional: 8; Bund: 2).

Mittelwert Vorzugsstimmen Land		Mittelwert Vorzugsstimmen Regional		Mittelwert Vorzugsstimmen Bund	
Wien	9,43	Burgenland	36,47	Burgenland	12,01
Burgenland	6,82	Tirol	29,57	Wien	11,08
Niederösterreich	5,48	Vorarlberg	27,39	Niederösterreich	7,52
Tirol	5,11	Kärnten	25,2	Vorarlberg	6,8
Kärnten	4,54	Niederösterreich	22,66	Kärnten	6,66
Salzburg	4,42	Oberösterreich	22,3	Tirol	6,5
Vorarlberg	3,54	Salzburg	22,06	Salzburg	4,94
Oberösterreich	3,34	Wien	22,01	Oberösterreich	3,88
Steiermark	2,9	Steiermark	18,02	Steiermark	3,71

Abbildung 11: Absteigend sortierte Mittelwerte der Anteile abgegebener Vorzugsstimmen von 1990-2017 nach Bundesländern.

Betrachtet man diese Mittelwerte, so zeigt sich die Dominanz der ostösterreichischen Bundesländer Burgenland, Wien und Niederösterreich im Bereich der Vorzugsstimmen für

Kandidaten auf der Bundesliste. Bei den Vorzugsstimmen für regionale Kandidaten haben dagegen eher ländlich geprägte Bundesländer die Nase vorne, während die Hauptstadt Wien weit abgeschlagen auf dem zweitletzten Platz liegt. Auch in den westösterreichischen Bundesländern Tirol und Vorarlberg werden wesentlich mehr Vorzugsstimmen auf regionaler Ebene abgegeben als dies bei anderen Bundesländern der Fall ist, während auf Landes- und Bundesebene im Verhältnis weit weniger Vorzugsstimmen abgegeben werden. Das Burgenland findet sich in allen drei Ebenen in den Spitzenpositionen wieder, während die Steiermark stets das Schlusslicht bildet.

Insgesamt lassen sich in den einzelnen Bundesländern gewisse Tendenzen feststellen. In Bundesländern in unmittelbarer Nähe zur Hauptstadt Wien werden mehr Vorzugsstimmen für Kandidaten auf Bundesebene abgegeben. In Bundesländern, die von der Hauptstadt weiter entfernt sind, werden dagegen Vorzugsstimmen auf regionaler Ebene wichtiger. Vorzugsstimmen auf regionaler Ebene häufen sich ebenso in eher ländlich geprägten Bundesländern (Burgenland, Tirol, Vorarlberg, Kärnten). In Wien dagegen, der einzigen Großstadt Österreichs, werden beinahe fünfzehn Prozentpunkte weniger Vorzugsstimmen auf regionaler Ebene abgegeben als im Burgenland. Der Grund dafür liegt wohl in der stärkeren Bindung zwischen der Landbevölkerung und ihren regionalen Kandidaten. Bereits in vergangenen Publikationen wurde dargelegt, dass die Beziehung der Bevölkerung zu Kandidaten im ländlichen Bereich persönlicher ist als im urbanen Raum (vgl. Müller et al. 2011). Vorzugsstimmen auf Landesebene werden seit der Wahlrechtsreform von 1992 nur selten abgegeben.

4.1.2. Nach Parteien

Bisher haben die Ergebnisse gezeigt, dass sich Vorzugsstimmen in Österreich einer eher konstanten Beliebtheit mit leicht positiver Tendenz erfreuen. Alles in allem lässt sich dabei kein Muster hin zu mehr Personalisierung erkennen.

Doch das betrifft Österreich als Ganzes. Wie sieht es dagegen aus, wenn wir einen Blick auf die gültig vergebenen Vorzugsstimmen für Kandidaten der jeweiligen Parteien werfen? Gibt es Unterschiede zwischen den Wählerschaften der unterschiedlichen Parteien?

Kurz und klar: die Antwort ist ja. Mit einem Blick auf die Abbildungen 12-14 lässt sich ein Unterschied zwischen den Wählern unterschiedlicher Parteien feststellen. Besonderen Gefallen am Abgeben einer Vorzugsstimme haben Wähler der christlich-demokratischen ÖVP gefunden. Auch die Wähler der Grünen befinden sich auf vergleichsweise konstant hohem Niveau. Das andere Ende nehmen dagegen Wähler rechtspopulistischer Parteien wie der FPÖ und dem BZÖ ein. Jedoch ist bei der Wählerschaft der FPÖ insbesondere auf regionaler Ebene in den vergangenen Jahren ein bescheidener, aber merklicher Zuwachs feststellbar. Auf regionaler Ebene bewegen sich die für Kandidaten der FPÖ abgegebenen Vorzugsstimmen darum mittlerweile auf dem Niveau der sozialdemokratischen SPÖ, die sich eher im Mittelfeld befindet. Auf Ebene der Landeswahlkreise und des Bundeswahlkreises geben Wähler der FPÖ und des BZÖ jedoch nach wie vor nur sehr selten eine Vorzugsstimme ab. Die Wähler des wirtschaftsliberalen Liberalen Forums und dessen Nachfolgerpartei Neos geben mit einigen Ausreißern ebenso eher wenige Vorzugsstimmen ab. Auch die beiden nur temporär kandidierenden Namenslisten Team Stronach und Liste Pilz konnten nur wenige ihrer Wähler motivieren eine Vorzugsstimme abzugeben. Dies ist interessant, da diese Parteien insbesondere mit ihrem jeweiligen Namensgeber um die Gunst des Elektors geworben haben. Das Team Stronach wurde vom austro-kanadischen Milliardär Frank Stronach gegründet. Die Liste Pilz wurde von Peter Pilz, einem abtrünnigen Nationalratsabgeordneten der Grünen gegründet, nachdem er auf dem Bundeskongress der Grünen nicht auf den gewünschten Listenplatz gewählt worden war.

Verhältnismäßiger Anteil abgegebener Landes-Vorzugsstimmen nach Parteien

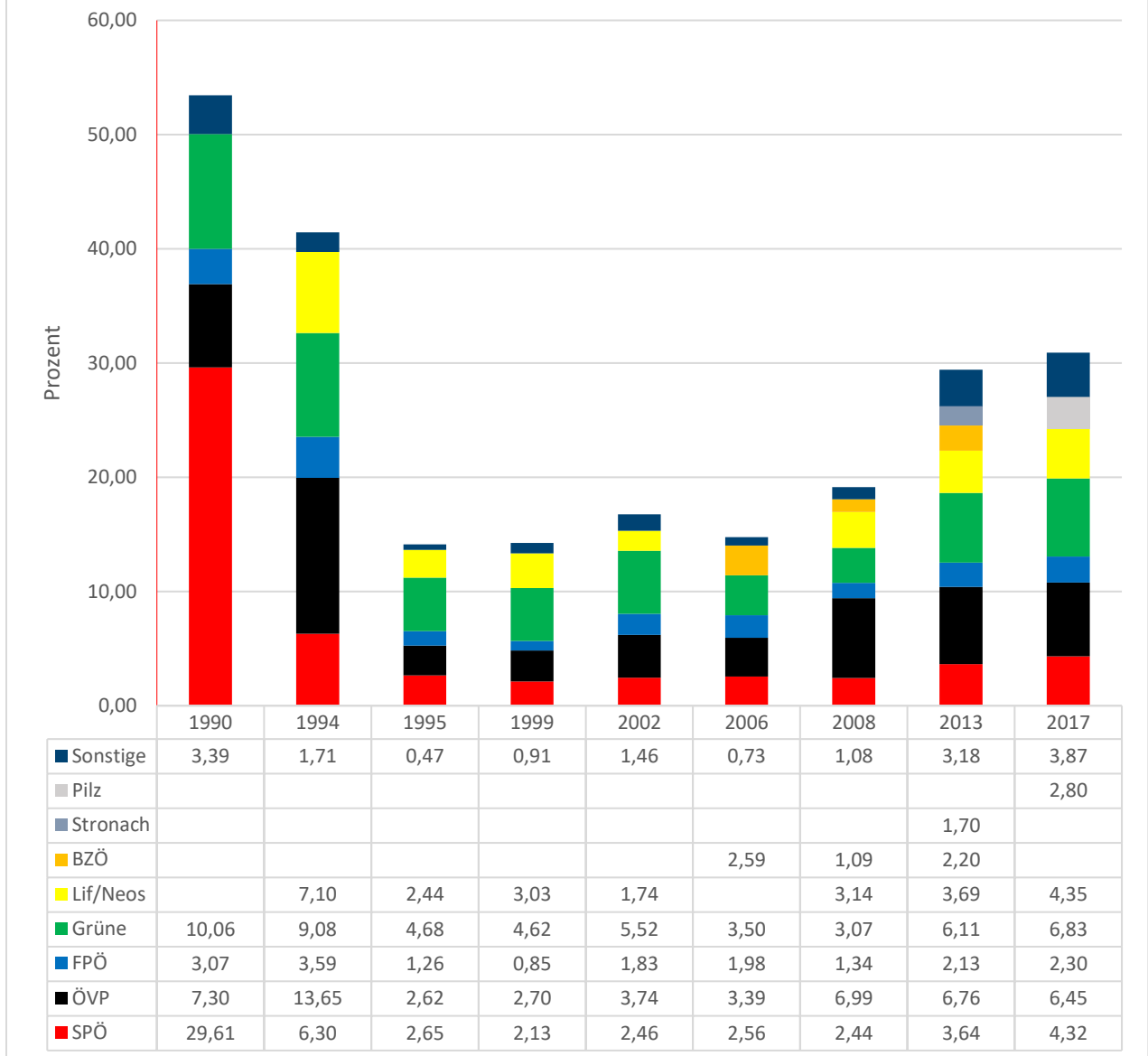


Abbildung 12: Man beachte: es handelt sich hierbei um die verhältnismäßigen Anteile an den für die jeweiligen Parteien abgegebenen Stimmen, nicht um die Anteile der Parteien an allen abgegebenen Vorzugsstimmen. Die Zahlen zeigen, dass vor allem Wähler der Grünen und Der ÖVP Vorzugsstimmen auf Landesebene abgeben. Das hohe Ergebnis für die SPÖ bei der NRW 1990 ist Resultat eines Vorzugsstimmenwahlkampfes für Franz Vranitzky und lässt sich auch durch die damals unterschiedliche Nationalrats-Wahlordnung erklären.

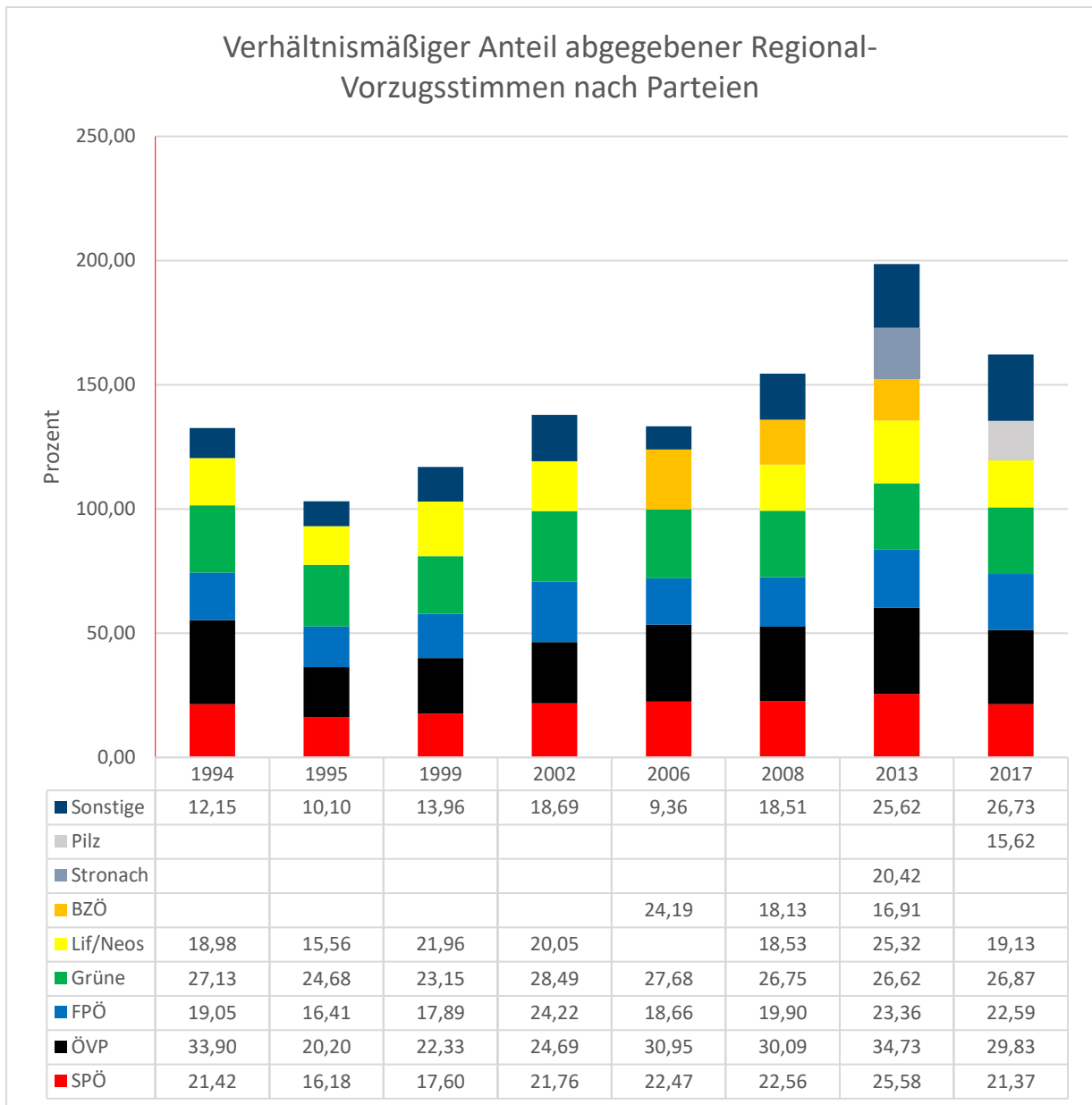


Abbildung 13: Auch auf regionaler Ebene zeigt sich, dass vor allem die Wähler der Grünen und noch stärker jene der ÖVP Vorzugsstimmen abgeben.

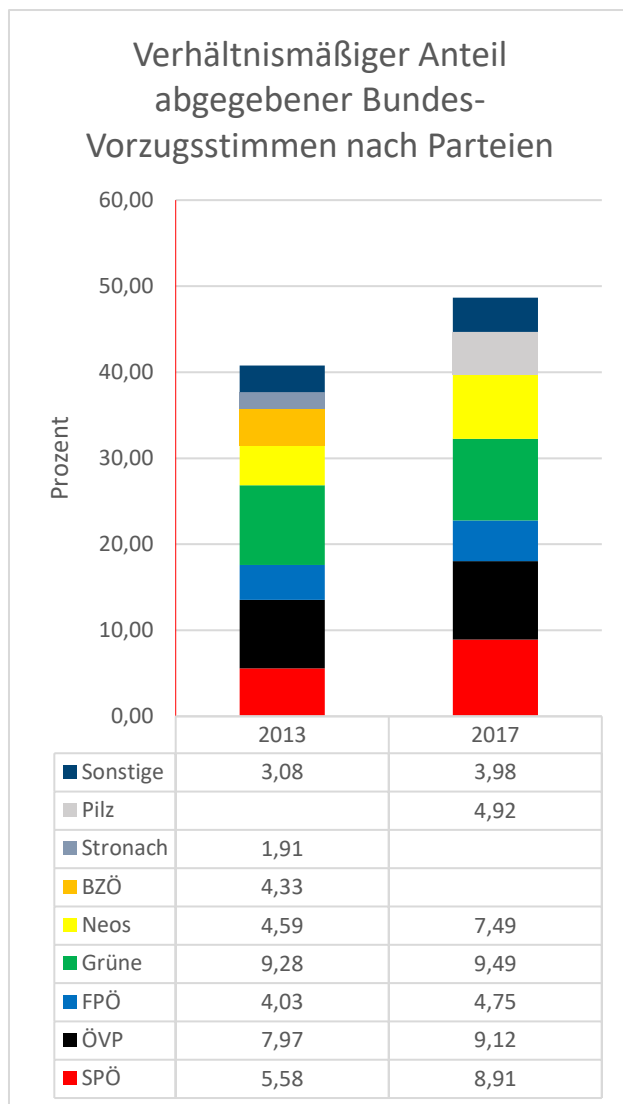


Abbildung 14: Auf Bundesebene ist das Bild ein wenig ausgeglichener, dennoch geben auch hier die Wähler von Grünen und ÖVP mehr Vorzugsstimmen ab als die Wähler anderer Parteien.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass insbesondere Wähler der christlich-demokratischen ÖVP und der ökologisch-liberalen Grünen dazu neigen Vorzugsstimmen abzugeben. Wähler der sozialdemokratischen SPÖ bewegen sich seit der Reform der Nationalrats-Wahlordnung 1992 im Mittelfeld. Wähler rechtspopulistischer und wirtschaftsliberaler Parteien befinden sich am unteren Ende der Skala.

Auf Basis der uns vorliegenden Daten lässt sich sagen, dass die Wähler von ÖVP und Grünen signifikant eher dazu neigen Vorzugsstimmen abzugeben, als dies bei anderen Parteien der Fall ist. Was mögliche Gründe dafür sind, wird in Kapitel fünf diskutiert werden.

Ein kurzes Fazit: Hypothese 1 konnte teilweise bestätigt werden. In Österreich ist ein Anstieg der Vorzugsstimmen im beobachteten Zeitraum (1990-2017) festzustellen, dieser ist jedoch minimal. Betrachtet man einzelne Bundesländer oder einzelne Parteien, so lassen sich interessante Unterschiede und Tendenzen feststellen.

4.2. Vorzugsstimmen und Parteiidentifikation (NRW 2013 und 2017)

4.2.1. Wer gibt Vorzugsstimmen ab?

Was könnte jemanden dazu bewegen eine Vorzugsstimme abzugeben? Der Theorie nach, dass *dealignment* die Parteien dazu veranlasst ein Vorzugsstimmensystem einzuführen, um Wähler dazu zu motivieren, trotz ihrer mangelnden Identifikation mit einer Partei zu den Wahlen zu gehen, lässt vermuten, dass Personen, die Vorzugsstimmen abgeben, eine geringe Parteiidentifikation haben.

H2 hat deshalb gelautet:

H2: Die Identifikation mit einer Partei ist bei Wählern, die eine Vorzugsstimme abgeben, geringer als bei Wählern, die keine Vorzugsstimme abgeben.

Um diese Hypothese zu überprüfen werden die Daten der AUTNES Studie herangezogen. Die abhängige Variable ist dabei, ob die Person eine Vorzugsstimme abgegeben hat. Die unabhängigen Variablen prüfen auf die üblichen demografischen Muster (Geschlecht, Alter, Wohnort, Bildung, Haushaltseinkommen) sowie auf die in Österreich relevanten Brüche in der Gesellschaft zwischen Gewerkschaftsmitgliedschaft und Gottesdienstbesuch (vgl. Kritzinger 2013b). Der Theorie nach führt *dealignment* zu institutioneller Personalisierung (vgl. Dalton/McAllister/Wattenberg 2002; King 2002; Rahat/Sheafer 2007). Personen, die sich von den Parteien abgewendet haben, sollen durch einen stärkeren Fokus auf Kandidaten wieder zurückgewonnen werden. Die Gründe für das Abwenden von einer Partei können mannigfache sein. Mögliche Gründe sind politische Resignation und Unzufriedenheit mit dem politischen System im Allgemeinen, die durch Wahlenthaltung artikuliert werden. Darum wird

in der Analyse auch auf Resignation und Demokratiezufriedenheit der Befragten geprüft. Die Parteiidentifikation gibt demgegenüber darüber Auskunft wie stark eine Person ihre eigenen Ansichten in einer Partei vertreten sieht. Personen mit hoher Parteiidentifikation stellen die traditionelle Stammwählerschaft einer Partei dar. Sie sind damit also eigentlich nicht die Zielgruppe von Personalisierungsmaßnahmen. Darum ist es interessant auch diese Variable in die Analyse aufzunehmen.

Die letzten Variablen, auf die geprüft wird, sind Interesse an Politik und Informiertheit über Politik. Der Grund liegt darin, dass davon auszugehen ist, dass Personen, die eine Vorzugsstimme abgegeben haben, sich stärker mit Politik beschäftigen. Personen, die sich stärker für Politik interessieren und besser informiert sind, sollten auch vom vollen Umfang ihres Wahlrechts wissen und davon eher Gebrauch machen.

Die Fragen für die entsprechenden Variablen haben wie folgt gelautet (Aichholzer et al. 2018):

- Parteiidentifikation: „In Österreich stehen einige Leute einer bestimmten politischen Partei nahe, obwohl sie ab und zu auch eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen? Stehen Sie im Allgemeinen einer politischen Partei nahe?“
- Demokratiezufriedenheit: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Österreich funktioniert? Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, wenig zufrieden oder gar nicht zufrieden?“
- Resignation:
 - „Einige Leute meinen, dass es einen großen Unterschied macht, wer an der Regierung ist. Andere meinen, dass es keinen Unterschied macht. Wie ist das bei Ihnen: Wenn 1 bedeutet, dass es keinen Unterschied macht, wer regiert und 5 bedeutet, dass es einen großen Unterschied macht, wer regiert, wo auf einer Skala von 1 bis 5 würden Sie Ihre Meinung einstufen?“
 - „Einige Leute meinen: Egal, was man wählt, es macht keinen Unterschied für das, was in der Politik passiert. Andere sagen, dass es einen großen Unterschied macht, was man wählt. Wenn 1 bedeutet, dass es keinen Unterschied für die Politik macht, was man wählt, und 5 bedeutet, dass es einen großen Unterschied für die Politik macht, was man wählt, wo auf einer Skala von 1 bis 5 würden Sie Ihre Meinung einstufen?“

- Interesse an Politik: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Sind Sie an Politik... [sehr; ziemlich; wenig; gar nicht] ...interessiert?“
- Informiert über Politik: „Und wie aufmerksam verfolgen Sie die Politik im Fernsehen, Radio, Zeitungen oder im Internet? Verfolgen Sie die Politik... [sehr; ziemlich; wenig; gar nicht] ...aufmerksam?“

Geschlecht (0: w)	,189
Alter (0: 30-59)	
Unter 30	,424
Über 59	-,409
Wohnort (0: Rural)	
Urban	-,138
Bildung (0: ohne Matura)	
Matura	,084
Hochschule	-,024
Haushaltseinkommen	
>2100€	,037
Gewerkschaftsmitglied	,556 *
Gottesdienstbesuch	,003
Parteiidentifikation	,559 ***
Demokratiezufriedenheit	,519 ***
Resignation	
Wer regiert ist egal	-,414 *
Wählen macht keinen Unterschied	,281
Interesse an Politik	,177
Informiert über Politik	,015
Pseudo R ²	,103

Abbildung 15: Multivariate logistische Regressionsanalyse jener Personen, die bei der NRW 2017 eine Vorzugsstimme abgegeben haben. Die beiden Variablen Parteiidentifikation und Demokratiezufriedenheit stechen besonders hervor.

Anmerkung: Alle Koeffizienten sind auf drei Dezimalstellen gerundet.

* $p < 0,05$ = signifikant, ** $p < 0,01$ = sehr signifikant, *** $p < 0,001$ = höchst signifikant

Betrachten wir das Ergebnis der Regressionsanalyse, zeigt sich uns jedoch ein völlig anderes Bild als das angenommene. Das Interesse an Politik sowie die Frage, inwieweit sich die Person regelmäßig in Medien über Politik informiert, sind völlig irrelevant für die Entscheidung eine Vorzugsstimme abzugeben. Genauso unbedeutend sind soziodemografische Merkmale wie Geschlecht, Alter, Einkommen oder Bildung.

Es zeigt sich auch, dass Personen, die Vorzugsstimmen abgeben, alles andere als unzufrieden mit dem demokratischen System in Österreich sind. Weiters legen die Zahlen nahe, dass Personen, die eine Vorzugsstimme abgeben, eine hohe Identifikation mit ihrer Partei aufweisen. Auch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist signifikant, wenn auch weniger stark als die Parteiidentifikation. Schließlich teilen Personen, die eine Vorzugsstimme abgeben, auch nicht die Meinung, dass es egal wäre, wer regiert. Interessanterweise gibt es aber nicht denselben Zusammenhang bei der Frage, ob wählen zu gehen einen Unterschied machen kann. Wer eine Vorzugsstimme abgibt, ist tendenziell also nicht nur mit der Art und Weise wie Demokratie in Österreich funktioniert zufrieden, sondern glaubt auch daran, dass es einen Unterschied macht, wer regiert.

Wir sehen also, dass H2 ganz klar verworfen werden kann. Tatsächlich trifft das genaue Gegenteil zu: Personen mit hoher Parteiidentifikation neigen eher dazu, eine Vorzugsstimme abzugeben als Personen mit geringer Parteiidentifikation.

4.2.2. Vorzugsstimmen aus Parteiloyalität

Die Erkenntnis, dass Personen, die Vorzugsstimmen abgeben, tendenziell eine hohe Identifikation mit einer Partei aufweisen, wirft die Frage auf, ob Vorzugsstimmen also aus Parteiloyalität abgegeben werden. Unter Parteiloyalität verstehe ich, dass eine Person wiederholt dieselbe Partei wählt. Wir sprechen also von der Stammwählerschaft.

Hierfür müssen wir zunächst herausfinden, ob die Identifikation mit einer Partei auch zu Parteiloyalität führt. Zunächst wurde das Elektorat darum in drei große Kategorien aufgeteilt:

1. Stammwähler: Dies sind Wähler, die in der jeweiligen Wahl vor 2013 bzw. 2017 bereits für dieselbe Partei gestimmt haben.
2. Wechselwähler: Diese Kategorie umfasst Wähler, die sich in der Wahl vor 2013 bzw. 2017 für eine andere Partei entschieden haben.
3. Bisherige Nichtwähler: Es sind dies all jene Wähler, die in der Wahl vor 2013 bzw. 2017 nicht an der Wahl teilgenommen haben.

Danach wurde die Korrelation zwischen der Variable Parteiidentifikation mit diesen drei Elektoratskategorien gemessen. Dabei konnte - wenig überraschend - festgestellt werden,

dass die Stärke der Parteiidentifikation signifikant mit der Stammwählerschaft korreliert. Bei Wechselwählern und ehemaligen Nichtwählern ist die Korrelation mit der Parteiidentifikation weniger stark. Am niedrigsten ist sie bei Wechselwählern, während sich der Wert bei ehemaligen Nichtwählern im Mittelfeld bewegt. Mit anderen Worten: Stammwähler haben eine stärkere Parteiidentifikation als Wechsel- und Nichtwähler. Dies ist bei allen Parteien sowohl im Wahljahr 2013 als auch 2017 erkennbar. Wir stellen also fest, dass Identifikation mit einer Partei auch zu Loyalität im Wahlverhalten dieser gegenüber führt.

Korrelation zwischen Parteiidentifikation und Wählerkategorien						
Partei	Stammwähler		Wechselwähler		Ehemalige Nichtwähler	
	2013	2017	2013	2017	2013	2017
ÖVP	,309	,162	-,052	-,275	,16	-,246
SPÖ	,129	,297	-,168	-,117	,021	,166
FPÖ	,525	,455	-,112	-,077	,233	,059
Grüne	,107	,411	,025	-,036	-,101	,3
Neos	N/A	,415	-,102	-,082	-,21	-,1
Liste Pilz	N/A	N/A	N/A	-,021	N/A	-,164

Abbildung 16: Die Korrelation mit der Stärke der Parteiidentifikation ist bei Stammwählern am stärksten ausgeprägt.

Anmerkung: Alle Koeffizienten sind auf drei Dezimalstellen gerundet.

Die Erkenntnis, dass Personen, die Vorzugsstimmen abgeben, auch ein hohes Maß an Parteiloyalität besitzen, wirft die Frage auf, inwieweit die Abgabe einer Vorzugsstimme wirklich Ausdruck einer Personalisierung des Wahlverhaltens des Elektorats ist. Wir können auf jeden Fall festhalten, dass Vorzugsstimmen nicht aus Protest gegenüber Parteien abgegeben werden. Vielmehr scheint es, als wäre die Abgabe von Vorzugsstimmen eine Loyalitätsbekundung gegenüber der Partei, mit der sich der Wähler identifiziert. Begreift man die Abgabe von Vorzugsstimmen als Loyalitätsbekundung, wird auch klarer, warum sich diese

so stark um Spitzenkandidaten zentrieren (vgl. Balmas 2014; Wauters et al. 2016). Der Spitzenkandidat ist schließlich von der Parteispitze in dieses Amt gehoben worden und repräsentiert die Partei. Wer dem Spitzenkandidat eine Vorzugsstimme gibt, der tut dies wohl eher nicht, weil er hofft, dass er diesem damit den Einzug in den Nationalrat ermöglicht. Spitzenkandidaten stehen für gewöhnlich ohnehin auf dem ersten Parteilistenplatz. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihren Sitz durch die Vorreihung einer Vielzahl an Kandidaten verlieren, ist verschwindend gering. Vielmehr geht es also darum, Loyalität gegenüber dem Spitzenkandidaten und damit der Partei auszudrücken. Es geht darum, Stärke gegenüber anderen Parteien und deren Spitzenkandidaten zu zeigen und Einheit zu demonstrieren.

Wer eine Vorzugsstimme abgibt, ist also typischerweise ein hoch ideologierter Wähler, dem die Partei am Herzen liegt. Damit lässt sich auch die hohe Demokratiezufriedenheit der Personen, die Vorzugsstimmen abgeben, erklären. Sie sind zufrieden mit dem System und glauben daran, dass die Vertreter ihrer Partei einen Unterschied machen können, wenn sie denn nur in führende Positionen gehievt werden.

Die Frage ist, inwieweit die Partei oder der jeweilige Kandidat Träger dieser Loyalität ist. Da jedoch im AUTNES-Fragebogen danach gefragt wurde, ob die Person einer Partei nahesteht, ist eher ersteres zu vermuten. Möglich ist auch, dass Kandidaten gar nicht unabhängig von den Parteien, die sie vertreten, betrachtet werden, sondern die Bewertung eines Kandidaten sehr stark mit der Bewertung einer Partei korreliert (vgl. Kaase 1994). Der Kandidat wird dann als Verkörperung der Partei betrachtet. Findet man die Partei sympathisch, findet man auch den Kandidaten sympathisch und umgekehrt. Auch das würde eine Personalisierung des Wahlverhaltens durch Vorzugsstimmen verneinen.

Eine endgültige Aussage über die Motivation von Personen, die eine Vorzugsstimme abgeben, kann erst gemacht werden, wenn entsprechende Fragen in die Fragebögen von Wahlstudien aufgenommen werden. Dies würde uns ermöglichen festzustellen, ob Vorzugsstimmen abgegeben werden, weil der jeweilige Kandidat sympathisch/kompetent/durchsetzungsfähig etc. wirkt, oder aber, weil ein Interessensverein eine Empfehlung an seine Mitglieder ausgegeben hat. Mit unseren derzeitigen Ergebnissen müssen wir aber davon ausgehen, dass die Hauptmotivation eine Vorzugsstimme abzugeben Loyalität gegenüber der gewählten Partei ist.

Was könnten die Gründe dafür sein, dass hauptsächlich Personen mit hoher Parteiloyalität Vorzugsstimmen abgeben?

Die Antwort darauf lässt sich wohl erneut in den in dieser Arbeit wiederholt genannten hohen Kosten für die Abgabe einer Vorzugsstimme finden. Eine Vorzugsstimme abzugeben erfordert je nach Ebene nur das Ankreuzen eines Namens oder aber das Durchsuchen von Namenslisten und das Notieren des Wunschkandidaten auf dem Wahlzettel. Abseits dieser Hürde im Wahlvorgang wird an den Wähler jedoch noch eine weitere, wesentlich zeitaufwendigere Anforderung gestellt. Er muss sich vor dem Wahlgang über die Menge an Kandidaten, die ihm zur Wahl stehen, informieren. Natürlich wäre es möglich, dass ein Wähler in der Wahlkabine einfach die Liste mit den Kandidaten aufschlägt, die Augen schließt und welchen Kandidaten sein Finger auch immer treffen mag, der kann sich glücklich schätzen. Aber gehen wir davon aus, dass die Wahlberechtigten in Österreich diese gewichtigste aller Entscheidungen in einer Demokratie nicht auf solch erratische Art und Weise treffen. Gehen wir davon aus, dass ein Wahlberechtigter, der nicht weiß, was Vorzugsstimmen sind und wie er sie korrekt abgibt und dem auch keiner der Namen auf den Listen vor ihm etwas sagt, dass solch ein Wähler keine Vorzugsstimme abgeben wird. Dies ist bei der großen Mehrheit der Wahlberechtigten in Österreich der Fall.

Die größte formale Hürde für die Abgabe einer Vorzugsstimme ist Information. Der willige Wähler muss sich nicht nur darüber informieren, wie er eine Vorzugsstimme korrekt abgeben kann. Er muss sich auch darüber informieren, wem er seine Vorzugsstimme auf der regionalen Ebene, auf der Landesebene und auf der Bundesebene geben möchte. Leichter gesagt als getan, denn in Österreich hegen und pflegen Parteien die Tradition, so viele Kandidaten wie nur irgend möglich auf eine Wahlliste zu schreiben. Meist versuchen Parteien das gesetzlich in der Nationalratswahlordnung 1992 vorgeschriebene Maximum an Kandidaten auf die Parteilisten zu schreiben (vgl. Eder/Jenny/Müller 2015). Bei der Nationalratswahl am 29. September 2013 haben beispielsweise insgesamt 2.563 Kandidaten für 16 unterschiedliche Parteien in allen drei Ebenen kandidiert (vgl. BMI 2013). Sich über all diese Kandidaten zu informieren ist unmöglich. Zwar täuscht die Zahl, weil Wähler nur jeweils in einem von 39 Regionalwahlkreisen und einem von neun Landeswahlkreisen sowie dem Bundeswahlkreis ihre Stimme abgeben können, aber selbst in diesen dreien geht die Zahl an Kandidaten dennoch in die hunderte.

Von keinem Wähler kann erwartet werden, sich über diese Masse selbständig zu informieren. Wer könnte ihm also bei dieser Aufgabe helfend unter die Arme greifen? In den meisten Fällen sind dies die Parteien selbst, die durch Flyer, Broschüren, Plakate, Social Media Auftritte und ähnlichem über ihre Kandidaten informieren. Doch auch andere Interessensvereine (z.B. Gewerkschaften) kommen in Betracht. Diese Erkenntnis wird von den vorliegenden Zahlen untermauert. Vorzugsstimmen werden von Personen mit hoher Parteiloyalität abgegeben, schlicht und einfach, weil sie von ihren Verbänden über die Möglichkeit der Abgabe einer Vorzugsstimme informiert und auch dazu ermutigt werden.

H1 wurde zwar insofern bestätigt, dass eine leicht positive Tendenz in Richtung mehr Vorzugsstimmen besteht, jedoch müssen wir vorsichtig sein, daraus auch den Schluss zu ziehen, dass wir damit eine Personalisierung im Wahlverhalten der österreichischen Bevölkerung feststellen können. Die Analyse deutet eher darauf hin, dass Vorzugsstimmen aus Parteiloyalität abgegeben werden und somit kein Indiz für eine Personalisierung des Wahlverhaltens sind.

4.3. Sympathie für den Spitzenkandidaten vs. Sympathie für die Partei (NRW 2013 und 2017)

Im vorigen Kapitel haben wir festgestellt, dass Vorzugsstimmen aus Parteiloyalität abgegeben werden und nicht etwa aus Unzufriedenheit mit einer Partei oder gar dem demokratischen System an sich. Diese Tatsache lässt uns daran zweifeln, ob die Abgabe von Vorzugsstimmen überhaupt als Ausdruck der Personalisierung des Wahlverhaltens betrachtet werden kann.

Um diese Feststellung eingehender auf die Probe zu stellen, wollen wir uns in diesem Kapitel der Frage widmen, wie wichtig der Spitzenkandidat für die Wahlentscheidung wirklich ist, insbesondere, ob der Spitzenkandidat 2017 im Vergleich zu 2013 wichtiger für die Wahlentscheidung war.

4.3.1. Personalisierung im Elektorat österreichischer Parteien

Traditionell spricht man von drei großen Faktoren, die die Wahlentscheidung beeinflussen: Parteiidentifikation, Inhalte/Ereignisse und Persönlichkeiten. Der Spitzenkandidat nimmt dabei als Gesicht der Partei eine Sonderrolle ein. Schließlich wird jener Spitzenkandidat, der die meisten Stimmen auf seine Partei verbuchen kann, traditionell vom Bundespräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt. Einer der Spitzenkandidaten wird meist auch den Posten des Kanzlers übernehmen und damit zum Kopf der neuen Regierung und de facto zur mächtigsten Person in der Republik. Während des Wahlkampfes sind die Gesichter der Spitzenkandidaten im gesellschaftlichen Leben oft zu sehen. Sie lachen in Form von Plakaten von den Wänden, sie wenden über das Radio das Wort an die Wahlbevölkerung, sie bieten ihren Konkurrenten in Wahldebatten im Fernsehen die Stirn. Es ist also davon auszugehen, dass der Spitzenkandidat auch in Österreich zentral für die Wahlentscheidung ist.

Spitzenkandidaten sind durch bezahlte und unbezahlte Medien sehr präsent im Wahlkampf (vgl. Filzmaier 2011; Hayek 2012). Der Theorie zufolge führt diese starke Präsenz in den Medien dazu, dass Wähler den Wahlkampf als eine Auseinandersetzung unterschiedlicher Kandidaten wahrnehmen und weniger als einen Kampf zwischen Parteien. Dementsprechend ist auch davon auszugehen, dass Personen, nicht Parteien Sympathieträger der Wahlbevölkerung sind. Da Personalisierung ein Prozess ist, werden die Zahlen der Nationalratswahl 2013 mit denen der Nationalratswahl 2017 verglichen. Weiter kann aufgrund des Mangels an Daten leider nicht zurückgegangen werden.

Die dritte Hypothese dieser Arbeit lautet darum:

H3: In der Nationalratswahl 2017 war die Sympathie des Elektorats für den Spitzenkandidaten in Relation zur Sympathie für die jeweilige Partei höher als dies 2013 der Fall war.

Die abhängige Variable der Analyse ist die Wahlentscheidung in der Nationalratswahl am 29. September 2013 bzw. am 15. Oktober 2017, die von den Befragten angegeben wurde. Um die Bedeutsamkeit eines Personalisierungseffektes feststellen zu können, ist entscheidend, dass dieser einen merkbaren Einfluss auf die Wahlentscheidung hatte. Wenn der Spitzenkandidat für die Wahlentscheidung irrelevant wäre, würde es nicht nachvollziehbar sein, warum

etablierte Partieliten und Parteiorganisationen einen Verlust an Einfluss zugunsten des Spitzenkandidaten hinnehmen. Für jede Partei, die 2017 realistische Chancen hatte wieder in den Nationalrat einzuziehen, wurde eine Regressionsanalyse durchgeführt. Diese Parteien sind in Reihung nach ihrem erzielten Wahlerfolg: ÖVP, SPÖ, FPÖ, NEOS, Liste Pilz, Grüne.

Meine unabhängige Variable ist der Sympathiewert für den jeweiligen Spitzenkandidaten. In den von AUTNES durchgeführten Umfragen hatten die Befragten die Möglichkeit, ihre Sympathie für die wahlwerbenden Parteien sowie für die jeweiligen Spitzenkandidaten anhand einer Skala von 0-10 anzugeben. Null bedeutet dabei gar nicht sympathisch, zehn sehr sympathisch. Die Frage hat dabei gelautet:

„Wie sympathisch sind Ihnen die folgenden Parteien/Politiker auf einer Skala von 0 bis 10? 0 bedeutet gar nicht sympathisch, 10 sehr sympathisch und dazwischen können Sie abstufen“ (Aichholzer et al. 2018).

Für die Analyse werden nur jene Fälle herangezogen, bei denen die befragte Person auch letztlich die jeweilige Partei gewählt hat. Beispielsweise werden die Sympathiewerte eines Grün-Wählers für Christian Kern (SPÖ) nicht beachtet. Zur Beantwortung der Forschungsfrage ist die Sympathie eines Wählers der Partei X für den Spitzenkandidaten der Partei Y unerheblich, denn es wird der Personalisierungseffekt auf die eigene Wählerschaft untersucht. Kurz gesagt: Ein Spitzenkandidat hat nicht viel davon, wenn er bei den Wählern einer anderen Partei beliebt wäre.

Mit Hilfe mehrerer Kontrollvariablen wird die Relevanz der Sympathiewerte für die Spitzenkandidaten (Spika) für die Wahlentscheidung überprüft. Diese Kontrollvariablen umfassen: Geschlecht, Alter, Wohnort (rural oder urban), Bildungsstand, Haushaltseinkommen, Gewerkschaftsmitgliedschaft und Gottesdienstbesuch.

Die Abbildungen 17-18 zeigen, wie sich die Werte der jeweiligen Variablen von 2013 zu 2017 verändert haben.

	ÖVP		SPÖ		FPÖ	
	2013	2017	2013	2017	2013	2017
Sympathie Partei	,762 ***	,986 ***	,396 ***	1,218 ***	,385 ***	,97 ***
Sympathie Spika	,179 *	,454 ***	,291 ***	,329 ***	,293 ***	,558 ***
Geschlecht (0: w)	,137	-,518 *	,034	-,684 *	,198	-,065
Alter (0: 30-59)						
Unter 30	-,771	-,626	,664 *	,41	-,513	,398
Über 59	,157	,047	,397	,919 *	-,289	-,163
Wohnort (0: Rural)						
Urban	-,051	-,317	-,049	,097	,071	-,012
Bildung (0: ohne Matura)						
Matura	,704 *	,547	-,532	-,574	-,318	-,964 *
Hochschule	,332	,514	-,929 **	-,182 **	-,177 *	-,1068
Haushaltseinkommen >2100€	-,033	1,017 ***	-,484 *	,07	,339	,199
Gewerkschaftsmitglied	-,912 **	-,5	,714 **	,779 *	,314	,899 *
Gottesdienstbesuch	,166 *	,209*	-,162 *	-,18	-,228 *	-,096
Pseudo R ²	,46	,608	,343	,662	,416	,697

Abbildung 17: Multivariate logistische Regressionsanalyse zum Elektorat von ÖVP, SPÖ und FPÖ
Anmerkung: Alle Koeffizienten sind auf drei Dezimalstellen gerundet.

* $p < 0,05$ = signifikant, ** $p < 0,01$ = sehr signifikant, *** $p < 0,001$ = höchst signifikant

Vergleicht man die Wähler der unterschiedlichen Parteien, so fällt sofort auf, dass nach wie vor die Sympathie für eine Partei der bei weitem ausschlaggebendste Indikator für die Wahlentscheidung ist. Dies ist nicht überraschend, ist Österreich doch eine traditionelle Parteiendemokratie.

Bei den Wählern der SPÖ war die Sympathie für den Spitzenkandidaten und die Parteisympathie recht knapp beisammen. Dies war 2017 anders. Zwar ist auch die Sympathie für den Kandidaten als Erklärung für das Wahlverhalten gestiegen, jedoch weit weniger stark als dies bei der Parteisympathie der Fall war.

Auch bei den Wählern der anderen Parteien ist die Parteisympathie der wichtigste Indikator für die Wahlentscheidung. 2013 war für Wähler der ÖVP die Parteisympathie der wichtigste Indikator für die Wahlentscheidung und die Sympathie für den Spitzenkandidaten nach den Neos-Wählern am geringsten. Dies änderte sich 2017 nach der Übernahme der Partei durch

den populären bisherigen Außenminister Sebastian Kurz. Dennoch blieb die Sympathie für den Spitzenkandidaten der ÖVP Wähler hinter der der FPÖ Wähler zurück.

Bei den Grünen war die Sympathie für die Spitzenkandidatin verglichen mit den Großparteien sowohl 2013 als auch 2017 ein weniger zentrales Wahlmotiv. 2017 übernahm Ulrike Lunacek die Partei und führte sie als Spitzenkandidatin in das schlechteste Ergebnis der Grünen seit 1983. Die Grünen erreichten lediglich 3,8% der Stimmen und schieden damit nach über zwanzig Jahren als etablierte Partei erstmals aus dem Nationalrat aus. Hierfür waren verschiedene Faktoren relevant, wie u.a. das Antreten des Grünen Separatisten Peter Pilz mit einer eigenen Liste, inhaltliche Schwächen beim 2017 zentralen Thema Migration sowie die Wählerwanderung zur SPÖ aus wahltaktischen Gründen, um (letztlich erfolglos) einen sich abzeichnenden Wahlsieg der ÖVP zu verhindern. Die Sympathie für die Spitzenkandidatin war 2017 ein wenig wichtiger für die Wahlentscheidung für die Grünen als 2013, jedoch war die Parteisympathie bedeutsamer und auch signifikanter.

Für die Wähler der Neos spielt die Sympathie für den Spitzenkandidaten dagegen keine Rolle für die Wahlentscheidung. Weder 2013 noch 2017 war die Sympathie für den Spitzenkandidaten Matthias Strolz bei den Wählern der Neos ausschlaggebend für die Wahlentscheidung. Dennoch konnte die Partei das Ergebnis der letzten Wahl halten.

Auch für die Wähler der Liste Pilz ist die Sympathie für den Spitzenkandidaten verglichen mit der Sympathie für die Partei erstaunlich gering. Dies ist umso überraschender, da die Liste Pilz gerade mit dem Namen ihres Spitzenkandidaten Peter Pilz in den Wahlkampf gezogen war. Dennoch ist die Parteisympathie der bei weitem stärker ausgeprägte Faktor. Allerdings ist bei der Liste Pilz die Sympathie für den Spitzenkandidaten relevanter als dies bei den anderen Kleinparteien (Grüne und Neos) der Fall ist.

Betrachtet man alle Parteien gemeinsam, so fällt auf, dass sich zwischen den größeren und den kleineren Parteien Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen lassen. Bei Wählern von ÖVP, SPÖ und FPÖ ist die Sympathie für den Spitzenkandidaten wesentlich wichtiger, um die Wahlentscheidung zu erklären, als dies bei den Wählern von Grünen, Neos und Liste Pilz der Fall ist. ÖVP und SPÖ sind die traditionellen Großparteien Österreichs, die trotz starker Stimmverluste in vergangenen Wahlen gemeinsam immer noch von rund 50-60% des Elektors gewählt wurden. Weitere rund 20-30% fallen auf die FPÖ, die damit das Potenzial besitzt, mit den traditionellen Großparteien gleichzuziehen. Die Ergebnisse der FPÖ sind

jedoch teils großen Schwankungen unterworfen. Die Grünen bewegen sich in Wahlen normalerweise um die 10%, haben aber 2017 wie gesagt nur 3,8% erreicht. Die Neos als geistiger Nachfolger des Liberalen Forums traten 2013 erstmals an und erzielten so wie auch später 2017 rund 5%. Die Liste Pilz ist nur 2017 angetreten und konnte 4,37% auf sich verbuchen. Es ist also deutlich, dass die Sympathie für den Spitzenkandidaten bei Großparteien wesentlich wichtiger ist als dies bei Kleinparteien der Fall ist.

Die Gründe hierfür können darin liegen, dass Kleinparteien eine Nischenwählerschaft um sich versammeln. Bei dieser Nischenwählerschaft ist die Identifikation mit dem Spitzenkandidaten, der diese nach außen vertritt, wesentlich weniger wichtig. Stattdessen treten inhaltliche Standpunkte und konkrete Forderungen in den Vordergrund. Kleinparteien spezialisieren sich inhaltlich. Großparteien versuchen demgegenüber ein möglichst breites Spektrum unterschiedlicher Meinungen in sich zu vereinen, die sich beizeiten auch widersprechen können (catch-all-Parteien). Dies zu bewerkstelligen ist keine leichte Aufgabe, wodurch der Spitzenkandidat an Bedeutung gewinnt. Es wird zu seiner Aufgabe, als einigendes Element aufzutreten, als Brückenspanner zwischen Auffassungen, die nicht miteinander vereinbar sind.

Freilich gibt es derartige Konfliktlinien auch in Kleinparteien, dort gibt es aber ein einigendes Anliegen, das jede Unterschiedlichkeit in den Hintergrund rücken lässt und in dem der Partei die größte Kompetenz beigemessen wird (bei den Grünen ist dieses einende Thema beispielsweise Umwelt- und Klimaschutz (vgl. Meyer/Müller 2013)).

	Grüne		NEOS		PILZ	
	2013	2017	2013	2017	2013	2017
Sympathie Partei	,684 ***	,852 ***	,486 ***	1,354 ***	N/A	1,28 ***
Sympathie Spika	,215 *	,377 *	,095	,008	N/A	,42 **
Geschlecht (0: w)	,129	-,413	-,118	-,208	N/A	,287
Alter (0: 30-59)						
Unter 30	1,18 **	,678	-,787	,348	N/A	-,238
Über 59	-,645	-,783	-,54	,088	N/A	-,95
Wohnort (0: Rural)						
Urban	,198	-,394	-,254	,771	N/A	,762
Bildung (0: ohne Matura)						
Matura	,08	-,325	,743	,113	N/A	,762
Hochschule	,653 *	,641	,603	,295	N/A	2,37 ***
Haushaltseinkommen >2100€	,519	,375	-,132	,094	N/A	,5
Gewerkschaftsmitglied	-,384	-,333	-,898 *	-1,297	N/A	,599
Gottesdienstbesuch	-,203 *	-,301	-,179	-,168	N/A	-,043
Pseudo R ²	,43	,529	,252	,447	N/A	,647

Abbildung 18: Multivariate logistische Regressionsanalyse zum Elektorat von Grünen, NEOS und Liste Pilz

Anmerkung: Alle Koeffizienten sind auf drei Dezimalstellen gerundet.

* $p < 0,05$ = signifikant, ** $p < 0,01$ = sehr signifikant, *** $p < 0,001$ = höchst signifikant

Ebenso sticht ins Auge, dass von 2013 auf 2017 sowohl die Sympathie für die Partei als auch die Sympathie für den Spitzenkandidaten bei allen Großparteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ) zugenommen haben. Wenn wir nach den Gründen hierfür fragen, sollten wir uns ansehen, wie sich der Wahlkampf 2013 vom Wahlkampf 2017 unterschieden hat. Am 29. September 2013 wurde nach Ablauf der vorgesehenen fünfjährigen Legislaturperiode des Nationalrats gewählt. Die bisherige Regierung hatte aus SPÖ und ÖVP bestanden. Der Wahlkampf sah das erstmalige Antreten des Teams Stronach, der Privatpartei des austro-kanadischen Milliardärs Frank Stronach. Die Partei blieb jedoch weit hinter den Erwartungen zurück, weshalb Frank Stronach das Interesse an Politik wieder verlor und nach Kanada zurückkehrte. Die beiden traditionellen Großparteien SPÖ und ÖVP erzielten jeweils das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte, behielten aber knapp die Mehrheit an Mandaten im Nationalrat. Insgesamt verlief der Wahlkampf unspektakulär und zeichnete sich durch große Resignation und Teilnahmslosigkeit bei der Wahlbevölkerung aus. So sank die Wahlbeteiligung mit 74,9% auf

einen historischen Tiefststand. Nach der Wahl wurde die Koalition aus SPÖ und ÖVP unter Kanzlerschaft der SPÖ, die bereits seit 2007 diesen Posten besetzte, fortgesetzt.

Während 2013 die Wahl aufgrund des Ablaufs der Wahlperiode nötig wurde, fand die Wahl vom 15. Oktober 2017 statt, nachdem der bisherige Vizekanzler und ÖVP-Obmann Reinhold Mitterlehner von beiden Positionen zurückgetreten war. Sebastian Kurz übernahm den Posten als Parteiboss der ÖVP, weigerte sich jedoch Vizekanzler zu werden. Die Opposition reichte daraufhin einen Neuwahlantrag im Nationalrat ein, der von allen Parteien angenommen wurde. Der Wahlkampf war von verschiedenen Affären aufgrund von Dirty Campaigning überschattet, die insbesondere die SPÖ betrafen. Bedeutsamer war jedoch der sich abzeichnende Sieg der ÖVP. Schon früh sagten Umfragen der ÖVP, die nunmehr als Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei auftrat (dabei aber das alte Kürzel ÖVP behielt) hohe Zugewinne voraus. Den letzten Wahlsieg hatte die ÖVP 2002 erzielen können, nachdem sie mit der umstrittenen rechtspopulistischen FPÖ eine Koalition eingegangen war. Die Furcht in manchen Kreisen des eher linken Spektrums der österreichischen Bevölkerung vor einer Neuauflage einer solchen Koalition nach der Wahl heizte die Stimmung im Wahlkampf weiter an. Auch die seit 2015 in Europa herrschende Migrationskrise trug ihren Teil dazu bei. Diese Polarisierung zwischen dem linken und rechten Lager führte zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung auf 80%, was der höchsten Wahlbeteiligung seit den Nationalratswahlen 2002 entsprach. Die ÖVP ging letztlich als Sieger aus der Wahl hervor und ging eine Koalition mit der FPÖ ein.

Wir sehen also, dass 2013 und 2017 einen sehr unterschiedlichen Wahlausgang hervorbrachten. Angesichts des ersten Wahlsieges der ÖVP seit 2002 könnte man sogar von einem Paradigmenwechsel nach zehnjähriger SPÖ-Dominanz sprechen. Angesichts dieser Polarisierung zwischen Links und Rechts wird es auch verständlich, warum sowohl die Parteisympathie als auch die Sympathie für die Spitzenkandidaten anwuchsen. Bei jeder Wählerschaft einer Partei ist die Parteisympathie von 2013 auf 2017 angewachsen. Durch die härteren Konfliktlinien (insbesondere durch die Migrationsfrage, die 2017 zum zentralen Thema wurde) vergrößerten sich auch die Klüfte zwischen den Parteien. Die Gegensätze zwischen den ideologischen Lagern fördern wiederum die Bindung zum eigenen.

Die Sympathie für den Spitzenkandidaten ist bei allen Großparteien angewachsen, am stärksten bei den Parteien des eher rechten Lagers (ÖVP und FPÖ). Jedoch ist die

Parteisympathie ebenso stark, wenn nicht sogar noch stärker, angewachsen (z.B. bei der SPÖ). Von einer Personalisierung im Wahlverhalten kann darum anhand dieser Zahlen nicht gesprochen werden. Vielmehr ist die Partei nach wie vor der Träger der Sympathie des Elektorats. Interessant ist jedoch die deutliche Kluft zwischen Groß- und Kleinparteien. Bei den Kleinparteien war die Sympathie für den Spitzenkandidaten nie groß und ist von 2013 auf 2017 bei den Grünen nur leicht gestiegen, bei den NEOS sogar gefallen. Dies lässt sich durch die stärkere Issue-Orientiertheit der Wählerschaft der Kleinparteien erklären.

Zusammenfassend ist Hypothese Nummer drei bestätigt worden. Die Sympathie für den Spitzenkandidaten war 2017 tatsächlich höher als dies 2013 der Fall war. Jedoch trifft selbiges auf die Parteisympathie zu, was gegen eine Personalisierung des Wahlverhaltens spricht. Wir wollen darum keine voreiligen Schlüsse ziehen und einen Schritt weitergehen und uns das Elektorat gesondert nach einzelnen Kategorien genauer ansehen.

4.3.2. Personalisierung nach Elektoratskategorien: Stammwähler, Wechselwähler und bisherige Nichtwähler

Betrachtet man das Elektorat als Ganzes, ist also keine nennenswerte Personalisierung im Wahlverhalten feststellbar, da die Sympathie für Spitzenkandidaten zwar gewachsen ist, dies in selbem Maße jedoch auch auf die Parteisympathie zutrifft.

Doch was geschieht, wenn wir diese heterogene Masse, die sich Wahlvolk nennt, in Kategorien aufspalten? So mancher Unterschied mag sich aufzeigen! Die gewählten Kategorien sind dabei wie bereits in Kapitel 4.2.2.:

1. Stammwähler: Dies sind Wähler, die in der jeweiligen Wahl vor 2013 bzw. 2017 bereits für dieselbe Partei gestimmt haben.
2. Wechselwähler: Diese Kategorie umfasst Wähler, die sich in der Wahl vor 2013 bzw. 2017 für eine andere Partei entschieden haben.
3. Bisherige Nichtwähler: Es sind dies all jene Wähler, die in der Wahl vor 2013 bzw. 2017 nicht an der Wahl teilgenommen haben.

Die Abbildungen 19-20 zeigen, wie sehr die Sympathie für den Spitzenkandidaten bzw. die Parteisympathie auf das Wahlverhalten der Stammwähler einer Partei Einfluss genommen

haben. Die Ergebnisse lassen erkennen, dass Stammwähler - wenig überraschend - eine besonders hohe Sympathie für ihre Partei empfinden. Es gibt aber zwei interessante Ausnahmen: 2013 haben sowohl SPÖ-Stammwähler als auch Grünen-Stammwähler größere Sympathie für ihre jeweiligen Spitzenkandidaten empfunden als für die Partei selbst. Bei den Stammwählern der SPÖ war dies nur gering der Fall, bei den Stammwählern der Grünen gibt es dagegen einen großen Unterschied. 2013 führte noch Eva Glawischnig, die seit 2008 als Parteichefin die Grünen recht erfolgreich durch die Wahlen geführt hatte. 2017 übernahm Ulrike Lunacek die Partei. Die EU-Parlamentarierin hatte sich bisher in der Bundespolitik jedoch nicht profilieren können. Neben Streitigkeiten in der Führungsspitze der Grünen (u.a. Gründung einer eigenen Liste durch Peter Pilz) lässt sich so auch die Unpopularität der Spitzenkandidatin der Grünen in der Stammwählerschaft 2017 erklären. Für die Liste Pilz gibt es keine Werte, da die Partei 2017 das erste Mal zu Wahlen angetreten ist und darum keine Stammwähler aufweisen konnte. Die Neos sind eine Neugründung aus dem Jahr 2013.

Stammwähler						
	ÖVP		SPÖ		FPÖ	
	2013	2017	2013	2017	2013	2017
Sympathie Partei	,539 ***	1,532 ***	,261 **	1,2 ***	,647 **	,731 **
Sympathie Spika	,217 *	,353	,322 **	,339 **	-,264	,22
Pseudo R ²	,286	,551	,208	,588	,182	,275

Abbildung 19: Multivariate logistische Regressionsanalyse zur Stammwählerschaft von ÖVP, SPÖ und FPÖ.

Anmerkung: Alle Koeffizienten sind auf drei Dezimalstellen gerundet.

* $p < 0,05$ = signifikant, ** $p < 0,01$ = sehr signifikant, *** $p < 0,001$ = höchst signifikant

Stammwähler						
	Grüne		NEOS		PILZ	
	2013	2017	2013	2017	2013	2017
Sympathie Partei	,204	,835 ***	N/A	1,046 *	N/A	N/A
Sympathie Spika	,554 **	,305	N/A	-,146	N/A	N/A
Pseudo R ²	,245	,42	N/A	,216	N/A	N/A

Abbildung 20: Multivariate logistische Regressionsanalyse zur Stammwählerschaft von Grünen, NEOS und Liste Pilz.

Anmerkung: Alle Koeffizienten sind auf drei Dezimalstellen gerundet.

* $p < 0,05$ = signifikant, ** $p < 0,01$ = sehr signifikant, *** $p < 0,001$ = höchst signifikant

Interessant ist auch, dass die Sympathie für den eigentlich als populär geltenden Sebastian Kurz, den Spitzenkandidaten der ÖVP bei der Wahl 2017, keine Signifikanz für die Erklärung des Wahlverhaltens der Stammwähler der ÖVP aufweist. Auch bei der Stammwählerschaft der FPÖ ist die Sympathie für den Spitzenkandidaten kein signifikanter Wert, um deren Wahlverhalten zu erklären.

Bei Wechselwählern nähern wir uns dagegen wieder dem Gesamtbild des Elektorats in Österreich an. Immer noch ist die Partesympathie die ausschlaggebendste Variable, um das Wahlverhalten zu erklären. Jedoch gewinnt der Spitzenkandidat bei den Wechselwählern der Großparteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ) im polarisierten Wahlkampf von 2017 an Bedeutung.

Wechselwähler						
	ÖVP		SPÖ		FPÖ	
	2013	2017	2013	2017	2013	2017
Sympathie Partei	,776 **	,876 ***	,41 *	,868 ***	,383 ***	1,092 ***
Sympathie Spika	,142	,461 ***	-,001	,503 **	,354 **	,563 ***
Pseudo R ²	,294	,518	,071	,477	,389	,652

Abbildung 21: Multivariate logistische Regressionsanalyse zu den Wechselwählern, die sich für ÖVP, SPÖ oder FPÖ entschieden haben.

Anmerkung: Alle Koeffizienten sind auf drei Dezimalstellen gerundet.

* $p < 0,05$ = signifikant, ** $p < 0,01$ = sehr signifikant, *** $p < 0,001$ = höchst signifikant

Wechselwähler						
	Grüne		NEOS		PILZ	
	2013	2017	2013	2017	2013	2017
Sympathie Partei	,677 ***	,653 **	,483 ***	1,005 ***	N/A	1,033 ***
Sympathie Spika	,063	-,01	,006	,284	N/A	,349 **
Pseudo R ²	,267	,174	,172	,323	N/A	,562

Abbildung 22: Multivariate logistische Regressionsanalyse zu den Wechselwählern, die sich für Grüne, NEOS oder Liste Pilz entschieden haben.

Anmerkung: Alle Koeffizienten sind auf drei Dezimalstellen gerundet.

* $p < 0,05$ = signifikant, ** $p < 0,01$ = sehr signifikant, *** $p < 0,001$ = höchst signifikant

Auch bei den Wechselwählern zeigt sich der große Unterschied zwischen Großparteien und Kleinparteien. Für Wechselwähler, die sich 2013 und 2017 für die Grünen oder die Neos entschieden haben, war die Sympathie für den Spitzenkandidaten nicht signifikant für die Wahlentscheidung. Die einzige Ausnahme stellt die Liste Pilz dar, jedoch ist auch dort die

Sympathie für die Partei wesentlich besser geeignet das Wahlverhalten zu erklären als die Sympathie für den Spitzenkandidaten Peter Pilz.

Bei den Großparteien ist die Sympathie für den Spitzenkandidaten dagegen recht vergleichbar. Im polarisierten Wahlkampf 2017 war die Sympathie für die Spitzenkandidaten aller drei Großparteien wesentlich signifikanter für Wechselwähler als dies 2013 der Fall gewesen ist.

Bei ehemaligen Nichtwählern können zwischen den Wählerschaften der einzelnen Parteien teils große Unterschiede festgestellt werden. Zuvorderst finden wir für das Wahljahr 2013 durch die Bank bei keiner Wählerschaft einer Partei den Fall, dass Parteisympathie oder die Sympathie für den Spitzenkandidaten signifikant für die Wahlentscheidung gewesen wäre. Dies kann an der eher geringen Fallzahl liegen und bedeutet, dass viele derjenigen, die 2008 nicht gewählt haben, auch 2013 der Wahlkabine ferngeblieben sind. Dies deckt sich auch mit den Zahlen zur Wahlbeteiligung, die uns zur Verfügung stehen. 2008 lag die Wahlbeteiligung bei 78,81% und sank 2013 auf 74,91%. Es gab also 2013 mehr Nichtwähler als 2008. Theoretisch könnten sich 2013 völlig andere Personen der Wahl verweigert haben als 2008. Sehr wahrscheinlich ist das allerdings nicht.

2017 stieg die Wahlbeteiligung dann auf 80%. Über 300.000 Personen, die 2013 auf die Ausübung ihres wichtigsten demokratischen Rechts verzichtet hatten, haben dieses 2017 wahrgenommen. Dadurch stieg auch die Signifikanz der Sympathie für einen Spitzenkandidaten und der Parteisympathie für die Wahlentscheidung an. Zumindest bei den Großparteien ist dies der Fall. Im Allgemeinen sah die Wahl 2017 eine Rückkehrbewegung zu den Großparteien, insbesondere zur ÖVP. Doch auch die SPÖ hatte den jahrelangen Abwärtstrend stoppen und ihr Ergebnis der letzten Wahl zumindest halten können. Bisherige Nichtwähler entschieden sich 2017 großteils für ÖVP, SPÖ und FPÖ (vgl. Sora 2017).

Ehemalige Nichtwähler						
	ÖVP		SPÖ		FPÖ	
	2013	2017	2013	2017	2013	2017
Sympathie Partei	omitted	,609 **	,627	1,106***	,148	,801 **
Sympathie Spika	omitted	,817 **	,074	,157 **	,466	,556 *
Pseudo R ²		,531	,297	,505	,366	,58

Abbildung 23: Multivariate logistische Regressionsanalyse zu den ehemaligen Nichtwählern, die sich für ÖVP, SPÖ oder FPÖ entschieden haben.

Anmerkung: Alle Koeffizienten sind auf drei Dezimalstellen gerundet.

* $p < 0,05$ = signifikant, ** $p < 0,01$ = sehr signifikant, *** $p < 0,001$ = höchst signifikant

Ehemalige Nichtwähler						
	Grüne		NEOS		PILZ	
	2013	2017	2013	2017	2013	2017
Sympathie Partei	,691	,634 *	,946	1,347 *	N/A	1,22 *
Sympathie Spika	-,079	,505	,533	,28	N/A	,587
Pseudo R ²	,294	,559	,534	,471	N/A	,612

Abbildung 24: Multivariate logistische Regressionsanalyse zu den ehemaligen Nichtwählern, die sich für Grüne, NEOS oder Liste Pilz entschieden haben.

Anmerkung: Alle Koeffizienten sind auf drei Dezimalstellen gerundet.

* $p < 0,05$ = signifikant, ** $p < 0,01$ = sehr signifikant, *** $p < 0,001$ = höchst signifikant

Im Besonderen sticht heraus, dass unter den bisherigen Nichtwählern, die sich dieses Mal für die ÖVP entschieden haben, die Sympathie für den Spitzenkandidaten Sebastian Kurz ein sehr signifikanter Faktor für die Wahlentscheidung war. Bei der Wählerschaft der anderen Großparteien FPÖ und SPÖ war die Sympathie für den Spitzenkandidaten 2017 ebenso bedeutsam, bleibt aber vor allem bei der SPÖ weit hinter der Parteisympathie zurück.

Zusammenfassend ist die Spaltung zwischen Groß- und Kleinparteien auch wahrnehmbar, wenn wir uns einzelne Wählerkategorien für sich anschauen. Die Parteisympathie spielt mit wenigen Ausreißern die größte Rolle, um das Wahlverhalten von Stammwählern, Wechselwählern und ehemaligen Nichtwählern zu erklären. Insbesondere bei den Stammwählern ist die Parteisympathie sehr bedeutsam. Die einzigen zwei Ausreißer, bei denen die Sympathie für den Spitzenkandidaten wichtiger ist als die Parteisympathie, sind 2013 die Stammwählerschaft der Grünen und 2017 die ehemaligen Nichtwähler, die sich diesmal für die ÖVP entschieden haben.

Alles in allem ergibt sich kein klares Bild, wann und in welchen Wählergruppen der Spitzenkandidat wirklich größere Bedeutung für die Wahlentscheidung hat als die Sympathie für die Partei, der er vorsteht. Keine Wählerkategorie weist quer durch alle Parteien eine gewisse Tendenz hin zu mehr Personalisierung im Wahlverhalten auf. Vielmehr hängt die Personalisierung im Wahlverhalten stark vom jeweiligen Kandidaten ab und wen die von ihm vertretenen Inhalte und sein Charakter besonders ansprechen. Selbst bei als populär geltenden Kandidaten wie Sebastian Kurz, der seiner Partei 2017 den ersten Wahlsieg seit fünfzehn Jahren beschert hat, zeigt sich kein klares Bild. Nur bei ehemaligen Nichtwählern hat Sebastian Kurz wirklich mehr punkten können als seine Partei. Mit den vorliegenden Daten kann jedenfalls keine eindeutige allgemeine Personalisierung im Wahlverhalten festgestellt werden – weder bei der österreichischen Bevölkerung als Ganzes, noch bei einzelnen Wählerkategorien. Die Sympathie für die Partei bleibt der zentrale Faktor. Was die Gründe hierfür sind, wollen wir im nächsten Kapitel beleuchten.

5. Diskussion der Ergebnisse

5.1. Unterschiede zwischen Parteien bei den Vorzugsstimmen

Wie in Kapitel 4.2.2. festgestellt wurde, gibt es Unterschiede in der Prävalenz der abgegebenen Vorzugsstimmen zwischen den Wählerschaften unterschiedlicher Parteien. Was sind die Gründe für dieses unterschiedliche Verhalten der Wähler? Die Grunddaten über die abgegebenen Vorzugsstimmen geben darüber keine Auskunft. Es ist also ein Blick hinter die Kulissen nötig.

Widmen wir uns zuerst dem Ansatz, dass Wähler ihre Wahlentscheidung anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse fällen. Demnach ist ein Wähler eher dann bereit Kosten aufzuwenden (z.B. zur Wahl gehen; sich über Kandidaten und Abstimmungsmechanismen informieren), wenn er daraus einen Nutzen zieht (z.B. sein Wunschkandidat zieht in den Nationalrat ein.) Die Annahme ist also, dass ein Wähler sich eher bemüht, eine Vorzugsstimme abzugeben, wenn sein bevorzugter Kandidat eine realistische Chance hat mit Hilfe einer Vorzugsstimme in den Nationalrat einzuziehen. Neben der Hürde einer bestimmten Prozentzahl an den gesamten Stimmen für die eigene Partei (Regional 14%; Land 10%, Bund 7%) muss eine Partei auch genügend Stimmen erzielen, um ein Grundmandat zu erreichen. Die Grundmandate auf regionaler Ebene sind je nach Wahlkreis mehr oder weniger schwer zu erreichen. Der einwohnerstärkste Wahlkreis in Österreich (Graz und Umgebung) umfasst neun Grundmandate. Für die Erreichung eines solchen Grundmandats mussten 2017 rund 12% der abgegebenen Stimmen auf die jeweilige Partei fallen. Im einwohnerschwächsten Wahlkreis (Osttirol) sind für die Erreichung des einzigen Grundmandates 2017 bereits 91% der Stimmen nötig. Für gewöhnlich können darum nur die Kandidaten von Großparteien auch ein Grundmandat erhalten. In der Theorie wäre es darum überflüssig, als Sympathisant einer Kleinpartei eine Vorzugsstimme auf regionaler Ebene zu vergeben, da die Wahrscheinlichkeit, dass sowohl das Grundmandat erreicht wird und dann auch noch genügend Vorzugsstimmen für eine Vorreihung erzielt werden, sehr gering ist. Ergo könnten sich die Wähler von Kleinparteien in den meisten Fällen das Ankreuzen von Kandidaten der Regionallisten ersparen.

Entsprechend der Theorie, dass Wähler ihre Wahlentscheidung auf Basis einer rationalen Kosten-Nutzen-Analyse fällen, müssten demnach die Wähler von Kleinparteien am wenigsten Vorzugsstimmen vergeben. Dem ist jedoch nicht so. Traditionell gelten in Österreich ÖVP und SPÖ als Großparteien, Grüne und Neos als Kleinparteien und die FPÖ bewegt sich irgendwo dazwischen. Dennoch geben insbesondere Grün-Wähler auf regionaler Ebene mehr Vorzugsstimmen ab als die Wähler der SPÖ. Die Wahrscheinlichkeit, dass der bevorzugte Kandidat auch tatsächlich ein Mandat erringt, spielt also keine Rolle für die Entscheidung eine Vorzugsstimme abzugeben. Man könnte nun behaupten, dass der durchschnittliche Wähler einfach keine Ahnung von Wahlarithmetik hat, was höchstwahrscheinlich auch richtig ist. Jedoch sind Personen mit hohem Bildungsabschluss überrepräsentiert in der grünen Partei (dazu mehr unten). Der Logik nach müssten sie sich also auch am bewusstesten sein, dass ihre Vorzugsstimme wahrscheinlich nichts bewirken wird. Wir sehen also, dass die Entscheidung eine Vorzugsstimme abzugeben wenig mit rationalem Kalkül zu tun hat.

Wähler der ÖVP und der Grünen geben die meisten Vorzugsstimmen ab. Sucht man nach Gemeinsamkeiten zwischen dem Elektorat dieser beiden Parteien, wird man insbesondere beim Faktor Bildung fündig. Sowohl ÖVP als auch die Grünen sind für gebildete Bevölkerungsschichten eher attraktiv als die SPÖ oder rechtspopulistische Parteien (vgl. Kritzinger et al. 2013b; Plasser/Ullrich/Seeber 2003). Es ist durchaus denkbar, dass Menschen mit höherem Bildungsabschluss eine größere Kenntnis sowohl vom Umfang ihres Wahlrechts als auch von den zur Wahl stehenden Kandidaten haben. Eine definitive Aussage kann aber nicht getroffen werden, da es sich zwischen den Faktoren Bildung und der Bereitschaft eine Vorzugsstimme abzugeben auch um eine zufällige Korrelation handeln kann. Dass ein höherer Bildungsgrad tatsächlich kausal für das Abgeben einer Vorzugsstimme ist, kann mit den vorhandenen Daten nicht gesagt werden. Erneut zeigen sich die großen Defizite bei der bisherigen Untersuchung des Wahlverhaltens in Bezug auf Vorzugsstimmen.

Der Faktor Bildung ist jedoch stärker bei der Wählerschaft der Grünen ausgeprägt als bei jener der ÖVP (vgl. Kritzinger et al. 2013b; Plasser/Ullrich/Seeber 2003). Insbesondere Personen mit einem Universitätsabschluss sind im Elektorat der Grünen überrepräsentiert. Dennoch neigen ÖVP-Wähler durchschnittlich besonders auf regionaler Ebene eher dazu eine Vorzugsstimme abzugeben als jene der Grünen. Das wirft die Frage nach anderen möglichen Gründen auf.

Ein weiterer in der Literatur genannter Faktor, der die Wahrscheinlichkeit eine Vorzugsstimme abzugeben erhöhen soll, ist die Fragmentierung einer Partei in mehrere miteinander konkurrierende Gruppen (vgl. Marsh 1985). Traditionell sind die christdemokratischen Volksparteien in Europa entsprechend dem Prinzip der Subsidiarität föderalistisch aufgebaut. Dies ist der Fall bei der Österreichischen Volkspartei, die sich aus mehreren Bünden zusammensetzt. Diese Bünde repräsentieren unterschiedliche Berufsgruppen (Landwirte, Unternehmer, Arbeiter und Angestellte) und soziale Gruppen (Jugendliche, Frauen, Senioren). Im innerparteilichen Kampf um Mandate konkurrieren die Bünde untereinander. Jeder Bund versucht seine Kandidaten dabei zu unterstützen, in den Nationalrat einzuziehen. Je mehr Kandidaten ein Mandat erringen können, umso stärker ist auch der Einfluss des jeweiligen Bundes auf die Partei und die Politik. Je stärker der Einfluss, umso eher kann der Bund politische Inhalte umsetzen, die seine Klientel fördert. Dies führt wiederum zu einer Stärkung der Ressourcen des Bundes, die er im nächsten Wahlkampf auf seine Kandidaten verwenden kann, womit sich der Kreis schließt.

Neben innerparteilichen Verhandlungen über die Reihung der Kandidaten aus den unterschiedlichen Bünden auf der Parteiliste, bietet ein Vorzugsstimmensystem eine zweite Chance, dem eigenen Kandidaten ein Mandat zu verschaffen. Gleichzeitig müssen sich die Listenersten um die Unterstützung ihrer Wähler bemühen, um nicht zurückgereiht zu werden. Die Bünde müssen also ihre eigenen Mitglieder zur Wahl mobilisieren und ihnen verdeutlichen, wo sie ihre Vorzugsstimme zu setzen haben. Dieser innerparteiliche Wettbewerb ist ein verdächtiger Kandidat für die Erklärung, warum die Wähler der ÖVP am ehesten dazu geneigt sind, von ihrem Recht auf Vorzugsstimmenabgabe auch Gebrauch zu machen. Endgültig belegen lässt sich dies jedoch aufgrund des Mangels an Daten nicht. Es bleibt also eine Vermutung.

Bei den Grünen findet sich solch eine Fragmentierung nicht, jedoch lassen die Grünen ihre Basis per Abstimmung über die Reihung der Listenplätze frei entscheiden. Dies kann dazu führen, dass vergräme Kandidaten einen Vorzugsstimmenwahlkampf anregen.

Zusammenfassend lässt sich mit den uns vorliegenden Daten sagen, dass die Wähler von ÖVP und Grünen signifikant eher dazu neigen Vorzugsstimmen abzugeben, als dies bei anderen Parteien der Fall ist. Die Gründe dafür liegen vermutlich in verschiedenen Faktoren, von denen Bildung und eine höhere Konkurrenz innerhalb der Partei nur zwei sind.

Zusammenfassend muss festgehalten werden:

- Je einfacher die Abgabe einer Vorzugsstimme ist, umso wahrscheinlicher wird von diesem Recht auch Gebrauch gemacht.
- Je näher ein Bundesland an der Hauptstadt liegt, umso häufiger werden Vorzugsstimmen auf Bundesebene abgegeben.
- In ländlich geprägten Bundesländern werden mehr Vorzugsstimmen auf regionaler Ebene abgegeben als in urbanen.
- Die Wählerschaft von fraktionierten Parteien mit stärkerem innerparteilichem Wettbewerb neigt eher dazu Vorzugsstimmen abzugeben, als dies bei anderen Parteien der Fall ist.

5.2. Umreihungen durch Vorzugsstimmen

Trotz der Existenz eines Vorzugsstimmensystems in Österreich seit 1970 ist es nur vergleichsweise selten zu Umreihungen gekommen. Insgesamt lassen sich die konkreten Fälle, in denen ein Mandat dank Vorzugsstimmen erreicht wurde, an zwei Händen abzählen. 1983 gelang es Josef Cap in Wien, sich gegen das Establishment der SPÖ durch einen erfolgreichen Vorzugsstimmenwahlkampf durchzusetzen und ist damit bisher der einzige Kandidat, dem es gelungen ist, eine Umreihung auf einer Landesparteiliste zu erzielen. Auf regionaler Ebene gelang 1999 Gerhard Bruckmann von der ÖVP im Wahlkreis Wien-Nordwest die Erzielung eines Direktmandats ebenso wie 2002 seinem Parteikollegen Franz Glaser im Wahlkreis Burgenland-Süd. Von Seiten der FPÖ erreichten 1999 Jörg Haider und Hubert Gorbach ausreichend Vorzugsstimmen, um in den Nationalrat als Mandatäre einzuziehen. Beide verzichteten jedoch, da sie andere Ämter ausübten (vgl. Filzmaier 2011). 2008 hätte Jörg Haider erneut genügend Vorzugsstimmen für den Einzug erzielt, verunglückte jedoch kurz nach der Wahl tödlich, weshalb er die Entscheidung, ob er das Mandat annehmen würde, nicht mehr treffen konnte (vgl. Stein 2011). Bei der Nationalratswahl 2017 erhielt Manfred Haimbuchner (FPÖ) genügend Vorzugsstimmen für eine Vorreihung in seinem Wahlkreis Hausruckviertel und ein Mandat im Nationalrat, nahm dieses jedoch ebenso nicht an, da er bereits ein anderes Amt bekleidete. Auch Peter Weidinger (ÖVP) gelang 2017 die Vorreihung,

allerdings nicht dank der gesetzlichen Bestimmungen, sondern dank ÖVP-interner Regelungen, die die gesetzlichen Hürden unterboten hatten.

Die geringe Zahl an Umreihungen verleitet zu der Annahme, dass Vorzugsstimmen ineffektiv und damit überflüssig sind. Das Vorzugsstimmensystem wäre zwar ein vom Gesetzgeber gut gemeinter Versuch, dem Wähler mehr Einfluss auf die sonst so starren Parteilisten zu geben, der jedoch in der Praxis keinerlei Bedeutung hätte. Man könnte das Vorzugsstimmensystem also genauso gut wieder beseitigen und es würde sich kaum bis rein gar nichts ändern.

Ganz so einfach ist es jedoch nicht. Um dies zu begreifen, ist es nötig hinter die Kulissen zu blicken. Was sind die Gründe dafür, dass es so selten zu Umreihungen durch Vorzugsstimmen kommt? Zur Erringung eines Mandates durch Vorzugsstimmen müssen zwei Hürden genommen werden:

1. Je nach Ermittlungsverfahren muss ein gewisser Mindestanteil der Parteistimmen durch Vorzugsstimmen auf einen Kandidaten fallen (14% Regional; 10% Land; 7% Bund).
2. Die Partei muss ausreichend Stimmen erzielen, um ein Mandat in diesem Ermittlungsverfahren zu erzielen.

Für einen Einzug in den Nationalrat scheitert es meist nicht an dem zu erzielenden Anteil von Vorzugsstimmen an den abgegebenen Parteistimmen. In den Jahren 1994-2008 hätten insgesamt 95 der Kandidaten die Voraussetzungen für eine Umreihung gemäß der Nationalratswahlordnung im ersten Ermittlungsverfahren auf regionaler Ebene erfüllt (Stein 2011). Gescheitert ist der Einzug in den Nationalrat letztlich daran, dass auf die jeweilige Partei nicht ausreichend Stimmen entfallen sind, um eines der Grundmandate zu erobern.

Weiters darf nicht außer Acht gelassen werden, dass viele derjenigen Kandidaten, die ausreichend Vorzugsstimmen erreichen, sowieso ein Mandat erhalten, da sie weit genug oben auf der Parteiliste stehen. Bei solchen Kandidaten kommt es zwar bei der Verteilung der Mandate auch zu einer Reihung nach ihren erreichten Vorzugsstimmen, dies ändert aber nichts am eigentlichen Ergebnis. Zu solchen Fällen kommt es sehr häufig, gewinnen doch oft die erstgereihten Kandidaten auch die meisten Vorzugsstimmen. Dadurch entsteht der Eindruck, dass Vorzugsstimmen nichts brächten.

Die Vorstellung, dass Vorzugsstimmen aber nur etwas wert sind, wenn sie auch zu Umreihungen führen, ist in ihrem Ansatz bereits fehlerhaft. Personalisierende Elemente in

einem Wahlsystem wie dem österreichischen Vorzugsstimmensystem dienen keineswegs nur dazu, dass völlig unbekannte Personen plötzlich dank Umreihungen in den Nationalrat gewählt werden. Eine solche Vorstellung wäre absurd. Warum sollten Wähler Unbekannten gegenüber profilierten Politikern den Vorzug geben? Vielmehr garantiert das Vorzugsstimmensystem, dass Parteien bereits bei der Erstellung ihrer Listen dazu gezwungen sind, auf die Kandidatenpräferenzen ihrer eigenen Wählerschaft zu achten. Nur so kann sich eine Partei die Blamage ersparen, dass beispielsweise ein langgedienter und populärer Kandidat, dem ein hoffnungsreicher Listenplatz verwehrt wurde, sich mit Hilfe von Vorzugsstimmen wieder „nach oben putscht“.

Parteispitzen sind durchaus gut beraten bei der Listenerstellung darauf zu schauen, dass sie keine erfahrenen Kandidaten vergraulen. Was geschehen kann, wenn eine Partei in dieser Aufgabe versagt, wurde bei der Nationalratswahl 2017 offensichtlich, als der altgediente grüne Nationalrat Peter Pilz nicht mehr seinen gewünschten Listenplatz erhielt und daraufhin kurzerhand seine eigene Liste gründete. Peter Pilz gelang der Einzug, während die Grünen erstmals seit 20 Jahren den Einzug in den Nationalrat nicht schafften. Es gibt auch Beispiele, in denen erfahrene Kandidaten nicht auf den ersten Listenplatz gesetzt wurden und dann vom Wähler mit einem dicken Polster an Vorzugsstimmen ausgestattet wurden. Dies passierte bei der Europawahl 2009, als Othmar Karas, der von 2006-2009 bereits Delegationsleiter der ÖVP im Europäischen Parlament gewesen war, nicht auf den ersten Listenplatz gesetzt wurde, sondern der in Europapolitik völlig unerfahrene Ernst Strasser. Othmar Karas errang 112.954 Vorzugsstimmen, Ernst Strasser lediglich 38.326 (vgl. BMI 2009). Für die Parteispitze der ÖVP war dies eine empfindliche Niederlage.

Dies führt uns zum nächsten Grund, warum Vorzugsstimmen nur selten zu Umreihungen führen. Alle politischen Parteien haben Vorzugsstimmen längst als eine Art Beliebtheitskala für sich entdeckt. Schaut man sich Werbematerial von Parteien an (Flyer, Plakate, Wahlvideos etc.) findet man häufig nicht nur die Wahlempfehlung für eine Partei, sondern ebenso für einen oder mehrere Kandidaten auf der Regional-, Landes- und Bundesparteiliste. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Zum einen verfolgen Parteien damit eine eigene Medienstrategie. Der Gedanke ist, dass für manche Wähler der Kandidat ein besserer Wahlreiz sein kann als die Partei selbst. Durch das Vorzugsstimmensystem kann suggeriert werden, dass der Wähler einem Kandidaten anstatt der Partei seine Stimme geben kann. Freilich gilt ein Ankreuzen oder

Hinschreiben eines Kandidaten auch als Stimme für dessen Partei, vorausgesetzt, es wurde keine andere Partei angekreuzt (dann wäre die Vorzugsstimme ungültig).

Ein anderer Gedanke ist, allen Kandidaten personalisierte Flyer zur Verfügung zu stellen, selbst wenn ihr Einzug in den Nationalrat eher unwahrscheinlich ist, da sie z.B. noch kaum Bekanntheit haben oder am Ende der Parteiliste stehen. Der Idee nach ist der Kandidat dann motivierter, für die Partei Werbematerial an die Frau und den Mann zu bringen und Freunde und Verwandte davon zu überzeugen, für seine Partei zu stimmen. Es geht also um Mobilisierung. Selbst die geringste Chance durch Vorzugsstimmen ein Mandat zu erhalten, ist schließlich immer noch größer als überhaupt keine Chance. Eder/Jenny/Müller (2015) haben bereits Hinweise gefunden, dass um Kandidaten zentrierte Wahlkampagnen eine Rolle in österreichischen Nationalratswahlkämpfen spielen.

Auch Konkurrenzkämpfe innerhalb der Parteien dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Oben wurden bereits die Strukturen mancher Parteien angesprochen, die solche internen Machtkämpfe begünstigen. Ein Kandidat, der auf ein hohes Ergebnis von Vorzugsstimmen verweisen kann, findet sich bei Personaldebatten in einer wesentlich stärkeren Position wieder als jemand, der sein Mandat alleine der Partei verdankt. Vorzugsstimmen erhöhen also die Verhandlungsposition und machen einen Kandidaten unter Umständen unangreifbar, will man nicht riskieren, dass Wähler verloren gehen. Dies ist auch der Fall, wenn der Kandidat sein Mandat letztlich nicht durch eine Umreihung erhalten hat.

Das ist auch der Grund, warum insbesondere Spitzenkandidaten auf den jeweiligen Listen um Vorzugsstimmen wetteifern, obwohl sie eigentlich nicht von ihnen abhängig sind, um in den Nationalrat einzuziehen. Auf den ersten Blick erscheint dies unfair gegenüber denjenigen, die abhängig von der Vorreihung sind. Schließlich kann ein Spitzenkandidat wesentlich mehr Ressourcen und Personal mobilisieren, als das dem gewöhnlichen Bürger möglich ist. Außerdem sind Spitzenkandidaten während eines Wahlkampfes in den Medien omnipräsent. Aus wahltaktischer Sicht ist diese Vorgangsweise aber nicht nur nachvollziehbar, sondern auch strategisch klug. Zum einen gilt der bereits erwähnte Effekt, dass der Kandidat populärer sein kann als die Partei. Zum anderen wollen sich Spitzenkandidaten die Blamage ersparen weniger Vorzugsstimmen zu erhalten als ein anderer Kandidat auf der Parteiliste. Wauters et al. (2018) haben bei ihrer Analyse des belgischen Vorzugsstimmensystems festgestellt, dass sich Vorzugsstimmen immer stärker um die jeweiligen Spitzenkandidaten der Parteien sammeln.

Sie sprechen darum davon, dass Vorzugsstimmensysteme zentralisierter werden, was dazu führt, dass es nur selten zu Veränderungen von Parteilisten durch Vorzugsstimmen kommt.

Zusammenfassend: Vorzugsstimmen können also verschiedene Auswirkungen haben:

1. Ein Kandidat kann durch Vorzugsstimmen vorgereicht werden und ein Mandat erhalten.
2. Vorzugsstimmen festigen die Position eines Kandidaten innerhalb der Partei.
3. Vorzugsstimmen motivieren Parteifunktionäre für ihren Kandidaten oder für sich selbst Wahlwerbung zu machen. Die Wahlwerbung für die Partei ist dabei gratis Zulage.
4. Vorzugsstimmen mobilisieren Wähler, die zwar mit der Partei wenig zu tun haben wollen, dem jeweiligen Kandidaten aber vertrauen oder diesen sympathisch finden.

Bei diesen Punkten handelt es sich um Gedanken, die teilweise durch andere Arbeiten bestätigt werden, teilweise aber noch dem empirischen Beweis standhalten müssen. Dieser kann im Rahmen dieser Arbeit nicht erbracht werden, jedoch wäre dies ein interessanter Ansatzpunkt für weitere Forschung.

Führen Vorzugsstimmen häufig zu Umreihungen? Nein. Sind Vorzugsstimmen darum überflüssig? Nicht unbedingt. Sie zwingen Parteien einerseits, bei der Erstellung ihrer Listen bereits auf die Reihung populärer Kandidaten zu achten. Andererseits machen sie Kandidaten abhängiger von ihren Wahlkreisen und zwingen sie so zu mehr Bürgerkontakt.

5.3. Gründe für die Nicht-Personalisierung im Wahlverhalten in Österreich

Zu Beginn dieser Arbeit wurden die zwei in der Literatur häufig genannten Gründe beschrieben, durch die es zu einer Personalisierung des Wahlverhaltens kommen kann. Diese waren:

1. Personalisierung durch institutionelle Veränderungen aufgrund von sinkender Parteibindung (*dealignment*).
2. Personalisierung durch die Kommerzialisierung der Medienlandschaft.

Nach der Analyse von Vorzugsstimmen und des Wahlverhaltens der österreichischen Bevölkerung soll nun anhand dieser beiden Gründe diskutiert werden, warum in Österreich keine Personalisierung des Wahlverhaltens feststellbar ist.

5.3.1. Der Zusammenhang zwischen Personalisierung und Vorzugsstimmen

Vorzugsstimmen als Institution sollen eigentlich den Touch von Personalisierung in ansonsten stark auf Parteien ausgerichtete parlamentarische Wahlsysteme bringen. In der Literatur wird die Einführung eines solchen Vorzugsstimmensystems als klassisches Indiz für eine Personalisierung genannt (vgl. Nagtzaam/van Erkel 2017; Rahat/Sheafer 2007; Wauters et al. 2018).

Die uns in Österreich zur Verfügung stehenden Daten widersprechen dieser Feststellung. Obwohl in Österreich bereits seit den 1970er Jahren ein Vorzugsstimmensystem existiert, hat sich die Anzahl derjenigen, die Vorzugsstimmen abgeben, nicht nennenswert verändert. Ebenso ist der Grund, warum eine Vorzugsstimme abgegeben wird, ein anderer als zu vermuten ist. Zwar lassen sich gewisse Tendenzen nach der Abgabe von Vorzugsstimmen in einzelnen Bundesländern und Parteien feststellen – so tendieren eher die Wähler der bündisch aufgebauten Partei ÖVP dazu, von ihrem Recht eine Vorzugsstimme abzugeben, Gebrauch zu machen. Betrachtet man jedoch die Personen, welche Vorzugsstimmen abgeben genauer, so stellt man fest, dass sie diese primär aus Parteiidentifikation abgeben. Die Abgabe von Vorzugsstimmen steht demnach nicht in Zusammenhang mit dem Phänomen sinkender Parteibindung der Bevölkerung. Die Einführung eines Vorzugsstimmensystems eignet sich nicht zur Mobilisierung politisch ungebundener Wähler. Menschen, die sich mit keiner Partei identifizieren, geben tendenziell auch keine Vorzugsstimmen ab. Vorzugsstimmen sind also eine Loyalitätsbekundung gegenüber einer Partei, was auch erklärt, warum Spitzenkandidaten die meisten Vorzugsstimmen auf sich verbuchen können. Der Partei wird vertraut, den richtigen Kandidaten an die Spitze gesetzt zu haben und Teile der Parteibasis drücken mit Hilfe von Vorzugsstimmen ihre demonstrative Unterstützung aus. Dennoch ist die Sympathie für den Spitzenkandidaten für die Stammwählerschaft weniger signifikant für die Wahlentscheidung, als dies bei Wechselwählern oder ehemaligen Nichtwählern der Fall ist.

Wer eine Vorzugsstimme abgibt, identifiziert sich stark mit einer Partei und muss darum nicht extra von der Sympathie gegenüber einem Kandidaten überzeugt werden. Wechsel- und insbesondere ehemalige Nichtwähler, bei denen die Sympathie gegenüber dem Kandidaten eine größere Rolle spielt, geben dagegen weniger Vorzugsstimmen ab. Dies spricht erneut dafür, dass Vorzugsstimmen kein Ausdruck der Personalisierung des Wahlverhaltens der Bevölkerung sind.

Die Einführung eines Vorzugsstimmensystems führt schlichtweg nicht dazu, dass Parteien ihre Bedeutung zu Gunsten von Kandidaten einbüßen. Nach der derzeitigen Datenlage ist nicht erkennbar, dass sich durch die Einführung von Vorzugsstimmen über eine längere Zeitspanne ein parteiorientiertes System langsam in ein kandidatenorientiertes System umwandelt. Zumindest ist dies nicht in Österreich der Fall. Es gibt jedoch auch keine eindeutigen empirischen Belege aus anderen Staaten mit vergleichbaren Wahlsystemen, die etwas anderes aussagen.

Die Wandlung des Wahlverhaltens von einem parteiorientierten hin zu einem kandidatenorientierten ist durch ein Vorzugsstimmensystem schon alleine aufgrund dessen juristischer Ausgestaltung in Österreich gar nicht möglich. Wähler haben zwar die Möglichkeit nur eine Partei zu wählen und keinen einzigen Kandidaten, sie können aber nicht nur einen Kandidaten wählen ohne damit auch eine Partei zu wählen. Wird nur ein Kandidat angekreuzt, gilt die Stimme immer noch für dessen Partei, als wäre diese angekreuzt worden. Bei Wahlen werden also primär Parteien gewählt, nicht Kandidaten.

Darüber hinaus ist der Wähler bei der Abgabe einer Vorzugsstimme auch mit zu vielen praktischen Herausforderungen konfrontiert, um die Vorzugsstimme in der Masse der Bevölkerung en vogue zu machen. Die Wahl eines speziellen Kandidaten ist umständlich, zeitaufwändig und mit Faktoren einer (subjektiven) Unsicherheit verbunden. Alleine schon der Wahlvorgang lädt dazu ein, seine Stimme ausschließlich einer Partei zu geben. Die Partei steht groß und fett gedruckt ganz oben am Wahlzettel und ein flüchtiger Blick genügt, um die präferierte Partei auszumachen. Dann reicht ein einziges Kreuz an der richtigen Stelle und der Wahlvorgang ist beendet. Dass viele Wähler den einfachsten und schnellsten Weg auswählen, um den Wahlvorgang hinter sich zu bringen, wurde auch schon andernorts bestätigt (vgl. Nagtzaam/van Erkel 2017). Haben Wähler die Möglichkeit eine Partei zu wählen und nicht ausschließlich Kandidaten, so entscheiden sie sich tendenziell für die Partei.

Wie wir aus den sich kaum verändernden Zahlen der Vorzugsstimmen schließen müssen, ist der Großteil der Wahlbevölkerung nicht dazu bereit, eine Verkomplizierung des Wahlvorgangs hinzunehmen. Das Heraussuchen von Namen aus Kandidatenlisten und das Notieren dieses Namens auf dem Wahlzettel ist zu zeit- und ressourcenaufwändig, um sich in der Masse durchzusetzen. Die Analyse der abgegebenen Vorzugsstimmen weist vielmehr darauf hin, dass je einfacher der Wahlvorgang ist, umso eher wird dieser auch vom Wähler angenommen. Auf regionaler Ebene, wo nur ein Kreuz neben dem Kandidaten gesetzt werden muss, gibt es bis zu achtmal mehr abgegebene Vorzugsstimmen als auf Landes- und Bundesebene. Doch selbst dieses zweite zusätzliche Kreuz ist für die Mehrzahl der Wähler bereits mehr Aufwand, als man in den Wahlvorgang investieren möchte.

Doch nicht nur der rein „technische“ Vorgang der Stimmabgabe ist hierfür ausschlaggebend. Es nimmt auch zu viel Zeit in Anspruch, sich z.B. über alle zwölf Kandidaten einer Partei auf der Regionalliste zu informieren, herauszufinden wofür diese stehen und welchen man am sympathischsten findet. Auf Landes- und Bundeslisten stehen noch weitere hunderte Kandidaten zur Wahl. Weiten wir diesen Informationsbedarf auf alle Kandidaten aller Parteien aus, so wird unser Wähler den Erschöpfungstod sterben, bevor er überhaupt die Wahlkabine erreicht. Viel einfacher ist es da, sich über die fünf bis zehn zur Wahl stehenden Parteien und ihre Wahlprogramme zu informieren.

Vorzugsstimmen führen darum nicht zu einer Personalisierung des Wahlverhaltens. Wie gezeigt werden konnte, geben Personen ihre Vorzugsstimme wohl eher aus Parteiloyalität ab, jedenfalls aber nicht, weil sie mit ihrer Partei unzufrieden wären. Vorzugsstimmen werden hauptsächlich von jenen Menschen abgegeben, die sich mit der Partei des Kandidaten sowieso bereits identifizieren. Darum ist ein Vorzugsstimmensystem auch ungeeignet, um in Zeiten sinkender Parteibindung die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Wer keine Parteibindung aufweist, wird tendenziell auch keine Vorzugsstimme abgeben. Vorzugsstimmen sind nichts anderes als ein Beliebtheitsranking der Politiker innerhalb der eigenen Wählerschaft gegenüber den Kandidaten anderer Parteien, aber vor allem auch innerhalb der eigenen Partei. Dieser Kampf um das beste Ranking spielt sich dabei primär unter den Spitzenpolitikern ab, die auch ohne Vorzugsstimmen ein Mandat erhalten hätten. Vorzugsstimmen sind darum auch ein ineffizientes Instrument, um Kandidaten auf nicht aussichtsreichen Parteilistenplätzen eine Umreihung zu ermöglichen.

Das Wahlverhalten ist stets durch institutionelle Schranken eingegrenzt. Selbst wenn Wahlberechtigte in Österreich lieber einen Kandidaten anstatt einer Partei wählen würden, hätten sie schlichtweg nicht die Möglichkeit dazu. Freilich wäre es theoretisch möglich, dass Wähler in Zukunft nur mehr Kandidaten auf dem Wahlzettel ankreuzen anstelle von Parteien und damit tatsächlich eine Personalisierung in ihrem Wahlverhalten verdeutlichen. Aber solch eine Vorstellung ist rein hypothetisch und spiegelt sich nicht einmal ansatzweise in der Empirie wider. Wir müssen darum davon ausgehen, dass das Wahlverhalten stets dem vom Gesetz vorgegebenen Wahlsystem folgt. Zu einer Personalisierung des Wahlverhaltens kann es demnach nur kommen, wenn sich das Wahlsystem selbst grundlegend ändert, was letztlich zur Beseitigung des parlamentarischen Systems und der Schaffung eines präsidentiellen Systems führen würde.

Es soll jedoch noch einmal klargestellt werden, dass hiermit nicht gesagt ist, dass Vorzugsstimmen überflüssig und unnötig wären. Sie haben lediglich einen anderen Effekt, als in der Literatur angenommen wird (vgl. Rahat/Sheafer 2007). Anstatt zu Vorreihungen zu führen, zwingen sie Parteien in der internen Auseinandersetzung um die Reihung auf der Parteiliste, populäre Kandidaten nicht zu übergehen. Dies war freilich auch vor der Einführung von Vorzugsstimmen bereits so, hat aber durch diese eine neue Qualität erhalten. Vor der Einführung eines Vorzugsstimmensystems war die einzige Möglichkeit des Wählers, seinem Unmut über den schlechten Listenplatz „seines“ Wunschkandidaten durch ein Fernbleiben von der Wahl oder gar die Wahl einer anderen Partei konsequent Ausdruck zu verleihen. Beide Optionen wären weder sonderlich nachvollziehbar noch logisch, insbesondere angesichts dessen, dass die Partei nach wie vor der zentrale Grund für die Wahlentscheidung ist. Durch das Vorzugsstimmensystem haben Wähler nun die Möglichkeit, ihre Unterstützung für einen Kandidaten zu zeigen, ohne dass dabei ein Widerspruch zu ihrer Parteiidentifikation entsteht.

5.3.2. Die Rolle der Medien bei der Personalisierung des Wahlverhaltens

Medien kommt in der Gesellschaft eine zentrale Rolle zu. Sie sind die Gatekeeper, die entscheiden, welche Informationen unter der Bevölkerung verbreitet werden und welche dagegen verschwiegen werden. Ebenso werden Informationen von Medien aufbereitet. Die Art und Weise, wie Informationen der Bevölkerung präsentiert werden, kann sehr unterschiedlich sein. Jedes Wort, jede Betonung macht im mündlichen und schriftlichen Gebrauch von Sprache einen essentiellen Unterschied. Medien werden darum gerne als 4. Macht im Staat bezeichnet – eine informelle Bezeichnung, die sich auch Medienvertreter selbst gerne an die Brust heften. Es herrscht aber mitnichten Einigkeit darüber, wie groß der Einfluss der Medien auf die öffentliche Meinung tatsächlich ist.

Gerade in Zeiten, in denen das Internet und soziale Medien die alten Medien (Printmedien, Fernsehen und Radio) mehr und mehr ablösen, ist die Machtposition der Medien als 4. Gewalt zweifelhaft. Menschen können sich durch das Internet völlig vom Informationsmonopol der etablierten Medien emanzipieren. Inwieweit solche Menschen ihre Informationen dann auch aus seriösen Quellen beziehen, sei dahingestellt. Auch Missinformation ist eine Art der Information. Grundsätzlich wären ein gesundes Misstrauen und eine Distanziertheit beim Konsum jedweden Mediums - egal wie gebetsmühlenartig es sich auch als Qualitätsmedium mit Wahrheitsanspruch betitelt - angebracht. Man darf nie vergessen, dass sich hinter jedem Schriftstück, hinter jedem gesprochenen Satz, ein Mensch verbirgt und Menschen werden stets von Motivationen getrieben. Doch das ist eine andere Debatte.

Für diese Arbeit ist insbesondere die mediale Information zu Wahlkämpfen entscheidend. In Österreich rittert eine Vielzahl an Printmedien um eine immer kleiner werdende Leserschaft. Die Zukunft liegt ganz klar im digitalen Bereich, in dem alle größeren Printmedien ebenso vertreten sind. Dort – also im digitalen Bereich – erhalten sie nicht nur Konkurrenz von den neuen Medien (z.B. Facebook, Twitter), sondern auch vom Österreichischen Rundfunk (ORF), dem (teilweise) von der öffentlichen Hand finanzierten Rundfunk in Österreich. Der ORF hat neben einer starken Präsenz im Internet vor allem im Fernsehen die Oberhand. Die Nachrichtenformate des ORF (Zeit im Bild etc.) erreichen regelmäßig über eine Million Zuschauer täglich (vgl. ORF 2019). Während des Wahlkampfes 2017 informierten sich rund 5,6

Millionen Menschen in verschiedenen Formaten des ORF über den Wahlkampf (vgl. ORF 2017b). Angesichts einer Bevölkerung der Republik Österreich von ca. 8,8 Millionen Menschen ist dies beachtlich. Nicht hinzugerechnet sind jene Nutzer, die sich die Nachrichtenformate später in der öffentlich über das Internet zugänglichen TVthek anschauen. Die Privatsender in Österreich sind von diesen Zahlen weit entfernt. Es ist also angebracht, von einer unveränderten ORF-Dominanz in der österreichischen Medienlandschaft zu sprechen (vgl. Filzmaier 2011).

Kommt es in Österreich zu Wahlen, so wird die Maschinerie des ORF entsprechend seines öffentlich-rechtlichen Auftrags besonders aktiv. Der politische Wettbewerb wird eingehend in verschiedenen Formaten behandelt und unters Volk gebracht. Im Wahlkampf 2017 hat der ORF insgesamt 27 ORF-Sendungen mit einem Fokus auf Kandidaten ausgestrahlt: Fünf Sommergespräche mit den Spitzenkandidaten der im Nationalrat vertretenen Parteien, zehn Konfrontationen zwischen jeweils zwei Spitzenkandidaten und eine große Diskussionsrunde („Elefantenrunde“) zwischen allen Spitzenkandidaten, fünf Pressestunden, eine Diskussionsrunde zwischen den außerparlamentarischen Parteien, die zur Wahl antreten sowie fünf Quizshows mit jeweils einem Spitzenkandidaten. Die Personalisierung der Medienlandschaft hat also auch vor dem ORF nicht Halt gemacht (zu Wahlkämpfen im ORF vor 2017 vgl. auch Filzmaier 2011).

Das wirft die Frage auf, warum trotz dieses Fokus auf die Spitzenkandidaten in der medialen Berichterstattung dennoch die Parteisympathie und nicht die Sympathie für Spitzenkandidaten das zentrale Element für die Wahlentscheidung geblieben ist.

In der Literatur wird erwähnt, dass die Untersuchung von Personalisierung der Politik in parlamentarischen Demokratien dadurch erschwert wird, dass es einen starken Zusammenhang zwischen der Sympathie für einen Kandidaten und der Partei, der er angehört, gibt (vgl. Kaase 1994). Personen, die von einer Partei eine hohe Meinung haben, neigen auch dazu, deren Kandidaten als den besten anzusehen.

Dies lässt sich auch in Österreich in den Nationalratswahlen 2013 und 2017 feststellen. Abbildung 25 zeigt, dass eine starke Korrelation zwischen der Sympathie für einen Spitzenkandidaten und der Sympathie für dessen Partei besteht.

Korrelation zwischen Sympathie für die Partei und die Sympathie für den Spitzenkandidaten		
	2013	2017
ÖVP	,707	,832
SPÖ	,738	,79
FPÖ	,778	,904
Grüne	,748	,766
Neos	,733	,744
Liste Pilz	N/A	,844

Abbildung 25: Es besteht eine starke Korrelation zwischen der Sympathie für Parteien und der Sympathie für den jeweiligen Spitzenkandidaten.

Die Kandidaten werden also nicht unabhängig von der jeweiligen Partei, für die sie stehen, evaluiert. Dies ist nicht unbedingt überraschend, sollten doch sowohl Partei als auch Kandidat zumindest im Außenverhältnis dieselbe politische Linie vertreten. Wäre dies nicht der Fall und widersprächen sich Spitzenkandidat und hohe Funktionäre der Partei in aller Öffentlichkeit, würde dies ein Bild von Uneinigkeit erzeugen. Uneinigkeit führt zu Konflikten zwischen den eigenen Parteifunktionären bis nach unten zum einfachsten Mitglied. Verwenden die eigenen Parteifunktionäre mehr Zeit darauf sich untereinander zu bekriegen, anstatt den Wettbewerb mit dem politischen Gegner zu suchen, senkt dies die Effektivität einer Partei und damit die Chancen einen Wahlsieg zu erringen. Konfliktlinien zwischen dem Spitzenkandidaten und anderen Amtsinhabern der Parteispitze werden darum soweit möglich intern abgearbeitet. Nach außen hin muss dagegen Einigkeit demonstriert werden. Der Spitzenkandidat wird somit zum Gesicht der eigenen Partei. Partei und Spitzenkandidat werden darum von der Wahlbevölkerung nicht gesondert voneinander betrachtet, sondern als Einheit gesehen. Dafür spricht das Ergebnis der Analyse von der Rolle der Parteisympathie und der Sympathie für Kandidaten für die Wahlentscheidung. 2017 sind sowohl Parteisympathie als auch die Sympathie für den Kandidaten in allen drei Großparteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ) - und damit bei ca. 80% der ihr Wahlrecht ausübenden Bevölkerung - parallel angestiegen.

Des Weiteren lässt die österreichische Nationalratswahlordnung 1992 eine gesonderte Betrachtung des Spitzenkandidaten und der Partei überhaupt nicht zu. Der Wähler kann nur Kandidat und Partei gemeinsam wählen und seine Stimme nicht zwischen den beiden

aufsplitten. Er kann also nicht Partei A und Kandidat der Partei B wählen. Wählt er nur einen Kandidaten durch die Abgabe einer Vorzugsstimme, gilt dies automatisch auch als Stimme für die Partei. Gültig zu wählen, ohne dabei zumindest indirekt eine Stimme für eine Partei abzugeben, ist schlichtweg unmöglich. Es wäre darum ein gewisser Widerspruch, wenn ein Wähler den Kandidaten wesentlich sympathischer fände als die Partei, für die er steht. Freilich bedeutet das nicht, dass dies nicht der Fall sein kann. Empirisch betrachtet ist es aber - wie gezeigt werden konnte - die Ausnahme, nicht die Regel.

6. Conclusio

Diese Arbeit hat sich die Frage gestellt, inwieweit es in Österreich bei der Nationalratswahl 2017 zu einer Personalisierung im Wahlverhalten der österreichischen Bevölkerung gekommen ist. Diese Forschungsfrage wurde zum einen durch eine Analyse von Vorzugsstimmen seit 1990, und zum anderen durch multivariate logistische Regressionsanalysen der Nationalratswahlen 2013 und 2017 bearbeitet.

Die erste Hypothese lautete:

H1: Die Bedeutsamkeit von Vorzugsstimmen ist in Österreich seit ihrer Einführung im Jahr 1970 kontinuierlich gestiegen. Unter Bedeutsamkeit verstehe ich, dass Wahlberechtigte seit 1970 von ihrem Recht eine Vorzugstimme abzugeben immer öfter Gebrauch gemacht haben.

Hypothese 1 konnte teilweise bestätigt werden. In Österreich ist ein Anstieg der Vorzugsstimmen im beobachteten Zeitraum (1990-2017) festzustellen, dieser ist jedoch minimal. Betrachtet man Bundesländer und Parteien einzeln, so lassen sich Tendenzen und Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Wählerschaften feststellen.

Die zweite Hypothese war:

H2: Die Identifikation mit einer Partei ist bei Wählern, die eine Vorzugstimme abgeben, geringer als bei Wählern, die keine Vorzugstimme abgeben.

Die Analyse jener Personen, die Vorzugsstimmen abgegeben haben, hat Hypothese 2 widerlegt. Es ist sogar das genaue Gegenteil der Fall: Personen, die Vorzugsstimmen abgeben, weisen typischerweise eine hohe Parteiidentifikation auf und sind darüber hinaus auch damit zufrieden, wie die Demokratie in Österreich derzeit funktioniert.

Die dritte Hypothese lautete:

H3: In der Nationalratswahl 2017 war die Sympathie des Elektorats für den Spitzenkandidaten in Relation zur Sympathie für die jeweilige Partei höher als dies 2013 der Fall war.

Hypothese 3 konnte durch die vorliegenden Daten bestätigt werden. Jedoch ist dieses Ergebnis mit Vorsicht zu betrachten, da im Wahlkampf 2017 verglichen mit 2013 nicht nur die

Bedeutsamkeit der Sympathie für den Spitzenkandidaten, sondern auch die Bedeutsamkeit der Sympathie für die Partei stark angestiegen ist.

Eine Personalisierung im Wahlverhalten der österreichischen Bevölkerung war im untersuchten Zeitraum nicht feststellbar. Auch wenn die Sympathie für die Spitzenkandidaten von 2013 auf 2017 gestiegen ist, gilt selbiges für die Parteisympathie. Nach wie vor ist die Sympathie für eine Partei die treibende Kraft hinter der Wahlentscheidung. Die Anzahl der abgegebenen Vorzugsstimmen ist zwar leicht angestiegen und weist eine positive Tendenz auf, diese ist aber gering und liegt nicht höher als bei der Einführung des heutigen Vorzugsstimmensystems 1992. Des Weiteren werden Vorzugsstimmen primär von Personen abgegeben, die eine hohe Identifikation mit einer Partei aufweisen. Sie werden also aus Loyalität gegenüber der Partei, nicht aus Unzufriedenheit mit dieser abgegeben. Damit ist auch fraglich, ob Vorzugsstimmen überhaupt als Ausdruck eines personalisierten Wahlverhaltens gelten können.

Bedeutet dieses Ergebnis also, dass Spitzenkandidaten irrelevant für die Wahlentscheidung sind? Mitnichten. Vielmehr müssen wir durch die uns vorliegenden Daten davon ausgehen, dass Spitzenkandidat und Partei von einem Großteil der Wahlbevölkerung als Einheit betrachtet werden. Wer Sympathie für die Partei empfindet, findet auch den Spitzenkandidaten sympathisch und umgekehrt.

Die Bedeutsamkeit der Sympathie für den Spitzenkandidaten für die Wahlentscheidung variiert allerdings zwischen Großparteien und Kleinparteien. Der Spitzenkandidat spielt für die Wahlentscheidung bei Großparteien eine wichtigere Rolle als dies bei Kleinparteien der Fall ist. Der Grund dafür ist darin zu vermuten, dass sich die Wähler von Kleinparteien um diese scharen, weil sie ein zentrales politisches Anliegen miteinander vereint (z.B. Klima- und Umweltschutz). Großparteien müssen dagegen in einem umfassenderen politischen Feld zwischen diversen Meinungen taktieren und manövrieren. Dem Spitzenkandidaten kann dabei als einigendes Element eine zentrale Rolle zukommen. Durch die Korrelation von Sympathie für die Partei und den Kandidaten, kann ein unpopulärer Kandidat auch die Sympathie für die Partei mit sich in den Abgrund reißen. Der Spitzenkandidat ist also einer von vielen entscheidenden Faktoren für eine erfolgreiche Wahl.

Womit wir anhand der uns zur Verfügung stehenden Zahlen nicht rechnen müssen, ist dass sich das parlamentarische System Österreichs mit der Zeit durch das Wahlverhalten der

Bevölkerung in ein (quasi-)präsidentielles verwandelt. Dies ist schon alleine durch die von der Nationalratswahlordnung 1992 gesetzten Grenzen unmöglich. Wir müssen anhand der uns vorliegenden Ergebnisse davon ausgehen, dass weder eine institutionelle Personalisierung in Form der Einführung eines Vorzugsstimmensystems noch eine mediale Personalisierung automatisch zu einer Personalisierung des Wahlverhaltens der Bevölkerung führen.

Es ist meine Hoffnung, mit dieser Arbeit auch ein Interesse an einer intensiveren Erforschung des Einflusses von Vorzugsstimmen auf das Wahlverhalten zu wecken. In diesem Bereich sind immer noch viele Lücken vorhanden, obwohl Vorzugsstimmen ganz und gar kein neues Konzept sind. Voraussetzung hierfür ist, dass Wahlstudien durch Fragen ergänzt werden, die zu eruieren suchen, was der Grund für die Abgabe einer Vorzugsstimme ist. Ist es wirklich Parteiloyalität? Ist es Sympathie für den Kandidaten? Ein Bekanntschaftsverhältnis? Weil der Name ganz oben auf der Liste steht?

Nicht weniger interessant wäre es auch herauszufinden, warum Vorzugsstimmen *nicht* abgegeben werden. Ist der Vorgang zu kompliziert? Die Hürde zu groß? Wird es als unnötig erachtet? Sind die Kandidaten unbekannt?

All diese Fragen können nur beantwortet werden, wenn sich umfangreiche Wahlstudien dieser Aufgabe annehmen. Vorzugsstimmen wären es wert diese Beforschung zu erfahren, auf dass der Schatten der Ignoranz von einem weiteren Feld der Politik gebannt werden möge.

Literaturverzeichnis

- Aarts, Kees / Blais, André / Schmitt, Hermann* (2011): *Political Leaders and Democratic Elections*. Oxford: Oxford University Press.
- Adam, Silke / Maier, Michaela* (2010): Personalization of Politics a Critical Review and Agenda for Research. In: *Annals of the International Communication Association*, 34(1), 213-257.
- Aichholzer, Julian et al.* (2018): *AUTNES Comparative Study of Electoral Systems Post-Election Survey 2017*, Wien: AUSSDA, URL: <http://aussda.at/daten-nutzen/> [abgerufen 19.4.2019].
- Balmas et al.* (2014): Two routes to personalized politics: Centralized and decentralized personalization. In: *Party Politics*, 20(1), 37-51.
- Bennett, Lance W.* (2012): The Personalization of Politics: Political Identity, Social Media, and Changing Patterns of Participation. In: *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 644(1), 20-39.
- BMI* (1971): *Die Nationalratswahlen vom 10. Oktober 1971*, Wien: Druck- und Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 45, URL: https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_1971/files/nationalratswahl_10101971.pdf [abgerufen 6.10.2019].
- BMI* (1990-2017): *Vorzugsstimmenergebnisse der Nationalratswahlen 1990-2017*. URL: https://bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Historischer_Rueckblick.aspx [abgerufen 11.6.2019].
- BMI* (2009): *Europawahl 2009. Vorzugsstimmen ÖVP*. URL: https://www.bmi.gv.at/412/Europawahlen/Europawahl_2009/files/EUW_2009_VZ_OEVP.pdf [abgerufen 8.10.2019].
- BMI* (2013): *Nationalratswahl 2017. Bundeswahlvorschläge und Bewerberinnen und Bewerber auf Landesparteilisten und Regionalparteilisten*. URL: https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2013/start.aspx [abgerufen 8.10.2019].
- Bodzenta, Erich* (1985): *Entwicklung und Struktur der österreichischen Gesellschaft*. in: *Bodzenta, Erich / Seidel, Hans / Stiglbauer, Karl* (Hg.): *Österreich im Wandel: Gesellschaft, Wirtschaft, Raum*. Wien: Springer, 1-76.
- Brettschneider, Frank / Gabriel, Oscar W.* (2002): The Nonpersonalization of Voting Behavior in Germany. In: *King, Anthony Stephen* (Hg.): *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*. New York: Oxford University Press, 127-157.

- Campbell, Angus et al.* (1965): *The American Voter*. New York / London / Sydney: John Wiley & Sons, Inc.
- Caprara, Gian Vittorio / Zimbardo, Philip G.* (2004): Personalizing Politics. A Congruency Model of Political Preference. In: *American Psychologist*, 59(7), 581-594.
- Costa Lobo, Marina / Curtice, John* (2015): *Personality Politics? The Role of Leader Evaluations in Democratic Elections*. Oxford: Oxford University Press.
- Curran, James / Iyengar, Shanto / Lund Brink, Anker / Salovaara-Moring, Inka (2009): Media systems, public knowledge and democracy: A comparative study. In: *European Journal of Communication*, 24(1), 5–26.
- Curtice, John / Hunjan, Sarinder* (2011): Elections as beauty contests: do the rules matter?. In: Aarts, Kees (Hrsg.) et al.: *Political Leaders and Democratic Elections*. Oxford: Oxford University Press, 91-107.
- Dalton, Russell J.* (1984): Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies. In: *The Journal of Politics*, 46(1), 264-284.
- Dalton, Russell J. / Wattenberg, Martin P.* (2002): *Parties Without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, Russell J. / McAllister, Ian / Wattenberg, Martin P.* (2002): The consequences of partisan dealignment. In: Dalton, Russell J. / Wattenberg, Martin P. (Hg.): *Parties without partisans: political change in advanced industrial democracies*. Oxford: Oxford University Press, 37-63.
- Demokratiezentrum Wien* (2006): Entwicklung des Mitgliederanteils von SPÖ und ÖVP in der Zweiten Republik, URL: <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/parteimitgliedschaft.pdf> [abgerufen 20.4.2019].
- Eder, Nikolaus / Jenny, Marcelo / Müller, Wolfgang C.* (2015): Winning over voters or fighting party comrades? Personalized constituency campaigning in Austria. In: *Electoral Studies*, 39, 316-328.
- Filzmaier, Peter* (2011): Personalisierung und Mediendemokratie in Österreich. In: Poier, Klaus (Hg.): *Persönlichkeiten und Demokratie: Wie wählen wir die besten Köpfe?*. Wien/Graz: neuer wissenschaftlicher Verlag.
- Garzia, Diego* (2011): The personalization of politics in Western democracies: Causes and consequences on leader–follower relationships. In: *The Leadership Quarterly*, 22(4), 697-709.

- Garzia, Diego* (2012): Party and Leader Effects in Parliamentary Elections: Towards a Reassessment. In: *Politics*, 32(3), 175-185.
- Halldén, Ola* (1998). Personalization in historical descriptions and explanations. In: *Learning and Instruction*, 8(2), 131–139.
- Hallin, Daniel C. / Mancini, Paolo* (2004): Comparing media systems. Three models of media and politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hayek, Lore* (2012): Plakatwahlkampf: Personalisierung in österreichischen Nationalratswahlkämpfen. In: *Plasser, Fritz* (Hg.): *Erfolgreich wahlkämpfen. Massenmedien und Wahlkampagnen in Österreich*. Wien: Facultas, 209-224.
- Hermansson, Jörgen* (2011): The Personalization of Party Politics: The Voters' Perspective. Unpublished manuscript, Uppsala: Dept. of Government, Uppsala University.
- Hoffmann, Jochen / Raupp, Juliana* (2006): Politische Personalisierung. In: *Publizistik*, 51(4), 456–478.
- Holmberg, Sören / Oscarsson, Henrik* (2011): Party leader effects on the vote. In: *Aarts, Kees / Blais, André / Schmitt, Hermann* (Hg.): *Political Leaders and Democratic Elections*. Oxford: Oxford University Press, 35–51.
- Holtz-Bacha, Christina / Langer, Ana Ines / Merkle, Susanne* (2014): The personalization of politics in comparative perspective: Campaign coverage in Germany and the United Kingdom. In: *European Journal of Communication*, 29(2), 153-170.
- Kaase, Max* (1994): Is There Personalization in Politics? Candidates and Voting Behavior in Germany. In: *International Political Science Review*, 15(3), 211-230.
- Karvonen, Lauri* (2004): Preferential Voting: Incidence and Effects. In: *International Political Science Review*, 25(2), 203-226.
- Karvonen, Lauri* (2010): The personalisation of politics. A study of parliamentary democracies. Colchester: ECPR Press.
- Keeter, Scott* (1987): The illusion of intimacy: Television and the role of candidate personal qualities in voter choice. In: *Public Opinion Quarterly*, 51(3), 344–358.
- King, Anthony* (2002): Leaders' personalities and the outcomes of democratic elections. Oxford: Oxford University Press.
- Kriesi, Hanspeter* (2012): Personalization of national election campaigns. In: *Party Politics*, 18(6), 825–844.

- Kritzinger, Sylvia et al.* (2013a): AUTNES Comparative Study of Electoral Systems Post-Election Survey 2013. Wien: GESIS, URL: <https://dbk.gesis.org/DBKSearch/SDesc2.asp?no=5856&tab=0&ll=10¬abs=&af=&nf=1&search=AUTNES&search2=&db=E> [abgerufen 19.7.2019].
- Kritzinger, Sylvia et al.* (2013b): *The Austrian Voter*. Göttingen: Vienna University Press.
- Kurier* (2014): Parteien kommen die Stammwähler abhanden, 21.6.2014, URL: <https://kurier.at/politik/inland/wahluntersuchung-stammwaehler-kommen-abhanden-wechselwaehler-bilden-die-mehrheit/71.360.666> [abgerufen 20.4.2019].
- Langer, Anna Inés* (2007): A historical exploration of the personalisation of politics in the print media: The British Prime Ministers (1945–1999). In: *Parliamentary Affairs*, 60(3), 371–387.
- Lass, Jürgen* (1995): *Vorstellungsbilder über Kanzlerkandidaten. Zur Diskussion um die Personalisierung der Politik*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Marsh, Michael* (1985): The Voters Decide?: Preferential Voting in European List Systems. In: *European Journal of Political Research*, 13(4), 365-378.
- McAllister, Ian* (2007): The personalization of politics. In: Dalton, Russell J. / Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: Oxford University Press, 571–588.
- Meyer, Thomas M. / Müller, Wolfgang C.* (2013): The Issue Agenda, Party Competence and Popularity: An Empirical Analysis of Austria 1989–2004. In: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties*, 23(4), 484-500.
- Müller, Wolfgang C.* (1992): Das Parteiensystem. in: Dachs, Herbert et al. (Hg.): *Handbuch des Politischen Systems Österreichs*, 2. Aufl. Wien: Manz, 181-196.
- Müller, Wolfgang C.* (2001): *Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Handeln*. Wien: Wiener Universitätsverlag.
- Müller, Wolfgang C. / Plasser, Fritz / Ulram, Peter A.* (2004): Party Responses to the Erosion of Voter Loyalties in Austria: Weakness as an Advantage and Strength as a Handicap. In: Mair, Peter/ Müller, Wolfgang C./ Plasser, Fritz (Hg.): *Political Parties & Electoral Change*. London: Sage, 145-178.
- Müller, Wolfgang C.* (2005): Austria: A Complex Electoral System with Subtle Effects. In: Gallagher, Michael / Mitchell, Paul (Hg.): *The Politics of Electoral Systems*, Oxford: Oxford University Press, 397-416.

- Nagtzaam, Marijn A. M. / van Erkel, Patrick F. A.* (2017): Preference votes without preference? Institutional effects on preference voting: an experiment. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 27(2), 172-191.
- NUTS* (2016): Nomenclature des unités territoriales statistiques, URL: <https://simap.ted.europa.eu/web/simap/nuts> [abgerufen 15.10.2019].
- ORF* (2017a): Zwischen Nutzen und Idealen, 17.7.2017, URL: <http://orf.at/stories/2399160/2399159> [abgerufen 20.4.2019].
- ORF* (2017b): Wahl 17: ORF informierte insgesamt 5,6 Millionen, bis zu 1,409 Millionen sahen TV-„Runde der Spitzenkandidaten“. URL: https://der.orf.at/unternehmen/aktuell/171012_konfrontation_rw100.html [abgerufen 11.10.2019].
- ORF* (2019): ORF-Medienforschung. TV-Quoten. URL: <https://der.orf.at/medienforschung/fernsehen/tvquotenaktuell/index.html> [abgerufen 11.10.2019].
- Pappi, Franz Urban / Shikano, Susumu* (2001): Personalisierung der Politik in Mehrparteiensystemen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen seit 1980. In: *Politischer Vierteljahrsschrift*, 42(3), 355-387.
- Pelinka, Anton* (2006): Die Politik der politischen Kultur. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 35(3), 225-235.
- Pelinka, Anton / Rosenberger, Siglinde* (2007): *Österreichische Politik: Grundlagen – Strukturen – Trends*, 3. aktualisierte Aufl. Wien: Facultas.WUV.
- Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. / Seeber, Gilg* (2003): Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten. In: Plasser, Fritz (Hg.): *Wahlverhalten in Bewegung: Analysen zur Nationalratswahl 2002*, Wien: WUV-Univ.-Verl., 97-158.
- Plasser, Fritz / Ulram, Peter A.* (2000): Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindung und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens. In: Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang (Hg.): *Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien*. Wien: Signum-Verlag, 169-202.
- Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. / Seeber, Gilg* (2007): Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006. In: Plasser, Fritz / Ulram, Peter A. (Hg.): *Analysen zur Nationalratswahl 2006*. Wien: Facultas.WUV, 155-194.
- Poguntke, Thomas / Webb, Paul* (2007): *The Presidentialization of Politics: A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford: Oxford University Press.

- Radunski, Peter* (1980): *Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation.* München: Olzog.
- Rahat, Gideon / Sheaffer, Tamir* (2007): The Personalization(s) of Politics: Israel, 1949-2003. In: *Political Communication*, 24(1), 65-80.
- Reinemann, Carsten / Wilke, Jürgen* (2007): It's the debates, stupid! How the introduction of televised debates changed the portrayal of chancellor candidates in the German press, 1949–2005. In: *The Harvard International Journal of Press/Politics*, 12(4), 92–111.
- Renwick, Alan / Pilet, Jean-Benoit* (2016): *Faces on the Ballot. The Personalization of Electoral Systems in Europe.* Oxford: Oxford University Press.
- Schulz, Winfried / Zeh, Reimar* (2005): The changing election coverage of German television. A content analysis: 1990–2002. In: *Communications*, 30(4), 385–407.
- Schulz, Winfried / Zeh, Reimar* (2006): Die Kampagne im Fernsehen — Agens und Indikator des Wandels. Ein Vergleich der Kandidatendarstellung. In: Holtz-Bacha, Christina (Hg.), *Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2005.* Wiesbaden: Springer, 277–305.
- Standard* (2017): Was Wählern wichtig ist: Inhalte sind das stärkste Motiv, 16.7.2017, URL: <https://derstandard.at/2000061358037/Was-Waehlern-wichtig-ist-Inhalte-sind-das-staerkste-Motiv> [abgerufen 20.4.2019].
- Stein, Robert* (2011): Wahlbeteiligung und Vorzugsstimmen. In: Poier, Klaus (Hg.): *Persönlichkeiten und Demokratie: Wie wählen wir die besten Köpfe?*. Wien/Graz: neuer wissenschaftlicher Verlag.
- Thijssen, Peter* (2013): Are parties stimulating candidate-centred voting? The case of the Belgian district council elections 2000–2006. In: *Acta Politica*, 48(2), 144-166.
- Wattenberg, Martin P.* (1991): *The Rise of Candidate-Centered Politics: Presidential Elections in the 1980s.* Cambridge: Harvard University Press.
- Wauters, Bram et al.* (2016): Centralized personalization at the expense of decentralized personalization. The decline of preferential voting in Belgium (2003–2014). In: *Party Politics*, 24(5), 511-523.

Anhang

Zusammenfassung

Personalisierung der Politik wird in der Politikwissenschaft bereits über einen längeren Zeitraum Aufmerksamkeit gewidmet. Darunter versteht man ein Phänomen, das sich grob in drei Typen einteilen lässt: (1) Institutionelle Personalisierung, (2) mediale Personalisierung und (3) Verhaltenspersonalisierung. Diese Arbeit beschäftigt sich damit, inwieweit es bei den Nationalratswahlen 2017 zu einer Personalisierung des Wahlverhaltens der österreichischen Bevölkerung gekommen ist. Die Nationalratswahl 2017 ist dabei besonders interessant, da sie das erstmalige Antreten zweier Namenslisten sah, bei denen der Spitzenkandidat im Vordergrund der jeweiligen Wahlkampagne stand. Die Personalisierung im Wahlverhalten wird in dieser Arbeit zum einen anhand der Analyse von Vorzugsstimmen untersucht. Zum anderen werden die Sympathiewerte für die Spitzenkandidaten mit den Sympathiewerten für deren Parteien verglichen.

Vorzugsstimmen gelten als Institution eines personalisierten Wahlsystems, da sie die Wahl individueller politischer Akteure ermöglichen. Die Parteiidentifikation einer Person, die eine Vorzugsstimme abgibt, sollte dementsprechend geringer sein als die einer solchen, die lediglich eine Stimme für eine Partei abgibt. Diese Arbeit zeigt auf, dass dies in Österreich nicht der Fall ist. Vielmehr scheinen besonders Personen von Vorzugsstimmen Gebrauch zu machen, die eine hohe Identifikation mit einer politischen Partei aufweisen.

Ebenso lassen sich anhand von Wählerkategorien (Stammwähler, Wechselwähler, ehemalige Nicht-Wähler) keine klaren Unterschiede in der empfundenen Sympathie für den Spitzenkandidaten bzw. der Partei, die er vertritt, feststellen. Lediglich für die Wähler von Großparteien scheinen Spitzenkandidaten eine zentralere Rolle für die Wahlentscheidung zu spielen, als dies bei Kleinparteien der Fall ist. Alles in allem ist bei der Nationalratswahl 2017 die Sympathie für eine Partei jedoch das zentrale Wahlmotiv.

Abstract

Personalisation of Politics attracts a considerable amount of attention in Political Science. As a phenomenon it can be divided into three main types: (1) institutional personalisation, (2) media personalisation and (3) behavioural personalisation. This paper asks itself if there was a personalisation in the electoral behaviour of Austrian voters during the parliamentary elections in 2017. The parliamentary elections in 2017 are especially interesting because it saw the first candidature of two parties, which put the leading candidate in the centre of their electoral campaigns. This paper analyses the behavioural personalisation on the basis of the use of preferential votes and by comparing the sympathy of voters towards the leading candidates with the sympathy towards their respective political parties.

Preferential votes are considered to be an institution of a personalised voting behaviour, as they enable the election of individual political actors. Thereby, the identification with a party of a person who makes use of a preferential vote, should be less than of a person, who only votes a party. This paper illustrates why this is not the case in Austria. In fact, it seems as if people with a strong party identification also tend to make use of their preferential vote.

In addition, there does not seem to be a significant difference in sympathy for a leading candidate and the party he represents in different categories of voters (loyal voters, floating voters, former non-voters). The leading candidate only seems to be more central for the voting decision of voters of major parties than for voters of minor parties. All in all, the sympathy for a party was the central motivation for casting a vote in the Austrian parliamentary elections in 2017.